



In einer Krise liegen Chancen

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

für das Jahr 1961 weist die im vergangenen Jahr zu unserem Verbandsjubiläum herausgegebene Chronik auf ein wichtiges Ereignis hin: Das Bundessozialhilfegesetz tritt in Kraft. Die bis dato gewährte Bedürftigenfürsorge alten Stils wird zu den Akten gelegt und weicht einem modernen Gesetz, welches erstmals elementare sozialstaatliche Standards definiert. Neben der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ für (vorübergehend) in Not geratene Menschen gibt es auch die „Hilfe in besonderen Lebenslagen“, darunter Hilfen für Menschen mit Behinderungen, nach den Verwüstungen des NS-Regimes nur eine kleine Gruppe von Überlebenden. Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik wächst der Wohlstand, und mit der gesellschaftlichen Modernisierung auch der Wille zur wirksamen Integration behinderter Menschen. Aus dem einstigen Fürsorgegedanken wird ein differenziertes Leistungsrecht, welches die Gleichstellung von behinderten mit nichtbehinderten Menschen ernst nimmt. Im neuen Jahrtausend wird die Sozialhilfe, einst für Notlagen gedacht, zum bundesweit größten Rehabilitationsträger. Forderungen, den Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen aus dem Sozialhilferecht herauszunehmen, lesen sich dazu nur mehr als berechtigt. Daher ist die Hoffnung, als die Bundesregierung verkündet, das Bundessozialhilfegesetz nach über 40 Jahren in den Ruhestand zu schicken, groß, nun endlich zu einem modernen Leistungsgesetz für die Eingliederungshilfe mit einer gerechten Finanzierung zu kommen. Doch diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, die Behindertenhilfe ist trotz sogar noch weitergehender Forderungen des Bundesrates Teil des zum 1. Januar 2005 in Kraft tretenden Sozialgesetzbuches (SGB) Teil XII geworden. Auf eine solidarische Finanzierung müssen wir weiter verzichten, für Hessen mit seiner ganz überwiegenden kommunalen Finanzierung besonders schmerzlich. Das neue SGB XII ist also kein großer Wurf, der leider nur in mehr technischen Fragen einige Verbesserungen erwarten lässt. Ob es so oder noch härter für die unterfinanzierten örtlichen Sozialhilfeträger kommt, muss die Praxis der kommenden Monate beweisen. Für die Haushaltsplanung 2005 wissen wir zumindest, dass der LWV als überörtlicher Sozialhilfeträger auf rund 7 Mio. € aus der Erstattung von Wohngeld für Heimbewohner wird verzichten müssen, weil es der Gesetzgeber so will.

Würde ein solidarisches Finanzierungsmodell für die Eingliederungshilfe zumindest in Aussicht stehen, könnten wir die in diesen Tagen erneut entbrannte öffentliche Diskussion um die Höhe der Verbandsumlage etwas entspannter führen. Stattdessen werden Behauptungen, die sich vornehmlich gegen den LWV richten, aufgestellt und werden vermeintlich günstigere Alternativmodelle ohne nähere Betrachtung, ganz zu schweigen von Prüfungen, „modellhaft“ vorgestellt.

In jeder Krise liegt eine Chance – ich bin jedenfalls froh darüber, dass die beteiligten Parteien in den kommenden Monaten Gelegenheit haben werden, Zahlen und Fakten auf den Tisch zu legen. Dabei bin ich mir sicher, dass sehr viel für den LWV und seine Arbeit sprechen wird. Es darf es aber nicht **nur** um Zahlen gehen: Für Hessen tragen wir eine Verantwortung, die uns gebietet, behinderten Menschen auch in Zukunft die Unterstützung zu gewähren, die sie benötigen.

Das eben Skizzierte bedeutet für uns alle im LWV eine besondere Herausforderung für das kommende Jahr 2005. Ich weiß, dass sich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im LWV bei der Lösung der anstehenden Probleme mit ganzer Kraft engagieren werden. Von den politischen Entscheidungsträgern erwarte ich, dass politisch verantwortliche und sozial verträgliche Lösungen getroffen werden. Ihnen allen wünsche ich ein glückliches und erfolgreiches neues Jahr 2005!

Ihr



Lutz Bauer

Foto: Ralph Leupolt



IMPRESSUM

**LWV-Info. Zeitschrift des
Landeswohlfahrtsverbandes Hessen**

Herausgeber:

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Öffentlichkeitsarbeit - Pressestelle
Ständeplatz 6 - 10, 34117 Kassel
Tel.: (05 61) 10 04 - 22 13 / 23 68 / 25 36
Fax: (05 61) 10 04 - 26 40
pressestelle@lww-hessen.de
www.lww-hessen.de

Redaktion:

Jörg Daniel (jda) (verantw.)
Rose-Marie von Krauss (rvk)

Redaktionsmitarbeit:

Monika Brauns (mbr)

Satz und Druck:

Grafische Werkstatt von 1980 GmbH,
Kassel

Redaktionsschluss: 2. November 2004
Nächster Redaktionsschluss:
2. Februar 2005

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Nachdruck von Beiträgen dieser Zeitschrift, Vervielfältigung, Übersetzung, Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, elektronisches Publizieren sowie Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen – auch auszugsweise – sind nur unter Angabe der genauen Quelle und gegen Übersendung eines Belegexemplares gestattet. Eine elektronische Ausgabe des LWV-Info finden Sie unter www.lww-hessen.de. Abonnementsbestellungen richten Sie bitte an die obige Anschrift.



500 Jahre Philipp der Großmütige: Feier in Merxhausen. (siehe Bericht S. 18)

Foto: Jörg Daniel



Ausbildungsstart für 230 junge Menschen beim LWV. (siehe Bericht S. 44)

Foto: Diana Becker

*Die Redaktion
wünscht allen
Leserinnen und Lesern
ein gesundes und
erfolgreiches
Jahr 2005*



Kurz notiert _____ **4**

Wortmeldungen _____ **14**

Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen

Als kompetenter Dienstleister im Wettbewerb bestehen _____ **16**

Klinikführungskräfte des LWV treffen sich in Vöhl

Brücken in die Vergangenheit _____ **18**

LWV würdigt Landgraf Philipp

Abschied von der Krankenschwester _____ **21**

145 junge Männer und Frauen schlossen Fachausbildung ab

Partner des LWV _____ **22**

Bundesbahn-Werk Fulda – Lokomotive für berufliche Integration

„Oh, wie wichtig ist das PANAMA“ _____ **26**

– Jubiläum in Kassel –

Aktivieren der Selbstheilungskräfte _____ **28**

Soteria-Konzepte in LWV-Kliniken

Klinikum Weilmünster _____ **31**

Neue neurologische Intensivstation in Betrieb

Besondere Form praktizierter Integration _____ **32**

230 Teilnehmer bei den Hainaer Fortbildungstagen

Arbeit schaffen – auch für Menschen mit Behinderungen _____ **34**

LWV setzt gezielt Mittel der Ausgleichsabgabe ein

Ehemalige Heimkinder _____ **36**

Treffen im Kalmenhof

„Rauchfrei 2004“ _____ **37**

Arbeitskreis Sucht hilft

Sozialgesetzbuch IX novelliert _____ **38**

Gewachsene Verantwortung für Integrationsämter

Wohnangebote den Bedürfnissen anpassen _____ **40**

Finanzielle Förderung durch den LWV Hessen

Erst vereinbaren – dann verwirklichen _____ **42**

Sechs Landestagungen für betriebliche Schwerbehindertenvertreter

Wurzeln der „Euthanasie“ _____ **43**

Gedenkveranstaltung im Philippshospital

Auf in die Zukunft _____ **44**

230 junge Menschen starten Ausbildung beim LWV

Personalien _____ **45**

Erfolge / Jubiläen / Ruhestand / Neue Namen / Trauer

Kurz notiert _____ **47**

„Kommunale Finanznot entsteht durch gesetzliche Leistungsausweitungen“ – LWV-Chef: **Bloße Verlagerung sozialer Aufgaben des LWV bringt keine Verbesserung**



Belastet nicht die LWV-Verbandsumlage: Das Zentrum für Soziale Psychiatrie in Heppenheim.

Foto: Dieter Schwarz

„Die Lage war noch nie so ernst“ – Wer an der Finanzlage der öffentlichen Hände interessiert ist, hat diese Redewendung, die auf Alt-Bundeskanzler Konrad Adenauer zurückgeht, in der vergangenen Zeit häufig zu hören bekommen. Die Gefahr, wenn politische Hilferufe inflationär erfolgen: Die Öffentlichkeit gewöhnt sich daran. Anfängliche Krisenstimungen weichen Resignation und Fatalismus. Bitter an der Formel ist allerdings: Sie stimmt. Die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte geraten immer mehr in einen Schuldenstrudel, ohne an den Ursachen durchgreifend etwas ändern zu können. Manche Forderung, die gegenwärtig erhoben wird, klingt fast wie ein verzweifelter Hilfeschrei, wie bei-

spielsweise die Forderung zweier südhessischer Kommunen, aus dem Landkreis austreten zu wollen, um sich der steigenden Kreisumlage zu entledigen. In Sorge um die finanzielle Zukunft seines Landkreises verkündete der Bergsträßer Landrat Matthias Wilkes im Oktober, gemeinsam mit anderen Landkreisen eine Klage gegen das Land Hessen in Erwägung zu ziehen, um auf diesem Weg eine bessere Finanzausstattung für die Landkreise durchsetzen zu können. Auch forderte er, den LWV aufzulösen, um so Kosten zu sparen.

Gesetzliche Leistungsausweitungen

Die Auflösung des LWV brächte eine

solche Entlastung allerdings nicht, brachte Landesdirektor Lutz Bauer in einer Stellungnahme zur Forderung Wilkes' zum Ausdruck. Die Sorge von Landrat Wilkes um die Zukunft des Landkreises Bergstraße könne er sehr gut verstehen, sagte der LWV-Chef, denn dem LWV als Mitglied der kommunalen Familie gehe es hier ähnlich wie den Landkreisen: „Zur Erledigung der ihnen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben stehen nicht die entsprechenden Mittel zur Verfügung. Der Gesetzgeber beschließt Leistungsausweitungen und überlässt die Finanzierung den Kommunen.“ Als Beispiele führte Bauer Leistungsverbesserungen durch die neu beschlossenen Teile IX und XII des Sozialgesetzbuches an, die sich im Haushalt des LWV niederschlugen. Allerdings müsse die Gesellschaft auch anerkennen, dass eine jährlich wachsende Zahl von Menschen mit Behinderungen Unterstützung und Förderung benötige. Bauer bekundete seine Bereitschaft, eine konstruktive Reformdebatte – auch vor Ort – zu führen. Dabei werde er die „vielen guten Argumente“ einbringen, die für den LWV sprächen.

Eigenständiges Leistungsrecht

Eine bloße Verlagerung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen vom LWV auf die Landkreise brächte hier keine Verbesserung, nur weil gesetzlich vorgegebene Leistungen dann von den Landkreisen organisiert und ausgezahlt werden müssten, so Bauer. Schließlich bliebe bei einer Aufgabenverlagerung der gegenwärtige Solidarausgleich zwischen finanzstärkeren und finanzschwächeren Kreisen auf der Strecke, drohe die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse für Menschen mit Behinderungen in Hessen Schaden zu nehmen. Als durchgreifende Lösung forderte der LWV-Chef die Herausnahme der Rehabilitationsleistungen für behin-

derte Menschen aus dem Sozialhilferecht und die Schaffung eines eigenständigen Leistungsrechtes auf Bundesebene mit einer gerechteren Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen: „Bisher liegt die übergroße Last bei den Kommunen. Das muss sich dringend ändern“, ergänzte Bauer und wies darauf hin, dass der Bundesrat im vergangenen Jahr eine solche Notwendigkeit bereits erkannt habe. Dies scheine im Zusammenhang mit der Verabschiedung der „Hartz IV-Gesetze“ in Vergessenheit geraten zu sein.

Kostenentlastungen

Im Rahmen seiner begrenzten Möglichkeiten unternehme der LWV dennoch alle denkbaren Schritte, um die Kostenbelastung der Landkreise und kreisfreien Städte in engen Grenzen zu halten: So habe der LWV durch den – im Vergleich zum stationären Wohnheim kostengünstigeren – Ausbau des Betreuten Wohnens für behinderte Menschen bereits einen dreistelligen Millionenbetrag eingespart. Das Betreute Wohnen werde der LWV in den kommenden vier Jahren nach einer mit dem Hessischen Sozialministerium und den Kommunalen Spitzenverbänden geschlossenen Vereinbarung deutlich weiter ausbauen, warf Bauer einen Blick in die Zukunft. Auch habe der LWV in den Vergütungsverhandlungen der letzten Jahre mit Einrichtungsbetreibern erfolgreich auf Kosteneinsparungen hinwirken können, wie ein Vergleich mit anderen Bundesländern ergeben habe. Auf diesem Weg seien auch Standards angepasst worden. Diese Strategie solle für das kommende Jahr fortgesetzt werden.

Demografische Entwicklung

Dass die Kosten bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen jährlich wüchsen, sei allerdings eindeutig der demografischen Entwicklung zuzuschreiben. Dank des medizinischen Fortschritts gebe es mehr Menschen mit Behinderungen, auch nehme die Lebenserwartung deutlich zu. Hier müsse man beim Leistungs-

volumen bundesweit in den nächsten Jahren von einer jährlichen Steigerungsrate von rund 5 % ausgehen, die für Hessen dank der erfolgreichen Maßnahmen des LWV zur Kostendämpfung sogar noch leicht unterdurchschnittlich sei. Ergänzend wies Bauer darauf hin, dass LWV-Kliniken wie das Zentrum für Soziale Psychiatrie Bergstraße nicht aus Mitteln der Verbandsumlage finanziert würden: „Tatsächlich ist es so, dass die psychiatrischen Krankenhäuser als Eigenbetriebe oder als gemeinnützige GmbHs selbstständig wirtschaften und ausgeglichene Wirtschaftspläne erzielen müssen.“ Die LWV-Kliniken seien wirtschaftlich und professionell geführte Unternehmen, die sich erfolgreich im Markt behaupten, ohne aus kommunalen Haushaltsmitteln subventioniert zu werden. (jda)

„Geschützte Unterbringung“: Noch keine Entscheidung

Der LWV habe die Bedingungen, unter denen er bereit sei, innerhalb des Sozialpädagogischen Zentrums (SPZ) Kalmenhof ein Wohnheim zur geschützten und gesicherten Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in besonderen Krisensituationen einzurichten, dem Hessischen Sozialministerium mitgeteilt. Von der Sozialministerin liege ihm dazu noch keine Entscheidung vor, erwiderte Erster Beigeordneter Uwe Brückmann auf eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Für seine Fraktion hatte Reinhard Deutschen-dorf zuvor verdeutlicht, dass man sich mit einem solchen Einrichtungstyp nicht anfreunden könne, auch fehle eine Prüfung von Alternativen. Aus der Antwort des Verwaltungsausschusses auf die Anfrage geht hervor, dass die Jugendämter für eine geschützte Unterbringung Bedarf

sehen, zumal in Hessen gegenwärtig keine solche Einrichtung bestehe. Dem LWV sei die Zusage des Sozialministeriums zu den Investitionskosten der Einrichtung wichtig. Auch müsse geklärt werden, wer die Kosten übernehme, wenn die Einrichtung nicht voll belegt sei, sagte Brückmann. (jda)

Aus RPA wird Revision

Nach Dezernaten und Referaten verschwindet nun auch das letzte „Amt“ des LWV: Ein Rechnungsprüfungsamt wird es künftig beim sozialen Dienstleister nicht mehr geben. Gleichwohl werden die Aufgaben der Rechnungsprüfung natürlich auch künftig wahrgenommen, allerdings nach einem veränderten Konzept und einem neuen Selbstverständnis: Die Bezeichnung „Revision“ für diese Organisationseinheit drückt aus, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter künftig stärker am Grundsatz der „Systemprüfung“ statt am Einzelfall orientieren wollen. Dies schließt die bisherige Aufgabenstellung, Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des Verwaltungshandelns zu überwachen, ausdrücklich ein, soll aber durch prozessbegleitende Prüfungen wie auch durch mehr beratende Mitwirkung erreicht werden. Auf diese Weise können sinnvolle Maßnahmen mit weniger Zeitverlust in die Tat umgesetzt werden, erhalten betroffene Organisationseinheiten nicht erst Jahre später durch „Prüfungsbemerkungen“ Kenntnis von Vorgängen, die längst abgeschlossen sind. Die am 13. Oktober durch die Verbandsversammlung beschlossene Geschäftsordnung für die Revision sieht auch eine Umbenennung des zuständigen Fachausschusses vor. Dieser trägt in Zukunft die Bezeichnung „Revisionsausschuss“ und wird die Arbeit der „Revision“ auch künftig konstruktiv begleiten. (jda)

Rainer Glenz neuer Beigeordneter



Rainer Glenz, bisher Abgeordneter der Verbandsversammlung für die CDU, gehört nun dem Verwaltungsausschuss des LWV als ehrenamtlicher Beigeordneter an und folgt damit dem verstorbenen Werner Thomas nach. Während der Verbandsversammlung am 13. Oktober wurde er von Präsident Kurt-Wilhelm Sauerwein (r.) und Landesdirektor Lutz Bauer (Bildmitte) in sein Amt eingeführt. (jda)

Foto: Jörg Daniel

Atempause für ZSP Kurhessen

Eine „Atempause“ für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZSP Kurhessen in Merxhausen und an den anderen Standorten soll sie sein, die erstmals in diesem Jahr herausgekommene Mitarbeiterzeitung. Eine Atempause gönnen sich die acht Mitglieder des Redaktionsteams wohl kaum, denn sie haben sich vorgenommen, ihr Medium alle zwei Monate erscheinen zu lassen. Bei rund 20 Seiten pro Ausgabe ein alle Beteiligten forderndes Vorhaben, welches bisher geglückt ist: Im Oktober erschien bereits die 5. Ausgabe des in professionellem Layout erscheinenden Magazins, das in der Hausdruckerei des LWV hergestellt wird. Abwechslungsreich, wie ein richtiges Magazin sein soll, bringt die Atempause eine

ganze Palette von Themen aus dem Geschehen des ZSPs und darüber hinaus: Für aktuelle Ereignisse ist dort Platz ebenso wie für neue Gesichter oder solche, die künftig nicht mehr an ihrem Arbeitsplatz anzutreffen sein werden. Auch Kunst, Kultur und Sport haben ihren Platz in der Atempause, ein Terminkalender informiert über anstehende Veranstaltungen und Ereignisse. Für die Atempause hat der weltbekannte griesgrämige Kater Garfield sogar seine Profession gewechselt und ist in der psychiatrischen Krankenpflege tätig. Dort versucht er nun, den Lesern der Atempause auf dem Titelblatt ein Lächeln zu entlocken. Etwas gequält – wie das eben so seine Art ist. (jda)

Neu erschienen

Tagungsband „Das Hospital am Beginn der Neuzeit“

Den Auftakt für das Philipp-Jahr 2004 bildete bereits im vergangenen Jahr eine international ausgerichtete Tagung zum „Hospital am Beginn der Neuzeit“, die im Zentrum für Soziale Psychiatrie Haina (Kloster) und in Frankenberg stattfand (siehe auch LWV-Info Nr. 4/2003, S. 27). Die Beiträge der Veranstaltung sind nun in der Historischen Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes erschienen. Der Band ist beim LWV und im Buchhandel erhältlich. (jda)



Arnd Friedrich, Fritz Heinrich, Christina Vanja (Hg.), Das Hospital am Beginn der Neuzeit. Soziale Reform in Hessen im Spiegel europäischer Kulturgeschichte, Petersberg 2004 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien, Band 11). Bestellungen: Archiv, Gedenkstätten, Historische Sammlungen, Tel.: 05 61 / 10 04 – 26 06, Email: kontakt-archiv@lww-hessen.de

Anhörung zur Reform der Eingliederungshilfe

„Ziele einer zeitgemäßen Eingliederungshilfe und erforderliche Struktur Anpassungen“ sollen durch eine Anhörung von Experten – auch im Vergleich mit Erfahrungen, die in anderen Bundesländern gesammelt wurden – ermittelt werden. In ihrer Oktobersitzung hat sich die Verbandsversammlung einstimmig dafür ausgesprochen, eine solche Veranstaltung im ersten Quartal des kommenden Jahres durchzuführen. In der Veranstaltung soll es auch darum gehen, wie die Kooperation zwischen örtlichem und überörtlichem Sozialhilfeträger effizienter gestaltet werden kann. (jda)

Neuordnung der klinisch-psychiatrischen Versorgung in Wiesbaden



Wiesbaden, Eberleinstraße 48: Tageskliniken und Ambulanzen.

Foto: ZSP Rheinblick

Im Rahmen der Neuordnung der klinisch-psychiatrischen Versorgung in der Landeshauptstadt Wiesbaden ist der LWV Hessen bereit, zum 1. Januar 2005 den klinisch-psychiatrischen Versorgungsauftrag der Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH (HSK) zu übernehmen. Dazu gaben die Abgeordneten der LWV-Verbandsversammlung in ihrer Sitzung Mitte Oktober grünes Licht. „Unser Ziel als Träger der klinisch-psychiatrischen Angebote in Wiesbaden ist, diese mit den komplementären Diensten zu vernetzen und so die gemeindenahе Versorgung für die Menschen in der Landeshauptstadt sicher zu stellen“, erläuterte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer am Rande der Verbandsversammlung.

Im Endausbau 160 Betten

In intensiven Gesprächen zwischen dem LWV, den HSK und dem Hessischen Sozialministerium wurde ein Konzept erarbeitet, auf dessen Grundlage schriftliche Vereinbarungen aller Beteiligten abgeschlossen werden sollen. Der LWV Hessen, so die

gemeinsamen Planungen, wird Träger einer „Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie (KPP) Wiesbaden“, die als Betriebszweig des LWV-Zentrums für Soziale Psychiatrie (ZSP) Rheinblick in Eltville geführt wird und an verschiedenen Standorten arbeiten soll. Die neue Wiesbadener Klinik soll im Endausbau über insgesamt 160 Betten/Plätze verfügen. 80 Betten davon und ein Aufnahmezentrum sollen im Personalwohnhaus der HSK, 20 Betten auf der Station B 12 der HSK zur Verfügung stehen. In Wiesbaden gibt es weiterhin 40 Tagesklinikplätze – 20 am Standort der HSK und 20 in der Eberleinstraße – sowie eine Institutsambulanz. Komplettiert wird die KPP Wiesbaden durch 20 Betten zur Behandlung Suchtkranker im ZSP Rheinblick in Eltville.

Um diese Planungen umzusetzen, sind umfangreiche Bauarbeiten sowohl im Personalwohnhaus als auch auf der Station B 12 der HSK notwendig. Bis diese abgeschlossen sind, wird die Wiesbadener Klinik in Trägerschaft des LWV ihren Versorgungsauftrag übergangsweise inner-

halb der HSK, der Tagesklinik der HSK mit 15 Plätzen, der LWV-Institutsambulanz und Tagesklinik mit 20 Plätzen in der Eberleinstraße und dem Behandlungsangebot für Suchtkranke in Eltville sicherstellen.

Weiterbeschäftigung mit Personalüberleitungsvertrag

An der Finanzierung der Umbauarbeiten, die im HSK-Personalwohnhaus, aber auch auf der HSK-Station B 12 notwendig werden, beteiligen sich das Hessische Sozialministerium, die HSK und der LWV. Das Personalwohnhaus wird der LWV im Rahmen eines Erbbaurechts und die Tagesklinik der HSK mit einem Mietvertrag übernehmen. Die auf den Stationen und in der Tagesklinik der HSK beschäftigten Mitarbeiter sollen beim Betriebsübergang durch den LWV im Rahmen eines Personalüberleitungsvertrages zu den bisherigen arbeitsvertraglichen und tariflichen Bedingungen weiterbeschäftigt werden. (rvk)

Kalmenhof räumt ab

Seit sieben Jahren greifen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des SPZ Kalmenhof gemeinsam zur Kugel, bei den diesjährigen Kegelstadtmeisterschaften in Idstein räumten sie kräftig ab: Gleich vier Meistertitel entfielen auf Teams aus dem Sozialpädagogischen Zentrum. Dabei konnten sich Herren- wie Seniorenmannschaft jeweils zwei Titel sichern, beide Teams hatten sowohl auf der Scheren- wie auch auf der Asphaltbahn die Nase vorn. Während die Freude über die gewonnenen Pokale bei den Hobbysportlern des Kalmenhofes groß war, stellten die Veranstalter nachlassendes Interesse fest. So fielen die Wettbewerbe für Schüler- und Jugendmannschaften mangels Teilnehmern aus. (jda)

Richtfest für Neubau „Altes Haus“ im SPZ Kalmenhof



Gute Stimmung herrschte bei den Beteiligten am Richtfest des neuen „Alten Hauses“.

Foto: Markus Bucker/SPZ Kalmenhof

Auf dem Rohbau des Neubaus „Altes Haus“ im Park des Sozialpädagogischen Zentrums (SPZ) Kalmenhof in Idstein wurde Anfang September der Richtbaum aufgestellt. Das neue Gebäude wird nach Fertigstellung 20 geistig behinderten Erwachsenen im Alter zwischen 53 und 80 Jahren ein neues Zuhause geben. Der LWV finanziert als Träger der Einrichtung den Neubau mit rund 2,7 Mio. €.

Das „Alte Haus“, das durch den Neubau ersetzt wird, ist das Gründerhaus des Kalmenhofs. Das „Alte Haus“ ist Teil des Wohnheims „Landhaus“. Im „Landhaus“ werden in sechs Gruppen und drei Trainingswohnungen bis zu 74 erwachsene Menschen mit einer geistigen Behinderung betreut. Zum Teil sind die Gruppen geschlechtsgemischt belegt. Mittlerweile genügt das „Alte Haus“ weder den gesetzlichen Auflagen noch den Anforderungen der Bewohnerstruktur. Aufgrund des fortschreitenden Lebensalters stieg im Lauf der vergangenen Jahre der Pflegeaufwand

für einen Teil der Bewohnerinnen und Bewohner erheblich an.

Behindertengerechter Ersatzbau

Durch den behindertengerechten Ersatzbau wird die Betreuung und Pflege maßgeblich verbessert. Im neuen „Alten Haus“ soll ab Frühjahr 2005 für jeden ein Einzelzimmer mit Nasszelle zur Verfügung stehen. Acht der 20 Zimmer sind für Rollstuhlfahrer konzipiert. Darüber hinaus wird das Haus mit zwei Pflegebädern, einem behindertengerechten Fahrstuhl und einem Schwestern-Ruf-System ausgestattet, was die Pflege erheblich erleichtert.

Gleichberechtigte Teilhabe

Das neue Haus, das im Park des Kalmenhofs in unmittelbarer Nähe zur Idsteiner Innenstadt errichtet wird, ermöglicht den mobilen Bewohnern durch seine zentrale Lage eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. (rvk)

Alltag in der Kinderpsychiatrie

Der eine hat aus Frust den Autospiegel abgetreten, als er erfuhr, dass er zu einer stationären Behandlung in die psychiatrische Klinik kommen soll, die andere hat Angst davor, künftig von Freunden und Schulkameradinnen nur noch „Klappsi“ genannt zu werden. Sinn oder Notwendigkeit einer solchen Behandlung erkennen viele Kinder und Jugendliche zunächst nicht und kommen mit Skepsis und Ablehnung in die Klinik. Wie sich diese Einschätzung, die natürlich viel mit dem Bild von der eigenen Person zu tun hat, im Laufe der Behandlung ändert, zeigt die vor einigen Wochen in der ARD ausgestrahlte Reportage: „Kleine Seelen – großer Kummer. Geschichten aus der Kinderpsychiatrie.“ Sie wirft einen Blick in den Alltag der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters Rehbergpark in Herborn, schildert therapeutische Ansätze, Bezugspflegesystem und fachliche Beurteilungen der Mitarbeiter, geht aber vor allem einfühlsam auf Sicht und Einsichten der Kinder und Jugendlichen der Station R 2.1 ein. Einfühlsam auch deshalb, weil die Patienten selbst ausführlich zu Wort kommen. Mehr noch: Um die zusätzliche Verunsicherung durch Fernsehleute in einer außergewöhnlichen Lebenssituation zu erleichtern, nehmen sie selbst die Kamera in die Hand und befragen mit dem Mikrofon ihre Zimmer- und Stationsgenossen und meistern so diese „Belastungserprobung“. Nach einer Weile stellt sich Unbefangenheit ein, sie können über ihre Probleme reden, über ihre Erfolge und Hoffnungen – ähnlich wie sich im Verlauf der Behandlung neue Perspektiven öffnen. Psychische Erkrankungen lassen sich in der Klinik nicht einfach „ausheilen“. Eine stationäre Behandlung ist nur der erste, allerdings wichtige Schritt zu Stabilisierung und Gesundheit. In Herborn haben sie ihn erfolgreich getan und kommen nun zu einer anderen Bewertung ihres Aufenthalts. (jda)

Erster Spatenstich in Mörfelden-Walldorf

Im Juli hatte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer den Bewilligungsbescheid des Verbandes über 1,91 Mio. € für das Wohnprojekt überbracht (s. LWV-Info 3/04). Knapp vier Wochen später beteiligte sich der Erste Beigeordnete des LWV, Uwe Brückmann, am 1. Spatenstich für die neue Wohnstätte in Mörfelden-Walldorf in Trägerschaft der Nieder-Ramstädter Diakonie. Am Ende soll eine neue Einrichtung mit insgesamt 48 Plätzen stehen, die über die Besonderheit eines „Trainingswohnens“ verfügt. Hier werden Menschen mit geistiger Behinderung auf eine Wohnform mit größerer Eigenständigkeit – wie etwa das Betreute Wohnen – vorbereitet. Das Erlangen lebenspraktischer Kompetenzen steht dabei im Mittelpunkt.



Mit vereinten Kräften beim ersten Spatenstich für das Wohnprojekt in Mörfelden-Walldorf (v. l.): Michael Wilms, Baufirma Wilms GmbH & Co. KG; Walter Diehl und Wilhelm Weiland, Vorstände der Nieder-Ramstädter Diakonie; Uwe Brückmann, Erster Beigeordneter des LWV Hessen; Thomas Will, Erster Kreisbeigeordneter des Landkreises Groß-Gerau; Dr. Gerhard Schmidt, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Nieder-Ramstädter Diakonie; Udo Nieper, Architekt; verdeckt: Wolfgang Rudolph vom Hessischen Sozialministerium und Bernhard Brehl, Bürgermeister der Stadt Mörfelden-Walldorf.

Foto: Nieder-Ramstädter Diakonie



Werner Thomas † Foto: Ralph Leupolt

Unerwartet Abschied nehmen musste der LWV von Werner Thomas. Der 68-jährige Beigeordnete des LWV aus Gießen verstarb am 30. August. Seit 1981 gehörte der ehemalige Gießener Bürgermeister und spätere Verwaltungsleiter des örtlichen Caritas-Verbandes den Selbstverwaltungsgremien des LWV an, zunächst eine Legislaturperiode

Abschied von Werner Thomas

als Mitglied der Verbandsversammlung, seit 1985 dann als Mitglied des Verwaltungsausschusses. Den Verlust einer großen Persönlichkeit habe die Stadt Gießen zu beklagen, sagte Gießens Oberbürgermeister Heinz-Peter Haumann bei der Trauerfeier am 3. September. Gleichermäßen bestürzt äußerten sich die anderen Redner, unter ihnen Hessens Innenminister Volker Bouffier und LWV-Landesdirektor Lutz Bauer, der die menschlich angenehme und sachverständige Mitarbeit des Verstorbenen im Verwaltungsausschuss des LWV hervorhob. Sein Ehrenamt als Beigeordneter habe Werner Thomas über 19 Jahre mit nicht nachlassendem Engagement und großer Hingabe ausgefüllt. Nicht nur der Verwaltungsausschuss, auch Einrichtungen und weitere LWV-Gremien hätten in Werner Thomas einen fachkundigen und willkommenen Ratgeber besessen, der oft gefragt wurde und nie Probleme liegen oder Fragen offen ließ. Eine Institution im LWV sei er gewesen, sagte der LWV-Chef und

fügte dem seinen ganz persönlichen Eindruck hinzu: Im vergangenen Jahr habe Werner Thomas, während die Stelle des Ersten Beigeordneten vakant war, dessen Geschäftsbereich geleitet. Sehr beeindruckt habe ihn, dass er – eigentlich ja schon im verdienten Ruhestand – sich spontan und ohne Einschränkung bereit erklärt habe, dieses Amt wahrzunehmen. Werner Thomas avancierte dabei in erstaunlich kurzer Zeit zum geschätzten Gesprächspartner seiner Mitarbeiter und meisterte auch diese Herausforderung in seiner stillen, aber sehr wirkungsvollen Art reibungslos. Der LWV werde, so schloss Lutz Bauer, dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren: „Werner Thomas' Lebenswerk ist uns Ansporn, an einer menschlichen und sozial gestalteten Zukunft weiter zu arbeiten.“ Für seine Verdienste wurde der Verstorbene postum mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. (jda)

Signal für mehr Kommunikation



Sie trugen durch ihren Einsatz zum ersten Gießener Psychiatrietag bei (v. l.): Andrea Weiland, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie; Rita Klatt, Verein Psychoaktiv e. V.; Stefan Bolz, Lebenshilfe Reha-West; Martin Evenius, Wohnheim Sonnenstraße; Uwe Kropp, Universitätsklinik Gießen und Detlef Bühring, Profile GmbH.

Foto: Franz Maywald

„Ihre Meinung, Ihre Erfahrung ist gefragt“ Dieser Aufruf richtete sich an alle Menschen, die als Betroffene oder auch als Familienangehörige Erfahrungen mit den Einrichtungen der psychiatrischen Versorgung im Gießener Raum gemacht hatten und war durchaus als Aufforderung zu verstehen. Als Aufforderung, ganz persönliche Sichtweisen und Stellungnahmen bei den ersten Gießener Psychiatrietagen einzubringen, die Anfang Oktober in der Gießener Kongresshalle stattfanden. Die Organisatoren – mehrere psychiatrische Einrichtungen im Gießener Raum, darunter die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des ZSP Mittlere Lahn – waren zuvor zur durchaus selbstkritischen Erkenntnis gelangt, dass es noch eines „Mehr an Kommunikation“ bedürfe und hatten sich an die Arbeit gemacht, um einen ersten Gießener Psychiatrietag vorzubereiten. Nicht über die Betroffenen reden, sondern mit ihnen. Ein häufig gehörter Vorsatz, doch im beruflichen Alltag mit seinen Anforderungen aus vielen Richtungen nicht immer leicht zu verwirklichen.

Die Resonanz war unerwartet groß: Rund 450 Teilnehmer kamen Anfang Oktober in der Kongresshalle zusammen, um gemeinsam „Visionen im Dialog“ zu entwickeln, also darüber zu beraten, wie das Netz wirksamer Hilfeleistungen noch enger geknüpft werden kann, auch welche gegenseitigen Erwartungen man hegt. Neben den Beratungen im Plenum und in Arbeitsgruppen hatten die 14 beteiligten Organisationen im Foyer Stände aufgebaut und stellten dort ihre Arbeit vor. Mit dabei war auch Dr. Klaus Becker, Beigeordneter im Verwaltungsausschuss des LWV und zugleich Psychiatrie-Koordinator für den Landkreis Gießen. Bei den Visionen wurden die Teilnehmer dann ziemlich konkret: Eine rund um die Uhr erreichbare Krisenhilfe für psychisch Kranke wurde gefordert. Auch für die häufig stark belasteten Mitarbeiter in der Psychiatrie seien Erleichterungen dringend erforderlich. Hier gebe es kreative Möglichkeiten jenseits der alten Forderung nach mehr Geld und mehr Personal. Die beim ersten Psychiatrietag erreichte Öffentlichkeit war durchaus ein Ziel

der Veranstaltung. Ein Signal an die Politik habe die Veranstaltung gegeben, meinten die Organisatoren. Ein Signal, das etwas Licht in ein sonst eher vernachlässigtes Aufgabenfeld gebracht habe. (jda)

Rund 2,2 Mio. € an PSKB

48 Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen (PSKB) in Hessen erhalten in diesem Jahr 2.189.898 € vom LWV. Dies beschloss der LWV-Verwaltungsausschuss in seiner September-Sitzung. Die Höhe der Förderung richtet sich bereits seit 1999 – in Absprache mit den örtlichen Sozialhilfeträgern – nach der Einwohnerzahl des jeweiligen Versorgungsgebietes. Mit der Ausrichtung der Förderung an diesem objektiven Kriterium soll eine Gleichbehandlung der verschiedenen PSKB hessenweit sichergestellt werden. Durch den Beschluss des Verwaltungsausschusses kann der LWV Hessen seinen Haushaltsansatz in der Förderhöhe des Vorjahres halten und leistet damit seinen Anteil zur Sicherung der Arbeit in den PSKB. Dabei kann der LWV jedoch ausfallende Landesmittel oder Mittel Dritter nicht ausgleichen.

Baustein der Gemeindepsychiatrie

Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen sind ein wesentlicher Baustein der gemeindepsychiatrischen Versorgung in Hessen und flächendeckend ausgebaut. In den Beratungsstellen wird sowohl präventive als auch nachsorgende Arbeit geleistet. So wird den psychisch kranken Menschen hier beispielsweise bei der Entlassung aus einer stationären Einrichtung zur Seite gestanden. Da die PSKB mittlerweile alle Teil eines Psychosozialen Zentrums (Verbundsystem aus Tagesstätten, Betreutem Wohnen, Werkstattangeboten) sind, kommt ihnen als niedrigschwelligstem Angebot auch ein koordinierender Beitrag zu. (rvk)

Personalentwicklung in den LWV-Einrichtungen



Mitglieder der Arbeitsgruppe (v. l.): Werner Thielemann, Pädagogischer Leiter der HPE Haina; Jochen Schütz, Leiter des Funktionsbereiches „Personalangelegenheiten der Einrichtungen“; Edwin Kaiser, Kaufmännischer Direktor ZSP Hochtaunus gGmbH; Anke Berger-Schmitt, Betriebsleiterin ZSP Bergstraße; Martina Maurer, stellv. Vorsitzende des Gesamtpersonalrates; Ute Jost, Verwaltungsleiterin des SPZ Kalmenhof; Aloys Jäckel, stellv. Leiter des WPH des ZSP Rheinblick; Christine Lohr, Krankenpflegedirektorin der KPP Riedstadt; Dr. Rolf Speier, Ärztlicher Direktor der KPP Haina.

Foto: Fortbildungszentrum Gießen

„Engagierte, eigenverantwortliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das wichtigste Kapital des LWV Hessen“, so lautet einer der Kernsätze des LWV-Leitbildes. Diesem Leitsatz entsprechend wurden im LWV Hessen bereits vielfältige Personalentwicklungsmaßnahmen konzipiert und umgesetzt. Für den Bereich der LWV-Einrichtungen heisst das Maßnahmen einrichtungsübergreifend zu koordinieren, um dadurch sinnvolle Synergieeffekte zu erzielen.

Um eine einheitliche Unternehmens- und Führungskultur innerhalb der „LWV-Unternehmensgruppe“ zu gewährleisten, hat Landesdirektor Lutz Bauer eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Jochen Schütz, dem Leiter des Funktionsbereiches „Personalangelegenheiten der Einrichtungen“ beauftragt, ein Personalentwicklungskonzept für die LWV-Einrichtungen zu erstellen. Besondere Bedeutung hat hierbei, dass das

Konzept gemeinsam mit den Vertretern der einzelnen Berufsgruppen sowie unter Beteiligung der Personalvertretung erarbeitet wird. So sind als Mitglieder der Arbeitsgruppe Führungskräfte der jeweiligen Berufsgruppen, der Leiter des Fortbildungszentrums Gießen sowie der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates vertreten.

Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es, ein Rahmenkonzept „Personalentwicklung“ zu erarbeiten, das einen einheitlichen Rahmen für die Umsetzung erforderlicher Personalentwicklungsmaßnahmen bildet, aber auch genügend Spielraum lässt, die einzelnen Personalentwicklungsmaßnahmen in den Häusern individuell auszugestalten und umzusetzen.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sollen im Frühjahr 2005 vorgestellt werden.

Jochen Schütz/(rvk)

Kapelle gestrichen – „Minis“ um Jahre gealtert

Nach ihrer „72-Stunden-Aktion“ verbreiteten die Ministranten der St. Peter-Kirche in Heppenheim eine witzige Erfolgsmeldung: Weißhaarige Gestalten seien am Abend der Aktion in der Kapelle des Zentrums für Soziale Psychiatrie (ZSP) in Heppenheim anzutreffen gewesen, doch die meiste Farbe habe tatsächlich wie geplant die Wand abbekommen und sei nicht auf den Köpfen der Ministranten gelandet. Was war geschehen? Unter rund 25.000 Teilnehmern war auch eine Gruppe Heppenheimer Ministranten aufgebrochen, um sich an der Aktion „72 Stunden“ des Bundes der deutschen Katholischen



72 Stunden im Einsatz: Ministranten beim Anstreichen in der Kapelle des ZSP Bergstraße.

Foto: privat

Jugend mit einem sozialen Projekt zu beteiligen. Aufgabe für die Heppenheimer „Minis“: Für einen neuen Innenanstrich in der Kapelle des ZSP Bergstraße zu sorgen. Nach frischer Farbe lechzten auch Fenster und Türen sowie eine Abtrennung zur Sakristei. Schließlich erstrahlte nach getaner Arbeit sogar das Metallgitter in der Kapelle. Begleitet wurde die wohlthätige Aktion durch ein „offenes Singen“ mit Kaffee und Kuchen, bei dem sich Patienten der Heppenheimer Klinik gern einfanden. Das Material stellte das ZSP. Eine tolle Aktion! (jda)

Bewegende Schönheit



Die schönste deutschsprachige Rollstuhlfahrerin: Hülya Durmaz (Mitte) aus Wetter/Ruhr gewann bei „beauties in motion“ den ersten Model-Wettbewerb für Frauen im Rollstuhl. Auf Platz 2 landete Stefanie Kulske aus Berlin (l.), Dritte wurde Danya Bernsteiner aus dem österreichischen Linz, die hier der Siegerin Beifall spendet.

Foto: Veranstalter

Kann ein Model-Wettbewerb für Frauen im Rollstuhl dazu beitragen, auf die Lebenslage dieser Menschen aufmerksam zu machen, oder bleibt eine solche Aktion auf der Oberfläche

des massenmedialen Boulevards hängen, wo nur das Schöne oder Spektakuläre, mitunter auch das Schreckliche oder Mitleiderregende zählt? Nicht unumstritten unter

Betroffenen und Fachleuten war das Vorhaben von „partizip“, einer in Hannover erscheinenden Zeitschrift für Menschen mit Behinderung, die den Wettbewerb ins Leben gerufen hatte. In einem Streitgespräch in der feministischen Zeitschrift Emma wandte sich Michaela Heering, eine von 184 Teilnehmerinnen am Model-Wettbewerb, gegen die gesellschaftliche Aufteilung in schöne Frauen und solche im Rollstuhl. Auch mit – nicht trotz – Rollstuhl möchte sie als attraktiv wahrgenommen werden. Gegnerin Martina Puschke hingegen empfand den Modelcontest als kontraproduktiv, weil er Schönheitsnormen aus der Werbung nicht aufbräche, sondern verfestige. Auf jeden Fall: Das Medieninteresse im September bei der Endausscheidung war groß und ging deutlich über „Jung, schön, Rollstuhl“-Schlagzeilen der Boulevardpresse hinaus. „Beauties in motion“ hat denjenigen, die es noch nicht wussten, gezeigt, dass es eine Menge Frauen mit Behinderungen gibt, die mit viel Power ihr Leben meistern. Eine andere Form der Gleichstellung wollen die Veranstalter bei der nächsten Runde praktizieren: Dann wird auch der attraktivste Mann im Rollstuhl gesucht. (jda)

Kriegsopferfürsorge: LWV übernimmt Aufgaben für Odenwaldkreis

Zum 1. Oktober 2004 hat der LWV die Aufgaben der örtlichen Kriegsopferfürsorgestelle für den Odenwaldkreis übernommen. Zuständig für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene ist das Zielgruppenmanagement Kriegsopferfürsorge (KOF), und dort das Regionalmanagement in Darmstadt als künftig alleiniger Ansprechpartner für die Kriegsopferfürsorge. Die Verwaltungsvereinbarung dazu unterzeichneten Landrat Horst Schnur, der Erste Kreisbeigeordnete Dr. Michael Reuter sowie für den LWV Landesdirektor Lutz Bauer und Erster Beigeordneter Uwe Brückmann, nachdem zuvor die Mitglieder des KOF-Beirates – ihm gehören Personen mit dem Schicksal der Kriegsbe-

einträchtigung an – grünes Licht gegeben hatten.

Neben seiner gesetzlichen Zuständigkeit als Hauptfürsorgestelle ist der LWV nun bereits von sechs Gebietskörperschaften mit den Aufgaben eines örtlichen Trägers beauftragt worden. Aus einem Guss durch den LWV betreut werden die Leistungsberechtigten in den Städten Frankfurt und Hanau sowie den Kreisen Groß-Gerau, Wetterau, Bergstraße und ab 1. Oktober 2004 auch im Odenwaldkreis. „Die Erfahrungen, die wir bisher in Frankfurt, Groß-Gerau und in weiteren Gebietskörperschaften machen konnten, sind durchgängig positiv. Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger begrüßen die Aufgabenbünde-

lung, zumal der LWV mit seinen Beratungsangeboten leicht erreicht werden kann. Unsere Mitarbeiter kommen auf Wunsch auch ins Haus“, sagte LWV-Chef Bauer anlässlich der Vertragsunterzeichnung.



INFO Für den LWV stellt Regionalmanager Hans-Josef Becker von Darmstadt aus die Betreuung der betroffenen Menschen auch in Zukunft sicher. Ansprechpartnerin für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen aus dem Odenwaldkreis ist Brigitte Kelnhofer, Tel.: 0 61 51 / 8 01 – 1 39, EMail: brigitte.kelnhofer@lwv-hessen.de. (jda)

Mannschaft aus Haina trug den Sieg davon



Mit 3 : 0 schlug die Mannschaft des Zentrums für Soziale Psychiatrie (ZSP) Haina im Endspiel die Elf des Klinikums Weilmünster gGmbH und ging damit als Sieger des LWV-Fußballturniers um den Pokal des Landesdirektors hervor. Den dritten Platz sicherte sich die Mannschaft der Hauptverwaltung Kassel, die sich im „kleinen Finale“ mit 1 : 0 gegen das Team des ZSP Kurhessen durchsetzen konnte.

Zehn Fußball-Teams aus verschiedenen LWV-Einrichtungen trafen sich Anfang September im ZSP Haina zum jährlich stattfindenden traditionellen Fußball-Wettkampf. Nach der Auslosung in zwei Gruppen, bei denen die Vorjahresfinalisten – die Teams der Hauptverwaltung Kassel und des ZSP Kurhessen – gesetzt waren, begannen die Gruppenbegegnungen bei herrlichem Wetter. In spannenden und fairen Spielen wurden so die Teilnehmer des Endspiels und des Spiels um den 3. Platz ermittelt. Neben dem sportlichen Wettkampf

Siegerehrung mit den Mannschftsvertretern der verschiedenen Einrichtungen (v. l., stehend): Christian Schmeller, Spielgemeinschaft Gießen; Jens Ickler, ZSP Kurhessen; Michael Todisco, ZSP Philipps hospital; Marco Winter, ZSP Hochtaunus gGmbH; Wolfgang Decker, Persönlicher Referent des Landesdirektors; Alexander Stock, Hauptverwaltung Kassel; Peter Metz, ZSP Haina; Jürgen Hammerschlag, Betriebsleiter des ZSP Haina; Dieter Hansmann, Personalratsvorsitzender ZSP Haina. (v. l., knieend): Rainer Barthel, ZSP Rheinblick; Benjamin Förster, Klinikum Weilmünster gGmbH; Werner Fritzjus, ZSP Rehbergpark Herborn gGmbH. Auf dem Foto fehlt: Dr. Christian Lörke, Mannschaftsführer der OK Kassel gGmbH.

Foto: ZSP Haina

genossen die Teilnehmer aus ganz Hessen das Miteinander am Spielfeldrand und die stärkenden Mahlzeiten der Zentralküche des ZSP Haina. Im Anschluss an das gemeinsame Abendessen fand dann auch die Siegerehrung in geselliger Runde statt. Wolfgang Decker, Persönlicher Referent des Landesdirektors, und Jürgen Hammerschlag, Betriebsleiter des ZSP Haina, sprachen Dieter Hansmann, Vorsitzender des Personalrats und der Betriebssportgruppe im ZSP Haina, Dank und Anerkennung für die hervorragende Organisation und Durchführung des Turniers aus, der den Dank an alle Beteiligten weitergab. Neben den Pokalen für die sportlichen Leistungen wurde traditionell auch wieder der Fairnesspokal über-

reicht: an die Elf der Orthopädischen Klinik Kassel. Auch ein Trost dafür, dass es diesmal sportlich nicht so geklappt hat – die Mannschaft wurde Zehnte. (rvk)

Platzierungen

1. ZSP Haina, 2. Klinikum Weilmünster gGmbH, 3. Hauptverwaltung Kassel, 4. ZSP Kurhessen, 5. ZSP Philipps hospital, Riedstadt, 6. ZSP Rehbergpark Herborn gGmbH, 7. Spielgemeinschaft ZSP Mittlere Lahn, Gießen und Klinik für forensische Psychiatrie Haina, Außenstelle Gießen, 8. ZSP Hochtaunus gGmbH, 9. ZSP Rheinblick, 10. Orthopädische Klinik Kassel gGmbH.

WORTMELDUNGEN

Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen

SPD



Foto: privat

Finanzielle Herausforderungen dürfen LWV nicht in Frage stellen

Der Haushalts-Entwurf für 2005 sieht eine Verbandsumlage in Höhe von 917 Mio. € gegenüber 820 Mio. € in 2004 vor. Städte und Kreise, die bereits heute ihre Haushalte nicht ausgleichen können, sollen im kommenden Jahr 97 Mio. € mehr aufbringen, damit der Verband seine gesetzlichen Aufgaben erfüllen kann. Der Aufschrei der Träger ist daher zunächst verständlich. Unverständlich ist aber, dass nun von einigen Landes- und Kommunalpolitikern die Auflösung des LWV gefordert wird. Solche Forderungen sind nicht geeignet, die finanziellen Probleme der Träger zu lösen. Der Mehrbedarf für 2005 entsteht u. a. aus der 2004 einstimmig verabschiedeten Auflösung der Rücklagen. Weitere 27 Millionen schlagen aus der Übernahme des Betreuten Wohnens neu zu Buche – diese Kosten werden aber lediglich verlagert. Wer meint, mit der Auflösung des LWV die Kommunalfinanzen retten zu können, verschließt die Augen vor dem strukturellen Problem: Für die Behindertenhilfe ist die Gesellschaft insgesamt gefordert, nicht nur der jeweilige Träger der Sozialhilfe. Ein steuerfinanziertes Gesetz muss hier die Forderung sein. Die Forderung nach einer Verlagerung der LWV-Aufgaben auf die Kreise ist Augenwischerei! Wer vor diesem Hintergrund die Auflösung des LWV fordert, will sich entweder von der solidarischen Finanzierung der Hilfen für Menschen mit Behinderung verabschieden oder von einem ganz anderen Problem ablenken. Die Sozialdemokraten in der VV halten es gerade angesichts der finanzpolitischen Herausforderung für notwendig, dass die Kreise gerade jetzt zur Erfüllung ihrer Aufgaben zum Wohle der Menschen mit Behinderung im Verband zusammenstehen. Dem permanenten Rückzug des Landes aus der Finanzierung der Behindertenhilfe ist entgegenzuwirken. Das Land steht in der Pflicht – aus der darf es nicht entlassen werden!

Reiner Emmerich
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

CDU



Foto: privat

Ängste nicht parteipolitisch missbrauchen

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im LWV Hessen, ich wende mich persönlich an Sie, weil Repräsentanten der SPD in letzter Zeit durch öffentliche Erklärungen suggeriert haben, „die CDU wolle Einrichtungen des Verbandes privatisieren und den LWV zerschlagen“. Ich versichere Ihnen, dass das unzutreffend ist. Und ich empfinde es als unverantwortlich, dass Ihre Ängste parteipolitisch missbraucht werden. Gerade weil die CDU die Zukunft des LWV sichern will, stellt sie sich einer Reformdiskussion. Sie ist bereits in vollem Gange und wird sich verschärfen, weil der LWV seinen Trägern von Jahr zu Jahr höhere Umlagen abverlangt. Dafür müssen die Träger sich verschulden. Das führt bei ihnen zur Kritik, zum Protest und jetzt sogar zum Teil zu der Forderung, den LWV aufzulösen.

Wenn wir nicht wollen, dass das wahr wird, müssen wir uns den Kritikern stellen und uns selbst fragen, wie wir ganz schnell auf begrenzte Finanzen reagieren, wie der Mitteleinsatz bei der Eingliederungshilfe noch effizienter erfolgen kann und wie zu erreichen ist, dass die Einrichtungen nicht nur jetzt, sondern auf lange Dauer wirtschaftlich erfolgreich arbeiten. Wir erwarten ein Gutachten, das uns helfen soll, die Reformdebatte zu versachlichen. Es gibt bei uns keinerlei Vorfestlegungen. Ich erkläre, dass die CDU ergebnisoffen in die Beratungen geht. Dabei sind wir uns der Verantwortung gegenüber den Bediensteten bewusst. Der Gesamtpersonalrat hat meine Zusage, dass die Personal- und Betriebsräte in den Entscheidungsprozess mit einbezogen werden. Deshalb bitte ich Sie: Unterstützen Sie uns und unseren Ersten Beigeordneten Uwe Brückmann, den LWV den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Im Miteinander liegt die Chance, die besten Lösungen zu finden.

Fritz Kramer
Fraktionsvorsitzender



Foto: Jörg Daniel

Der LWV Hessen im Herzen Europas

Als Vorsitzender der Karawane 2000 habe ich schon viele Länder Europas besucht. Immer wieder stelle ich fest, was für unterschiedliche Bedingungen für die Menschen mit Behinderungen existieren. In Schweden leben sie in gemütlichen Einzelzimmern in kleinen Wohngruppen mit höchstens acht Plätzen, in der Ukraine und in Polen stoße ich auf Masseneinrichtungen mit 8 - 12 Betten in einem Zimmer. Die einen zeigen uns die Zukunft, die anderen unsere Vergangenheit. Aber alle Kulturen eint der Wille, die Menschen mit Behinderungen in die Mitte der Gesellschaft zu integrieren. Und wir können alle voneinander lernen. Für uns in Hessen ist nicht nur das reiche Schweden interessant, sondern gerade auch die viel ärmeren Länder. Geringe Ressourcen bedeuten nicht automatisch, dass es den Menschen mit Behinderungen schlecht geht. Andere Kulturen lösen die Probleme oft erstaunlich einfach, und je ärmer sie sind, umso einfallsreicher. Wir hingegen betreiben häufig enormen Aufwand, der unterm Strich die Menschen, um die es geht, nicht unbedingt glücklicher macht. Wir können von unseren Nachbarn lernen, neue Wege zu gehen und mit Ideenreichtum und Improvisation mangelnde Haushaltsmittel ersetzen. Dort findet man Sponsoren und engagierte Bürger, die Menschen in ihrer Gemeinde zur Seite stehen. Sie sind bereit, selbst Verantwortung zu übernehmen, wenn kein Rundherum-Fürsorge-Staat bereit steht.

Aber auch wir als LWV Hessen sind gefragt, aus der Mitte Europas heraus unsere Erkenntnisse weiterzugeben und unsere Fähigkeiten zur Organisationsentwicklung und Sozialplanung den anderen Ländern zur Verfügung zu stellen. Jeder Weg ist ein guter Weg, wenn er es Menschen mit Behinderungen ermöglicht, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Sie brauchen keine Überversorgung, sondern individuelle Hilfestellung, um für sich selbst Verantwortung zu übernehmen.

Michael Thiele

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender



Foto: Jörg Daniel

Europäisches Sozialmodell: Neuer Konsens erforderlich

Wenn die Freien Demokraten im Landeswohlfahrtsverband Hessen das Kürzel LWV mit „Liberalen wollen verändern“ übersetzen, dann ist damit kein Gag gemeint, vielmehr der Gedanke gesetzt, dass in der Politik immer vorwärts bewegt, niemals etwas rückwärts bewegt wird. Diese Methode war erfolgreich: Die Gutsbetriebe wurden losgelöst, Psyche und Soma wurden gleichberechtigt, die Finanzberatung wurde verfeinert, die historische Last von Hadamar wurde getragen und beim Betreuten Wohnen blieb zusammen, was zusammen gehört.

Deshalb wagt die FDP-Fraktion einen Zwischenruf zum Thema Reformbedarf: Für die einen trägt die sozialpolitische Entwicklung der letzten Jahrzehnte Schuld an der gefühlten Misere in unserem Land, für die anderen scheint jeder weitere Reformschritt an den Grundfesten unserer Gesellschaft zu rühren. Mit solchen festen Positionen werden jeweils die Gegner in ihren Positionen formuliert. Doch es gibt, schaut man nur ruhig und genau hin, noch einen sehr breiten Konsens darüber, dass wir hierzulande das amerikanische Modell, auf das viele in dieser Zeit gucken, nicht haben wollen. Angesichts der weltweiten Dominanz der Amerikaner ist das europäische Sozialmodell defensiv geworden. Es muss ausführlicher begründet werden als bisher. Da muss deutlich gemacht werden, dass ethische Grundüberlegungen einschließlich ihrer religiösen Fundierung und Herausforderungen der Zeit zusammengehören. Damit solche Positionen glaubwürdig vertreten werden können, darf man aber nicht in jedes Wehgeschrei über irgendeine Veränderung von dem, was überkommen ist, einstimmen. Sonst lässt sich die unverzichtbare Option für Behinderte und Schwache, im Leitbild unseres Verbandes vorbildlich geronnen, irgendwann nicht mehr glaubwürdig vertreten.

Ferdinand Walther

Fraktionsvorsitzender



Foto: privat

Beteiligungsbericht 2003 ist beispielhaft!

Wer sich zum ersten Mal als neues Mitglied der Verbandsversammlung intensiver zu einzelnen Themen des Verbandes informieren möchte, sieht sich mit einer Reihe von Schwierigkeiten konfrontiert. Schier erdrückend sind die zahllosen Vorlagen, Mitteilungen, Stellungnahmen, Berichte und Gutachten, mit denen man sich beschäftigen sollte, um sich nach möglichst kurzer Eingewöhnungszeit (die es eigentlich gar nicht gibt!) einen Einblick bzw. sogar einen Überblick zu verschaffen, um sachlich begründete Entscheidungen treffen zu können.

Da man dies nicht auf allen der vielfältigen Gebiete zeitlich leisten kann, ist man leider schon sehr früh gezwungen, sich zu beschränken bzw. sich zu spezialisieren, ohne dabei grundlegende Einblicke in die gesamte Arbeitsweise des „LWV-Sozialriesen“ erlangt zu haben. Von daher ist man dankbar, wenn man Ausarbeitungen erhält, die diesen Defiziten Rechnung tragen. Ein gutes und gelungenes Beispiel für derart gern angenommene Hilfen ist der Beteiligungsbericht 2003 des LWV, der nicht nur eine gute Übersicht über die verschiedenen Einrichtungen des Verbandes in einer leicht nachvollziehbaren Form, sondern auch interessante Informationen über Bewertungssysteme wie den „Superindikator“ bietet, der es auch dem Laien bzw. Anfänger leicht macht, sich zurecht zu finden und Bewertungen treffen zu können.

Als Mitglied einer kleinen Fraktion, die weder im Verwaltungsausschuss vertreten noch – von einem Mandat im Aufsichtsrat des ZSP Herborn abgesehen – ein Mitglied in die Betriebskommissionen des Verbandes entsenden durfte, ist man für solch gelungen dargebotene Informationen wie dem von Peter Lutze und seinen Mitarbeitern verfassten Beteiligungsbericht 2003 dankbar – man fühlt sich informiert und betrachtet sich auch aus der Rolle des Anfängers von der Verwaltung verstanden. An die Adresse aller Verwaltungsgliederungen: Der Beteiligungsbericht 2003 ist beispielhaft!

Reiner Guth

Anfänger und Mitglied der FWG-Fraktion

Als kompetenter Dienstleister Klinikführungskräfte



„Konzern LWV“ – Stark mit seinen „Töchtern“. Klinikführungskräfte bei der Jahrestagung.

Foto: Martin Neßhold

Wurde der „Wille zur Selbstbehauptung“, den LWV-Landesdirektor Lutz Bauer zu Beginn der Veranstaltung beschrieb, durch die derzeit laufende Debatte über die Zukunft der LWV-Einrichtungen unter Betriebsleitern, Ärztlichen Direktoren und anderen leitenden Mitarbeitern in den Einrichtungen angestachelt oder ist es die Gewissheit, ohnehin nicht auf alten Lorbeeren ausge- ruht zu haben und bereits in einen umfassenden Modernisierungsprozess eingetreten zu sein? Diskussionsfreudig zeigten sich im Oktober rund 75 Führungs- kräfte aus den Zentren für Soziale Psychiatrie des LWV, die in Oberorke/Vöhl zur diesjähri- gen Führungskräftekonferenz unter dem Oberthema: „Grenzen überwinden – Integration und Kooperation als Zukunftsmodel- le“ zusammengekommen waren.

„Haben öffentliche Krankenhäuser eine Zukunft?“ war die zugespitzte, aber angesichts der gegenwärtig lau- fenden Privatisierungswelle öffent- licher Kliniken aktuelle Fragestellung, der Holger Strehlau-Schwoll, Vorsit- zender der Geschäftsführung der HSK-Management-Holding, Wiesba- den, nachging. Der Referent arbeite- te rechtliche, tarifvertragliche und arbeitsvertragliche Unterschiede zwi- schen privaten Krankenhäusern und solchen in öffentlich-rechtlicher Trä- gerschaft heraus. Unterschiede, die durchaus Wettbewerbsfähigkeit und Marktchancen beeinflussen. Dennoch sah Strehlau-Schwoll Chancen und Perspektiven für öffentlich-rechtliche Krankenhäuser, sich am Markt zu be- haupten: In der Regel genossen öffentliche Kliniken ein hohes Maß an Vertrauen in ihre medizinisch-pflege- rische Kompetenz. Des Weiteren gäbe es bei vielen Bürgerinnen und Bürgern eine ausgeprägte Identifi- kation mit dem „eigenen“ Krankenhaus der Heimatregion. In Zukunft werde es wichtiger, zu mehr Vernetzung und

Kooperation mit anderen Kranken- häusern, aber auch mit niedergelas- senen Ärzten und ambulanten Ver- sorgungsangeboten zu kommen. Da- durch könne das vorhandene Leis- tungsspektrum erweitert und somit die eigene Marktposition gestärkt werden.

„Am Ergebnis sollt ihr sie messen!“

Mit den Helios-Kliniken mit Sitz in Fulda stellte deren Geschäftsführer Bert Uwe Drechsel die derzeit wohl erfolgreichste private Klinikette auf dem deutschen Krankenhausmarkt vor. Die Helios-Kliniken legten beson- deres Gewicht auf fachliche Kompe- tenz, die zum Beispiel in der Eigen- tümerstruktur zum Ausdruck komme: Hier seien Fachleute mit einem medi- zinischen Hintergrund am Werk. Ein ausgereiftes Qualitätssicherungssy- stem mit medizinischen wie wirt- schaftlichen Zielen und daraus abge- leiteten Kennziffern sei ein Schlüssel für ein erfolgreiches Krankenhaus-

im Wettbewerb bestehen – des LWV treffen sich in Vöhl

unternehmen. Durch offensives und transparentes Auftreten in der Öffentlichkeit wolle man Vertrauen gewinnen, sagte Drechsel. Private Klinikketten besäßen gegenüber öffentlich-rechtlichen Strukturvorteile: Entscheidungsprozesse funktionierten schneller, auch gäbe es keine politischen Einflussnahmen. Letztendlich ausschlaggebend sei aber, ob langfristig gute Qualität geleistet und wirtschaftlich gesunde Ergebnisse produziert würden – dies gelte für Öffentlich-rechtliche wie Private. Gewinner und Verlierer werde es daher in beiden Lagern geben, war sich Drechsel sicher.

„Integration und Kooperation“ – zum Leitthema der Veranstaltung hatte Landesdirektor Bauer den Teilnehmern bereits zu Beginn der Veranstaltung verdeutlicht, dass hier gleich mehrere Dimensionen der Zukunftsdebatte angesprochen würden. Zum einen die Perspektive der Unternehmensentwicklung, bei der es um „Allianz- und Kooperationsfähigkeit“ der Krankenhäuser ginge, zum anderen stünden die Kliniken vor der Aufgabe, integrierte Versorgungskonzepte, wie es das Gesundheitsreformgesetz vorsehe, umzusetzen. Durch gezielte Kooperation mit Gesundheitsämtern, Wohnheimen, Trägern des Betreuten Wohnens, auch durch Verknüpfung von stationären mit teilstationären und ambulanten Angeboten befänden sich die LWV-Kliniken bereits auf diesem Weg, dennoch müssten die sozialpsychiatrischen Versorgungsnetze weiter ausgestaltet werden.

Modellprojekte zur integrierten Versorgung

Wie das geschehen kann, skizzierten Rolf Speier, Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie im ZSP Haina (Kloster), und Susanne Nöcker, Psychiatrie-Referentin im Hessischen Sozialministerium, in ihren Beiträgen. Während Nöcker anhand der Psychiatrieplanung des Landes Hessen – bei insgesamt guter psychiatrischer Versorgung – noch bestehende Versorgungslücken herausarbeitete, wandte sich Speier bestehenden Modell-

projekten zur integrierten Versorgung zu. Aufgrund der gesetzlichen Änderungen habe hier ein regelrechter Run auf eine Anschubfinanzierung durch die Krankenkassen eingesetzt. Bei den Modellprojekten in der psychiatrischen Versorgung werde mitunter „alter Wein in neuen Schläuchen“ verkauft, aber auch Innovatives sei darunter. So sei für die Modellregion Itzehoe ein regionales Jahresbudget für die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung festgeschrieben und mit der dortigen Klinik vereinbart worden. Ein regionales Psychiatriebudget stärke präventive Angebote, denn je mehr Patienten in der Region gesund blieben, umso lohnender sei es für die Klinik. In Gesprächen zu integrierten Versorgungsverträgen, die zwischen LWV-Einrichtungen und den Krankenkassen stattgefunden haben, habe man den langfristigen wirtschaftlichen Nutzen über das Jahr 2006 hinaus im Auge. „Schnellschüsse“ solle es nicht geben, so Speier. Bei vielen Modalitäten gebe es noch Gesprächsbe-

Beteiligungsbericht 2003

In neuem Gewand erschien in diesem Jahr erstmals der LWV-Beteiligungsbericht, der in beschreibender und analytischer Form die wirtschaftliche Lage der Eigenbetriebe und der Beteiligungen des LWV an Unternehmen in privater Rechtsform enthält. Die Kennzahlen für die Kliniken werden in einem Superindikator zusammengefasst. Im Durchschnitt aller Kliniken weist der Superindikator einen positiven Trend auf: Zwischen 2001 und 2003 legte er um mehr als drei Prozentpunkte zu. (jda)

darf, auch hätten die Krankenkassen zu erkennen gegeben, dass integrierte Versorgungsverträge für psychiatrische Behandlung bei den Krankenkassen keine hohe Priorität genießen würden. (jda)

Der LWV als Träger von Einrichtungen „Keine Verbandsumlage für LWV-Kliniken“



LWV-Unternehmensgruppe: Kein Defizit aus der Verbandsumlage.

Grafik: LWV Hessen

Brücken in die Vergangenheit – LWV würdigt Landgraf Philipp

Philipp-Jahr beim LWV: Im September lud das ZSP Kurhessen zu einer Festwoche ein. Einer Festveranstaltung von Landkreis Kassel und LWV folgte ein „Tag im historischen Merxhausen“, der viele hundert Menschen auf das Gelände des ehemaligen Klosters lockte. Guter Besuch auch bei Hubertusmesse und Sternblasen im ZSP Haina (Kloster), zu dem



Philipp und Merxhausen

Im nordhessischen Merxhausen wird im 13. Jahrhundert ein Kloster errichtet, welches in den folgenden Jahrhunderten eine wechselhafte Geschichte durchlebt. Nach Einführung der Reformation in Hessen säkularisiert Landgraf Philipp das Kloster 1527. Die Mönche werden, soweit sie der Reformation folgen, evangelische Geistliche. Mit Stiftungsbrief von 1533 erfolgt die Umwandlung in ein Hohes Hospital. In das Hospital werden arme, gebrechliche, kranke und geistes- kranke Frauen aus den Dörfern der Landgrafschaft aufgenommen, während Haina für die Aufnahme von Männern zuständig wird. Mit dieser langen Tradition ist Merxhausen das älteste, bis heute durchgängig betriebene Krankenhaus für psychisch kranke Menschen in Deutschland. (Kultur- und Geschichtsverein Bad Emstal/jda)

Philipp-Festveranstaltung in Merxhausen (v. r.): Ruth Hein; Bischof Dr. Martin Hein; Landrat Dr. Udo Schlitzberger; Marianne Schlitzberger; Landesdirektor Lutz Bauer; Staatssekretär Joachim Jacobi; Ernestine Jacobi; Dr. Walter Lübcke, Mitglied des Hessischen Landtages; Kurt-Wilhelm Sauerwein, Präsident der LWV-Verbandsversammlung, und Ursula Sauerwein.

Foto: Jörg Daniel

die Stiftungsforsten eingeladen hatten. Beide Veranstaltungen schlugen Brücken in die Vergangenheit.

Merxhausens erster Forensikpatient

Nahe des Klosters Merxhausen wird ein schwer verletzter Mann gefunden – ein Opfer des „tollen Konrads“, einem berüchtigten Räuberhauptmann. Die Mönche verweigern zunächst die Aufnahme des Mannes ins Kloster, erst der inkognito auftretende junge Landgraf Philipp muss die Mönche von ihrer Gottespflicht, Leben und Gesundheit eines Mitmenschen zu retten, überzeugen. Jahre später bedarf der tolle Konrad selbst der Hilfe – auch bei ihm hält es der Landgraf für seine Pflicht, diese

Hilfe im gerade neu gegründeten Hohen Hospital Merxhausen zu gewähren. Dem tollen Konrad wird Aufnahme und Pflege zuteil – aus Barmherzigkeit, wohl aber auch in der Hoffnung auf Läuterung des Rechtsbrechers.

Dass Landgraf Philipp von Hessen, der schon früh den Beinamen „Der Großmütige“ erhielt, mit der Gründung der Hohen Hospitäler in Merxhausen und an anderen Orten mit dieser Haltung zugleich auch die erste „forensische“ Einrichtung begründete, erfuhren die zahlreichen Besucherinnen und Besucher einer Szenenfolge aus dem Spiel von Eduard Thielemann, dargeboten vom Ensemble der Klosterspiele Merxhausen. Einer von vielen Höhepunkten der mehrtägigen Philipp-Festtage auf dem historischen Gelände des früheren Hospitals und heutigen Zentrums für Soziale Psychiatrie – dort während der Festtage gleich zweimal zu erleben.

Tag im historischen Merxhausen

Begonnen hatte der Veranstaltungsreigen mit fachlichen Vorträgen und



Landgraf Philipp fordert den Klerus zu mehr Mitmenschlichkeit auf: Spielszene der Klosterspiele Merxhausen.

einer Bilderausstellung. Am 18. September luden Landkreis Kassel und LWV gemeinsam zu einer Festveranstaltung ein, bei der Landrat Dr. Udo Schlitzberger eine Reihe prominenter Ehrengäste, darunter den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Alfred Hartenbach, und den Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium, Joachim Jacobi, begrüßen konnte.

Für die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte, zu der Landgraf Philipp einen bis heute nachwirkenden Beitrag geleistet habe, gäbe es viele gute Gründe, sagte der Landrat vor den rund 300 Gästen. Ohne Zweifel sei er einer der wichtigsten Köpfe des deutschen Protestantismus gewesen, habe aber auch durch die Gründung der Hohen Hospitäler oder durch die Einführung einer modernen Steuerstruktur Bleibendes geschaffen. Wer Geschichte betrachte, erfahre auch viel über die Gegenwart, war sich Schlitzberger sicher.

Landgraf Philipps Leistungen in Merxhausen und an anderen Stellen zu würdigen, sei für den LWV eine Herzenspflicht, bekräftigte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer in seinem Grußwort. Ein Faden lasse sich von der „Wohlthat“ der vier Hospitalsgründungen von 1533 - 1542 bis zu den heutigen modernen sozialpsychiatrischen Zentren des LWV spannen: Schon zu Beginn waren die Hospitä-

ler „multifunktional“, suchten später durch Vermittlung von Patienten in Familienpflege die humane Idee einer gemeindenahen Psychiatrie zu verwirklichen. Doch auch Schattenseiten habe es in der Geschichte des Merxhäuser Hospitals gegeben, als in der NS-Zeit Mord und Terror gegen Schwache ausgeübt wurden. Hier habe der LWV mit seinen Mitarbeitern in der Nachkriegszeit auf grausame Weise missbrauchtes Vertrauen wieder neu aufbauen müssen. Sehr viel stärker allerdings stünden die Hospitäler für die humane Haltung Philipps,

Philipp und Haina

Auch in Haina beginnt der Bau eines Klosters im 13. Jahrhundert, Zisterziensermönche siedeln sich dort an. Mitte des 14. Jahrhunderts ist die Klosteranlage vollständig erbaut, mit großen Waldflächen und umfangreichen Ländereien wird Haina zu einem bedeutenden und einflussreichen Kloster in Westdeutschland. Der bereits erwähnte Stiftungsbrief des Landgrafen Philipp macht aus dem ehemaligen Kloster 1533 – wenige Stunden nach der Stiftung in Merxhausen – ein Hohes Hospital mit der Bestimmung, nur männliche kranke und behinderte Menschen aufzunehmen. Erst 1975 wird diese Bestimmung aufgehoben, obwohl auch schon zuvor Patienten und Bewohner beiderlei Geschlechts Aufnahme fanden. Besondere Bedeutung für Haina hat seit jeher die Bewirtschaftung des Stiftungswaldes. In einer ersten – noch von Philipp erlassenen – „Ordnung für die Holzförsterei“ wird schon im 16. Jahrhundert eine nachhaltige Waldwirtschaft vorgeschrieben. (jda)



„Ein Tag im historischen Merxhausen“: Führung durch das ZSP Kurhessen.

Fotos: Jörg Daniel



Imposante Kulisse: Bläser und Besucher im ZSP Haina (Kloster).

Foto: Daniel Grosse – mit freundlicher Genehmigung der HNA

die in der Geschichte immer wieder Vorbild für neue soziale Anstrengungen gewesen sei.

Gott verpflichteter Staatsmann

Ein hohes Interesse am Landgrafen komme in den vielen Veranstaltungen und Ausstellungen des Philipp-Jahres zum Ausdruck, konstatierte Dr. Martin Hein, Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck. Erinnerung an lokale und regionale Geschichte stärke gewachsene Identitäten inmitten der oft beschworenen Globalisierung. In Philipp festige sich das Bild eines verantwortungsbewussten Staatsmannes, der seine Macht als von Gott erfahren verstehe – und diese Verantwortung als eine hohe Verpflichtung vor Gott und den Menschen wahrnehme und beherzige. Dabei habe sich Philipp bewusst in seinem Engagement für die Schwachen und Kranken in die Tradition seiner Ahnin Elisabeth von Thüringen gestellt, sagte Bischof Hein. Dieses Engagement sei dem „Politiker mit konkreten Zielen und Vorstellungen“ ebenso wichtig gewesen wie Bildung und ein modernes Staatswesen.

Am Tag nach der abendlichen Festveranstaltung öffnete das ZSP buchstäblich Türen und Tore. Viele hundert Bürgerinnen und Bürger ließen sich

die Gelegenheit nicht entgehen, begleiteten die historisch gewandten Führer auf einem Rundgang über das Hospitalsgelände, durch Flure und Räume und konnten dabei manch Erhellendes erfahren. Besonders stimmungsvoll wurde es im Kreuzgang: Dort empfing das musikalische Quartett Cassalla die Besucher mit Gitarrenmusik. Auch über den geplanten Neubau einer forensischen Klinik – für die „tollen Konrads“ von heute – konnten die Besucher einiges erfahren. Wer noch mehr über die historische Entwicklung des ehemaligen Frauenhospitals wissen wollte, fand sich zum Vortrag der Leiterin des LWV-Archivs, PD Dr. Christina Vanja, ein. Nach dem Eintopfen zog es erneut viele Interessierte zur Freilichtbühne, wo die Klosterspiele zum zweiten Mal ihre Szenenfolge über den Landgrafen zum besten gaben. Im Eingang wartete ein kleiner, aber gut sortierter Flohmarkt auf junge Käuferinnen und Käufer.

„Beim Klange der Hörner...“

Besucher, Patienten, Mitarbeiter aus dem Zentrum für Soziale Psychiatrie und den Stiftungsforsten zwischen in Jägertracht oder auch „zivil“ gekleideten Musikern mit ihren blank geputzten Instrumenten – was zunächst wie ein buntes, gut gelaun-

tes Durcheinander aussah, fand doch alsbald seine sonntägliche Ordnung. Denn dann stießen sie in ihre Hörner: Rund 200 Musikerinnen und Musiker aus insgesamt 11 Bläsergruppen, die zu ihren Auftritten am 19. September in der Hainaer Klosteranlage mehr als 1.000 Zuhörer/innen angelockt hatten. „Brücken schlagen“ wollte die durch die Stiftungsforsten Haina ausgerichtete Veranstaltung zwischen der Zeit vor einem hal-

ben Jahrtausend, als Hospital und Stiftungsforsten entstanden, und heute, wo der Stiftungszweck getreulich erfüllt wird und sich in den Jahrhunderten dazwischen doch so vieles verändert hat – zum Guten, wenn man sich das heutige Zentrum für Soziale Psychiatrie und den modernen Waldwirtschaftsbetrieb der Stiftungsforsten ansieht. Dieser Meinung war auch der Erste Beigeordnete des LWV, Uwe Brückmann, der die Veranstaltung eröffnete. Eine humane und humanitäre Tradition habe Philipp begründet und somit den Beginn einer neuzeitlichen Sozialpolitik markiert. Doch nicht nur als fürsorglicher Landesvater habe der Landgraf gewirkt, auch könne man den leidenschaftlichen Jäger Philipp mit heutigen Worten auch als frühen Umweltschützer betrachten, da er das Nachhaltigkeitsprinzip für die Bewirtschaftung der riesigen Wälder, die das Hospital bis auf den heutigen Tag umgeben, festschrieb.

Mit einer Hubertusmesse in der Klosterkirche hatte der Tag begonnen, anschließend begannen die Bläsergruppen ihre Darbietungen auf dem Platz vor der Kirche. Hungrigen Besuchern wurde ein leckeres Wildgulasch serviert. Zu einem gemeinsamen Finale stießen dann alle 11 Bläsergruppen gleichzeitig ins Horn. Der Klang der Hörner – in Carl Maria von Webers Oper „Der Freischütz“ noch eine „fürstliche Freude“ – an diesem Tag war er in Haina allen zugänglich. (jda)

Abschied von der Krankenschwester



Sieben frisch gebackene Gesundheits- und Krankenpfleger/innen des Waldkrankenhauses Köppern mit ihrer Kursleiterin Christa Bürmann (sitzend).
Foto: Dieter Becker

145 junge Männer und Frauen schlossen in diesem Jahr ihre Fachausbildung an den LWV-eigenen Krankenpflegeschulen ab. Obwohl noch nach dem alten Gesetz und auf ihm basierenden Ausbildungsplänen ausgebildet, dürfen sie schon die neue Berufsbezeichnung „Gesundheits- und Krankenpflegerin“ bzw. „Gesundheits- und Krankenpfleger“ tragen. Die Bezeichnungen sind Teil der Neuerungen, die ein durch den Bundestag im vergangenen Jahr verabschiedetes Gesetz zur Krankenpflegeausbildung bringt. Damit heißt es: Abschied nehmen von der Krankenschwester. Wie beim Wandel der Kranken- zu Gesundheitskassen soll deutlich werden: Im Mittelpunkt der Krankenpflege steht die Gesundheit des Patienten.

Mehr Theorie

Natürlich geht es nicht nur um zeitgemäße Berufsbezeichnungen, wenn gleich der Verzicht auf die Berufsbezeichnung „Krankenschwester“ schon fast revolutionär anmutet und mit Sicherheit eine mehrjährige sprachliche Gewöhnungsphase erfordert. Auch Struktur und Inhalte der Krankenpflegeausbildung inmitten eines sich dynamisch verändernden Gesundheitsmarktes mussten angepasst werden. Dazu wurde das Gesetz zur Ausbildung in der Krankenpflege durch eine Ausbildungs- und

Prüfungsordnung ergänzt. So wird künftig mehr Gewicht auf die theoretische Ausbildung gelegt. Die Stundenzahl, die Krankenpflegeschüler in der Schule verbringen müssen, steigt von 1.600 auf 2.100 Stunden. Hintergrund: Neue und zusätzliche Anforderungen des Berufes sollen auch theoretisch mit der gebotenen Tiefe vermittelt werden. Allerdings verändert sich die Dauer der Ausbildung insgesamt nicht und bleibt bei drei Jahren. Das hat zur Folge, dass bei der praktischen Ausbildung gekürzt werden muss. Diese beträgt künftig nur noch 2.500 Stunden. Die auf dem Gesetz basierende Ausbildungs- und Prüfungsordnung stellt allerdings sicher, dass die praktische Ausbildung genauso umfassend wie bisher ist. Sie wird sogar noch ausgeweitet, denn künftig werden auch ambulante und rehabilitative Einsatzfelder in die praktische Ausbildung eingebaut. Für die psychiatrischen Kliniken des LWV ist dies kein Problem, verfügen doch alle Kliniken über genügend Einsatzmöglichkeiten in Institutsambulanzen, Tageskliniken und anderen Betriebszweigen. Höhere Anforderungen wird in Zukunft an das Lehrpersonal in den Krankenpflegeschulen gestellt, ein Hochschulabschluss wird obligatorisch. Auch wird die berufspädagogische Zusatzqualifikation der Praxisanleiter neu fixiert, die aber in Hessen schon jetzt ausreichend qualifiziert sein mussten.

Krankenpflegehilfe

Während die Gesetzgebung für die Krankenpflegeausbildung beim Bund bleibt, wanderte die Zuständigkeit für die Krankenpflegehilfe zu den Ländern, die nun für diesen einjährigen Ausbildungsgang verantwortlich sind. Dazu verabschiedete der Hessische Landtag im September ein Gesetz, welches der Fortsetzung dieser „niedrigschwiligen“ Ausbildung den Weg ebnete. Die Ausbildung soll Hauptschulabsolventen und Personen mit Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt einen Einstieg ermöglichen. Geeignete Absolventen können an die Ausbildung zum Krankenpflegehelfer eine Weiterqualifizierung anschließen. In den Kliniken des LWV wird eine solche Ausbildung gegenwärtig nicht angeboten.

Verbundausbildung

Das neue Krankenpflegegesetz bringt auch Änderungen in der Finanzierung der Ausbildungskosten. Die Kosten der Ausbildung sollen künftig über pauschalisierte Zuschläge bzw. ein eigenes Budget finanziert werden. Fachleute bezweifeln, ob durch diese Regelung die Ausbildungskosten in Zukunft abgedeckt werden können. Daher muss der LWV als ein für das Land Hessen wichtiger Ausbilder in der Krankenpflege verstärkt auf die Wirtschaftlichkeit achten und beschreitet dabei neue Wege: Für die psychiatrischen Kliniken in Marburg, Gießen und Haina wurde ein Krankenpflegeverbund ins Leben gerufen. Die theoretische Ausbildung wird am Standort Marburg konzentriert, praktische Phasen durchlaufen die Krankenpflegeschüler wie bisher in einer der drei Kliniken. So können Mehrkosten, die durch das neue Ausbildungsrecht entstehen, aufgefangen werden, ohne dass in der Qualität nachgelassen werden muss. Auch will der LWV Kapazitäten in der Krankenpflegeausbildung halten. Ein wichtiger Schritt, um einem neuerlichen, drohenden Pflegenotstand entgegen zu arbeiten. (jda)



Bahnmitarbeiter Bernd Wagner erläutert die Funktion einer vom LWV geförderten Federprüfmaschine, hier beim Besuch des früheren Ersten Beigeordneten Lutz Klein. In der Bildmitte Werkleiter Reiner Bub.

Foto: DB-Werk Fulda

Nein, von „Pfortnerloge“ kann man eigentlich nicht sprechen. Das klingt viel zu klein. Geräumig ist das Gebäude gleich neben dem Tor zum Werk Fulda der Deutschen Bahn AG in der ostthessischen Domstadt. Viel Platz gibt es in dem Raum, durch dessen große Fenster das Werksgelände gut einzusehen ist. Breite Türen, Telefon- und Sprechanlage stehen auf einer niedrigen Arbeitsplatte, die über Eck so angebracht ist, dass sie darunter viel Fußraum bietet. Darüber die Monitore zur Überwachung der Zufahrten: Sie hängen so, dass man sie – sitzend – gut sehen kann, ohne sich den Hals verrenken zu müssen. Ein moderner PC samt Drucker steht auf einem Schreibtisch, dessen Ablagefläche sich halbrund nach innen wölbt, so dass man die Arme bequem aufstützen kann, während man die Tastatur bedient. Draußen, gleich hinter dem

Eingang gibt es einen extra breiten Parkplatz für einen PKW. Und eine Behindertentoilette ist auch da. Ja, ein Rollstuhlfahrer könnte hier gut arbeiten. „Genau so ist es auch, jedenfalls normalerweise“, schmunzelt Reiner Bub, Leiter des Bremskomponentenwerkes, „unser Mitarbeiter Thomas Möller, der hier heute nur deshalb nicht arbeitet, weil er im Sommerurlaub ist, sitzt seit einigen Jahren im Rollstuhl“. Der junge Mann habe schon vor seinem schweren Motorradunfall, bei dem er eine Querschnittslähmung davontrug, im Werk Fulda gearbeitet. Und als klar war, dass Möller nicht mehr würde laufen können, habe man ihn mit seinem Einverständnis in die Pfortnerloge versetzt und seinen Arbeitsplatz behindertengerecht umgebaut und ausgestattet – mit Unterstützung des Integrationsamtes des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) Hessen.

BUND FULDA Lokomotiv

Integration: Im Werk Fulda kein Fremdwort

Integration von Menschen mit Behinderungen ist im Werk Fulda, das zur DB Fahrzeuginstandhaltung GmbH und damit zum Unternehmensbereich Dienstleistungen der Deutschen Bahn AG gehört, kein Fremdwort, sondern gelebte Praxis. Von den 334 Mitarbeitern sind 39 schwerbehindert, das entspricht einer Quote von über elf Prozent. Beim Integrationsamt des LWV schätzt man das Unternehmen, das sich in den vergangenen Jahren zum Vorzeigewerk entwickelte. Einerseits in der Bremssteil- und Komponentenfertigung: Das ehemalige Sorgenkind der Bahn, das noch Mitte der 80er Jahre kurz vor der Schließung stand, konnte sich nur durch Spezialisierung, Optimierung der Produktions- und Fertigungsketten und harten Restrukturierungskurs vor dem Aus bewahren. Heute steht das Werk Fulda gut da und genießt im Markt der Bremssteil-Hersteller und –Aufarbeiter einen exzellenten Ruf – nicht zuletzt dank der Zuverlässigkeit, der Qualität der Produkte und der Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und zwar aller Mitarbeiter, betont Werksleiter Bub: „Unsere schwerbehinderten Kollegen können genauso eingesetzt werden wie alle anderen auch“. Denn das Werk hat sich zusätzlich einen weiteren guten Ruf erworben: Mit Unterstützung des LWV-Integrationsamtes wurden eine Reihe von Arbeitsplätzen für Behinderte und Schwerbehinderte eingerichtet – und das vorbildlich: Heute gehören alle Integrationswerkstätten der Bahn – in Hannover, Ingolstadt, Köln, Osnabrück und Wanne-Eickel mit insgesamt weiteren 47 behinderten Mitarbeitern – zum Werk Fulda, das bei der Gestaltung der Arbeitsplätze inzwischen

DB-WERK A – ve für berufliche Integration

mit Integrationsämtern aus mehreren Bundesländern zusammenarbeitet. „Das Ergebnis ist eine gelungene Integration von Behinderten in die Fertigungsprozesse – und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, sagt Hubert Heil. Der Mann muss es wissen: Inzwischen ist er Pensionär, doch 50 Jahre lang hat er im Werk Fulda gearbeitet, davon 20 Jahre als Betriebs- und Personalratsvorsitzender. Gleichzeitig saß (und sitzt) Heil seit vielen Jahren für die CDU in der Verbandsversammlung des LWV. Dass das Integrationsamt des LWV sich um schwerbehinderte Menschen im Beruf kümmert und – unter anderem durch finanzielle Unterstützung – dafür sorgt, dass diese Menschen dauerhaft ins Arbeitsleben integriert werden können, war Heil also bestens bekannt und so gab er den Anstoß: „Als das Werk umgestellt wurde vom Güterwagenbau auf die Aufarbeitung von Bremsventilen, habe ich mich dafür stark gemacht, doch mal mit dem Integrationsamt des LWV Kontakt aufzunehmen, ob wir nicht Fördermittel bekommen können“, erinnert sich Heil.

Beratung und Zuschüsse vom Integrationsamt

Denn das Integrationsamt hilft mit Zuschüssen und Darlehen behinderten Arbeitnehmern und ihren Arbeitgebern unter anderem dabei, Arbeitsplätze behindertengerecht zu gestalten, notwendige Hilfsmittel zu beschaffen, arbeitserleichternde Modernisierungen umzusetzen oder auch neue, behindertengerechte Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Zeichnen sich in einem Betrieb Schwierigkeiten ab, die das Arbeitsverhältnis eines behinderten Arbeitnehmers gefährden, können der

Arbeitgeber, aber auch die Mitglieder der Schwerbehindertenvertretung oder des Betriebs- oder Personalrats sich an das Integrationsamt wenden und sich beraten lassen.

Die vielfältigen Angebote des Amtes werden aus Mitteln der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe finanziert. Diese Ausgleichsabgabe ist im Sozialgesetzbuch IX festgeschrieben: Danach müssen alle Arbeitgeber mit mehr als 20 Arbeitsplätzen auf mindestens fünf Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Arbeitnehmer

einsetzen. Kommt ein Arbeitgeber dieser Beschäftigungspflicht nicht nach, so muss er für jeden nicht besetzten Platz eine Ausgleichsabgabe an das Integrationsamt zahlen: Derzeit pro nicht besetztem Pflichtplatz zwischen 105, 180 oder 260 Euro monatlich. Die Höhe richtet sich nach der Beschäftigungsquote im Betrieb und der Betriebsgröße.

Im vergangenen Jahr wurden laut LWV insgesamt über 35 Millionen Euro für die Integration behinderter Menschen ins Berufsleben verwandt –



Bei der Fertigung von Bremsprüfgeräten werden Flex-Hubtische eingesetzt, die mit Mitteln der Ausgleichsabgabe angeschafft wurden.
Foto: DB-Werk Fulda



Vergleichsweise geringer Aufwand mit großer Wirkung: Noppen-Gummi-Matten wirken bei Rücken- und Fußbeschwerden entlastend. Sie gehören inzwischen zur Standardaustattung bei Steharbeitsplätzen im Werk Fulda.

Fotos: DB-Werk Fulda

und das DB-Werk Fulda hat beispielsweise allein in den Jahren 2001 bis Mitte 2004 rund 170.000 Euro für eine ganze Reihe von Maßnahmen erhalten.

Schwerbehinderte in den normalen Arbeitsprozess integriert

Und so sind Arbeiten in sitzender Haltung, günstig angebrachte Werkzeuge, Stehhilfen oder hydraulische Schraubstöcke im Werk Fulda eine Selbstverständlichkeit. Die Maßnahmen ermöglichen es, dass auch die schwerbehinderten Kollegen im Werk hundert Prozent Leistung erbringen: Sie alle sind in den „normalen“ Arbeitsprozess integriert. Das bedeutet: Keine Einbußen in der Wirtschaftlichkeit durch verlangsamte Arbeitsabläufe – und vor allem ein hohes Maß an neu gewonnenem Selbstvertrauen der behinderten Kollegen in Fulda. „Es gibt keine speziellen Arbeitsgruppen, in denen ausschließlich schwerbehinderte Mitarbeiter leichte Arbeiten verrichten“, erklärt Rainer Bub, „wir wollen integrieren, nicht ausgrenzen“, sagt der Ingenieur, der das Werk seit 1996 leitet und seitdem

engagiert und erfolgreich mit dem LWV zusammenarbeitet: „Wir lassen uns von den technischen Ingenieuren des Integrationsamtes beraten über eine mögliche Ausstattung und bekommen von dort auch das Geld für die Einrichtung“, sagt Bub, „so haben wir eine ganze Reihe spezieller Maschinen oder Werkzeug beschafft, damit schwerbehinderte Mitarbeiter weiter arbeiten können“. Umgerüstet werden mussten beispielsweise die Arbeitsplätze von Helmut Röbig und Klaus Farnung, die beide unter starken Rücken- und Gelenkproblemen leiden: Um die Gelenke zu entlasten, wurden vor die Arbeitsbänke der beiden langjährigen Werksmitarbeiter besondere Gummimatten gelegt. Mit groben Noppen versehen, federn sie das Körpergewicht ab und schonen so Sehnen, Bänder und Gelenke. Zusätzlich organisierte die Werksleitung spezielle Stehhilfen: Stühle, die wie Barhocker aussehen und es den Mitarbeitern ermöglichen, im Stehen zu arbeiten. „Außerdem“, erklärt Röbig, „sind die schweren Werkzeuge wie Bohrmaschine oder Luftdruckschrauber an flexiblen Aufhängungen oberhalb der Arbeitsfläche angebracht. Dadurch brauche ich mich nicht mehr zu bücken, um die schweren Dinger zum Gerät zu hieven.“

Mit „Gerät“ meint Röbig das Bremsprüfgerät Pdr 5 (Pdr steht für Prüfdruckregler). Mit den Geräten, die im Werk Fulda entwickelt wurden und dort nun gebaut und gewartet werden, können die Bremsen an Wagen oder Loks überprüft werden. Die Geräte wiegen bis zu 100 Kilogramm – schon manche Einzelteile bringen bis zu 20 Kilogramm auf die Waage. „Das geht auf die Gelenke“, sagt Farnung, „außerdem musste man sich früher beim Montieren immer bücken“. Heute ist das anders: Flexible Hubtische bringen die Geräte auf eine rückschonende Höhe, so ist bei der Montage der Prüfgeräte eine ergonomische Arbeitshaltung möglich. Die Geräte können elektrisch bis auf eine Höhe von knapp einem Meter gefahren werden. „Das ist super praktisch“, sagt Farnung, „wir schieben die Bremsprüfgeräte da drauf und einen Augenblick später liegt der Druckkessel fast auf Augenhöhe“, freut er sich.

Gleich um die Ecke streichen zwei junge Leute die Griffe von so genann-

ten Luftabsperrhähnen rot. Mit Begeisterung sind die beiden bei der Sache, das ist zu sehen. „Die beiden arbeiten sonst in der Werkstatt für behinderte Menschen der Caritas Fulda“, erklärt Bub, „weil wir den Integrationsgedanken wirklich leben wollen, sind wir zusätzlich eine Kooperation mit der Caritas eingegangen und beschäftigen drei bis sechs geistig behinderte Menschen aus der WfbM. Die jungen Leute kommen mal raus aus der beschützenden Werkstatt ins Berufsleben. Sie kommen gerne zu uns“, sagt Bub.

Auch die nichtbehinderten Mitarbeiter profitieren

Davon, dass alle Arbeitsplätze in diesem Bereich behindertengerecht ausgestattet sind, profitieren übrigens auch die nichtbehinderten Mitarbeiter. Kein Zufall, sagt Bub: „Viele der Maßnahmen sind zur Gesundheitsförderung und –erhaltung aller Mitarbeiter gedacht“, so der Werksleiter, „Erfahrungen aus der Gestaltung von leistungsgerechten Arbeitsplätzen haben wir auf den gesamten Werkstattbereich übertragen. Resultat daraus sind bessere Arbeitsmittel und Arbeitsumgebungen für alle Mitarbeiter, viele Tätigkeiten wurden erleichtert, viele Gefährdungen beseitigt“. So seien beispielsweise inzwischen alle Arbeitsplätze mit den bewährten Gummimatten ausgestattet. Prävention, die sich rechnet: Der Krankenstand sei von um die elf Prozent auf fünf Prozent zurückgegangen, sagt Bub. Überdies sei – mit dem hohen Anteil behinderter Mitarbeiter – seit dem Jahr 2000 die Produktivität um über 22 Prozent gesteigert worden. „Die Leute gehen gerne zur Arbeit“, ergänzt der Betriebsratsvorsitzende Werner Salomon, „das liegt unter anderem daran, dass sie gut bis sehr gut ausgestattete Arbeitsplätze haben“.

Gewichte zwischen zwei und 60 Kilo

Viele Hilfen erleichtern im Arbeitsbereich Ventilaufarbeitung, in dem die Mitarbeiter Gewichte zwischen zwei und 60 Kilo heben müssen, die Abläufe. Aus Mitteln der Ausgleichsabgabe förderte das Integrationsamt auch eine Federprüfmaschine, an der

Manfred Pinhack in sitzender Haltung Metallfedern prüfen kann. Pinhack ist, wie es korrekt heißt, „örtliche Vertrauensperson für Schwerbehindertenangelegenheiten“ und als solche von den behinderten Mitarbeitern gewählt. „Die Maschine ist wirklich eine Erleichterung“, sagt Pinhack, „es geht nicht mehr so auf die Gelenke wie früher“, fügt er zufrieden hinzu. Zufrieden ist er überhaupt mit dem Umgang der schwerbehinderten Kollegen im Werk: „Da wird schon eine Menge getan, um uns Arbeitserleichterungen zu verschaffen“, sagt er. Das sieht Harald Göller genauso. Er ist Fachkraft für Arbeitssicherheit, selbst behindert und Schwerbehindertenbeauftragter des Arbeitgebers – und kümmert sich in dieser Funktion beispielsweise um die Anträge bei den Integrationsämtern. „Mit Mitteln des LWV Hessen haben wir zum Beispiel auch einen alten Prüfstand für Luftabsperrhähne durch einen neuen ersetzt, der mit leicht erreichbar angebrachten Bedienknöpfen sowie zahlreichen Sicherheitseinrichtungen ausgestattet ist“, erklärt Göller. Auch so genannte Laufkrananlagen, mit deren Hilfe Mitarbeiter in allen Werkstattbereichen schwere Bremsteile während Fertigungsprozessen transportieren können, hat der LWV mitfinanziert – und ein so genanntes mitgängergeführtes Flurförderfahrzeug, das den Transport von schweren Gitterbox- und Stahlboxpaletten gegenüber den altüblichen Hubwagen erleichtert. In Eigenbau haben die Ingenieure des Betriebes einen Prüfstand für Sicherheitsventile entwickelt und von Werksmitarbeitern fertigen lassen. „Berücksichtigt wurde dabei vor allem eine sichere Bedienbarkeit und eine Lärmkapselung“, erklärt Göller. Auch hier seien zusätzlich Gummimatten und Stehhilfen vorhanden. Zu den neuesten geförderten Maßnahmen gehört eine Universal-schlaucheinbindemaschine: Mit ihr lassen sich auf einfache Art und Weise Gummischläuche und Anschlüsse verbinden. „Nach so etwas haben wir lange gesucht“, sagt Göller, „früher war dieser Job nicht ungefährlich, die Schläuche wurden eingespant und die Anschlüsse mit Druckluft draufgesetzt, da gab es schon mal Quetschungen, und man brauchte viel Kraft, um die beiden Teile zu verbinden. Das ist heute anders: Schlauch und Anschluss

werden ohne Kraftaufwand in die Maschine gesteckt, und dann muss nur noch ein Auslöseknopf bedient werden“, erklärt Göller die Maschine.

„Sehr gute Zusammenarbeit mit dem LWV“

Die durch das LWV-Integrationsamt geförderten Arbeitsplätze müssten für einen bestimmten Zeitraum schwerbehinderten Beschäftigten vorbehalten bleiben, erklärt Göller. Scheide der schwerbehinderte Mitarbeiter während der Bindungsfrist aus, müsse der geförderte Arbeitsplatz für den Rest der Bindungszeit wieder mit einem schwerbehinderten Menschen besetzt werden, ansonsten sei der Zuschuss anteilig zurückzuzahlen. „Alle Maßnahmen und Verbesserungen, die das Werk Fulda in den letzten Jahren durchgeführt hat, dienen dem Arbeits- und Gesundheitsschutz unserer Mitarbeiter“, sagt Werksleiter Bub, „sie wurden vom Werk vorfinanziert und umgesetzt – unabhängig davon, ob vom Integrationsamt be-

reits Zuschüsse zugesagt waren“. Denn schließlich müsse es oft schnell gehen: „Wir hatten einen Mitarbeiter, der bekam plötzlich massive Probleme mit der Halswirbelsäule und brauchte deshalb ganz schnell einen neuen Stuhl mit einer hohen Lehne – da konnten wir nicht so lange warten, bis der Antrag bei der Versorgungsverwaltung durch ist, so was wird auch schon mal vorfinanziert“, sagt Bub. Er lobt die „sehr gute Zusammenarbeit mit dem LWV“ – auch wenn es „manchmal zeitliche Probleme macht, wenn ein Mitarbeiter nach längerer Krankheit schwer behindert zurückkommt und man eigentlich gleich was machen müsste“. Doch dank des LWV sei im Werk ein „lebendiger Arbeits- und Gesundheitsschutz möglich“. Und das Sorge, schmünzelt Bub, „für engagierte Mitarbeiter **und** für eine zufriedene Geschäftsleitung“.

Gundula Zeitz/(rvk)

Ein ergonomisch günstiges Bedienpult hilft Bahnmitarbeiter Thomas Möller den Eingangsbereich zu überwachen.





“OH, WIE WICHTIG PANAMA – Jubiläum

Eine von 42 Fachberatungs- und Tagesaufenthaltsstätten für Nichtsesshafte und Alleinstehende Wohnungslose in Hessen ist die gemeinsam vom Sozialamt der Stadt Kassel und dem Verein Soziale Hilfe e. V. Kassel getragene Anlaufsstelle in der Kölnischen Straße. Dort ist auch für die Tagesaufenthaltsstätte Panama des Vereines Soziale Hilfe e. V. Kassel untergebracht. Beide Einrichtungen konnten im Oktober gemeinsam Jubiläum feiern: 25 Jahre gibt es die Beratungsstelle für Haftentlassene und Alleinstehende Wohnungslose. Das Panama bietet seine Dienste seit 15 Jahren an. Gemeinsam mit den Nutzern der Tagesstätte feierten rund 100 Gäste die Jubiläen, bei denen sich lobende Worte über die beiden Einrichtungen, die in Kassel fest verankert sind, mit kulturellen Beiträgen abwechselten. Die Aufgabe eines festen Wohnsitzes, so merkte der Vorsitzende des Vereins, Dr. Michael Müller-Goebel, an, sei bei vielen Betroffenen keine „bewusste Entscheidung“, sondern auf eine sehr krisenhafte Lebenssituation zurückzuführen. Dabei gerieten die Betroffenen völlig aus dem Gleichgewicht; Schulden, Flucht in Sucht und Abhängigkeit führten zur dauerhaften Obdachlosigkeit und zu einem Leben auf der Straße.

Die Lebenssituation dieser nicht gerade kleinen Gruppe von Menschen erfordere es, stärker wahrgenommen zu werden, forderte Ingeburg Gründer-Schäfer, ehrenamtliche Beigeordnete im Verwaltungsausschuss des LWV. Dabei hob sie die Aktionen des Vereins Soziale Hilfe e. V., zu denen das „Tigerentenrennen“ gehöre, hervor, mit denen man sich in Kassel schon seit Jahren in gelungener Form Öffentlichkeit verschaffe. Bei den Aktionen gehe es nicht nur um Spenden für die Arbeit des Vereins Soziale Hilfe e. V., es gehe auch darum, öffentliches Bewusstsein zu schaffen. Zweifelsohne nehme aber die ergänzende finanzielle Unterstützung durch Spenden an Bedeutung zu, da

öffentliche Hilfen knapper ausfielen. Gründer-Schäfer wies darauf hin, dass sich die Mischfinanzierung vergangener Jahre immer mehr zu einer Finanzierung durch den überörtlichen Sozialhilfeträger LWV verlagere: Der LWV-Anteil betrage mittlerweile fast 90 % des Gesamtbudgets dieser wichtigen Einrichtungen, andere Finanzquellen fielen mehr und mehr aus. Dennoch habe der LWV in den Finanzierungsanträgen der Fachberatungsstellen und Tagesaufenthaltsstätten kürzen müssen, seien nicht alle erforderlichen Maßnahmen finanzierbar gewesen. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen stellte Gründer-Schäfer wie auch Kassels Stadtkämmerer und Sozialdezernent



Jubiläum im Panama: Detlev Ruchhöft, Leiter des Sozialamtes der Stadt Kassel; Ulrike Moritz, Geschäftsführerin der Sozialen Hilfe Kassel e. V.; Dr. Michael Müller-Goebel, Vereinsvorsitzender; Ingeburg Gründer-Schäfer, Beigeordnete LWV Hessen und Dr. Jürgen Barthel, Sozialdezernent Stadt Kassel.

Foto: Soziale Hilfe e. V. Kassel

TIG IST DAS AMA“ in Kassel –



Jährliche Hilfsaktion für das Panama mit viel Resonanz: Sozialarbeiterin Ute Wienkamp und Leonore Petra Schattenberger, ehrenamtliche Mitarbeiterin der Sozialen Hilfe, beim Verkauf der „Tigerenten“ von Janosch.

Foto: Soziale Hilfe e. V. Kassel

Dr. Jürgen Barthel der Sozialen Hilfe ein gutes Zeugnis aus: Bei der menschlichen und kompetenten Arbeit der Sozialen Hilfe paare sich professionelle Hilfe mit viel ehrenamtlichem Einsatz.

Nur schwer bezifferbar ist die Zahl der wohnungslosen Menschen. Bei der Jubiläumsfeier des Panama wurde sie für Hessen mit 155.000 angegeben. Offenbar auf einer anderen Datenbasis kommt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe zu ihren Zahlen. 2002 habe es etwa 410.000 Wohnungslose in Deutschland gegeben, ist im Internet nachzulesen. Nach Schätzungen und Teiluntersuchungen gehen LWV-Experten etwa von rund 50.000 betroffenen Personen für Hessen

aus. Etwa die Hälfte dieser Personen ohne eigene Wohnung sind Aussiedler in staatlich finanzierten Übergangseinrichtungen. Die andere Hälfte der Wohnungslosen lebt in zweckbestimmtem Wohnraum, ist behelfsmäßig oder vorübergehend untergebracht oder sogar ganz ohne Unterkunft. Doch alle Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen: Da es in Deutschland keine gesetzliche Wohnungslosenstatistik und keine Wohnungsnotfall-Berichterstattung gibt, könne das Ausmaß der Wohnungslosigkeit sowie die soziale Zusammensetzung der Bevölkerungsgruppe nur geschätzt werden, sagen die Fachleute. (jda)

LWV fördert Beratungsstellen für Nichtsesshafte

Mit 8,86 Mio. € unterstützt der LWV in diesem Jahr 42 Fachberatungsstellen und Tagesaufenthaltsstätten für Nichtsesshafte/Alleinstehende Wohnungslose in Hessen. Das beschloss der LWV-Verwaltungsausschuss in seiner September-Sitzung. Nach der seit 1991 geltenden „Vereinbarung über die Gewährung von Hilfen für Nichtsesshafte/Alleinstehende Wohnungslose in Hessen“ ist der LWV verpflichtet, den Bestand der Hilfeangebote zu sichern.

Essen, Duschen, Waschen

Die Beratungsstellen, die hessenweit von freien Trägern der Wohlfahrtspflege angeboten werden, bieten den Betroffenen schnelle und vor allem unbürokratische Hilfe. So können sie z. B. Schlafmöglichkeiten, Aufenthaltsplätze für den Tag und medizinische Hilfen vermitteln.

Nichtsesshafte/Alleinstehende Wohnungslose können in den Tagesaufenthaltsstätten Duschen, Wäsche waschen und Mahlzeiten zu sich nehmen. „Das sind Hilfestellungen, die in einem Sozialstaat nicht einfach aufgegeben werden dürfen und auch unter engen finanziellen Rahmenbedingungen unverzichtbar bleiben“, sagte Landesdirektor Lutz Bauer im Verwaltungsausschuss. (rvk)



Die Soziale Hilfe e. V. Kassel im Internet: www.soziale-hilfe-kassel.de. Informationen zur bundesweiten Situation gibt es unter: www.bag-wohnungslosenhilfe.de



Aktivieren der Selbstheilungskräfte – **Soteria-Konzepte in LWV-**

In der Serie „Was ist das?“ erklärt LWV-Info leicht verständlich wichtige psychiatrische Krankheitsbilder und Themen aus einem psychiatrischen Kontext. Zuletzt erschien im Heft Nr. 2/2004 ein Artikel zum Thema „Schizophrenie“. (jda)

„Soteria heißt Zuflucht, Rettung, Geborgenheit“, erklärt Dr. Verena Bonnet, Oberärztin am LWV-Zentrum für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn in Gießen. Soteria in Reinkultur, das heißt: die Behandlung von Psychose-Patienten ohne Medikamente in einer engen und stützenden Beziehung zum ärztlichen und pflegerischen Personal. Denn der Soteria-Gedanke fasst die Psychose nicht nur als Erkrankung auf, die mit allen Mitteln bekämpft werden muss, sondern auch als Möglichkeit zur menschlichen Reifung, die durch die elementaren Erlebnisse in einer psychotischen Phase eingeleitet wird. Soteria ermöglicht es dem Patienten, wieder an seine Selbstheilungskräfte anzuknüpfen, indem ihm ein schützendes, gewährendes und akzeptierendes Milieu angeboten wird. Außerdem wird der Patient vor schädlichen Umweltreizen abgeschirmt, die seiner Psychose weitere Nahrung bieten würden. Der Soteria-Gedanke akzeptiert die Erfahrung der Patienten als deren ganz eigene Realität. Mit dieser Erkenntnis übernehmen die Therapeuten stützende und begleitende Funktionen.

Soteria – eine Idee aus Kalifornien und Bern

Entstanden ist die Soteria Anfang der 70-er Jahre in Kalifornien, wo Loren Mosher das erste Soteria-Haus grün-



Ort der Geborgenheit: Haus 9 der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Gießen.

Foto: ZSP Mittlere Lahn

dete. Seine Idee war, Psychose-Patienten in einem möglichst normalen Haus und in einer kleinen Gruppe von nicht mehr als zehn Menschen zu behandeln. Das Haus sollte Sicherheit, Ruhe und Stabilität vermitteln. Die Brücke zur Realität waren die Mitarbeiter, die zu den Patienten eine offene und möglichst gleichberechtigte Beziehung eingehen sollten. 1984 wurde in Bern ein weiteres Soteria-Haus eingerichtet, das sich am amerikanischen Konzept orientierte und lange Jahre von Luc Ciompi geleitet wurde. Er legte seinem Behandlungskonzept jedoch ein anderes Verständnis von Schizophrenie zugrunde. Beide Soteria-Häuser, von Mosher und Ciompi, waren gleichzeitig auch Forschungsprojekte. Sie zeigten, dass bei vielen Patienten in einer Soteria-Umgebung ohne Psychopharmaka die selben Behandlungserfolge erzielt werden können

wie in einer normalen psychiatrischen Klinik. Die Soteria-Behandlung war demnach der konventionellen Behandlung also nicht unterlegen. Bessere Therapieerfolge konnte sie jedoch nicht erzielen. Auch war die Rückfallhäufigkeit nicht geringer als bei einer medikamentösen Therapie bei allerdings gleichzeitig deutlich längerer Behandlungszeit. Deshalb werden heute in der Soteria, auch in Bern, Medikamente in Absprache mit den Patienten in möglichst geringer Dosis verabreicht und nicht mehr völlig abgelehnt.

Soteria beim LWV Hessen

Soteria-Stationen beim LWV Hessen gibt es heute im Zentrum für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn in Gießen und im Bürgerhospital Friedberg, an

Kliniken

dessen Trägergesellschaft der LWV beteiligt ist. Den Anfang machten die Gießener Ende der 80-er Jahre, beeinflusst durch die psychoanalytische Schule an der Universität Gießen. Dort wurde in den 70-er und 80-er Jahren ein psychodynamisch geprägtes Bild der schizophrenen Psychose gelehrt. Aus diesem Verständnis heraus wurden schon damals viele Behandlungsgrundsätze in Gießen eingeführt, die in anderen Kliniken erst später etabliert wurden. Dazu gehören die Bezugspflege, regelmäßige psychotherapeutische Einzel- und Gruppengespräche, Behandlerkonstanz, Arbeit in multiprofessionellen Teams und Supervision.

Trotz günstiger Rahmenbedingungen für einen psychodynamischen und beziehungsorientierten Ansatz blieb die Qualität der Psychosebehandlung für die Gießener in der Anfangsphase unbefriedigend. „Wir waren ständig mit der psychotischen Symptomatik beschäftigt, das Erleben der Patienten in der akuten Psychose blieb aber außen vor“, so Bonnet.

Bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten stießen die Gießener Ärzte auf das Soteria-Behandlungskonzept, wie es in Bern weiterentwickelt worden war. „Wir haben unser Setting ein Stück weit an der Soteria Bern orientiert“, fügt die Gießener Oberärztin hinzu. 1987 hospitierte ein Mitarbeiter des ZSP, der heutige Stationspsychologe des Hauses 9, in der Soteria Bern und brachte von dort viele wichtige Anregungen mit. Das Ergebnis beschreibt Bonnet wie folgt: „Wir setzen Elemente des Soteria-Konzeptes auf einer normalen akutpsychiatrischen Station um.“ Die Soteria in Gießen ist also keine reine Soteria, sondern verbindet die klassischen Therapieverfahren einer Akutstation mit den Soteria-Ideen. Die in Gießen

Gießener Soteria-Haus modernisiert

Nach rund 15-monatiger Renovierungszeit war es so weit: Im September wurde das Haus 9, das Soteria-Haus des ZSP Mittlere Lahn in Gießen, mit einem Festakt, zu dem Vorträge und Führungen gehörten, wieder in Betrieb genommen. Das unter Denkmalschutz stehende Gebäude wurde funktional für Psychosebehandlungen mit Elementen des Soteria-Konzeptes ausgestattet. Dazu wurde das Haus vollständig entkernt und brandschutzgerecht ausgebaut. Der Anbau des Gebäudes wurde aufgestockt. Die Patientenzimmer sind nun barrierefrei erreichbar und verfügen über ein eigenes Bad. Zusätzlich entstanden neue Therapieräume. Auch wurden die Außenanlagen neu gestaltet. LWV-Landesdirektor Lutz Bauer und der Ärztliche Direktor der Gießener Klinik, Prof. Dr. Helmut Woelk, waren sich bei der Einweihung sicher, dass nun die Idee des Soteria-Konzeptes, gezielt die Selbstheilungskräfte der Patienten zu mobilisieren, durch die günstigeren räumlichen Bedingungen noch besser umsetzbar seien. Die Kosten der Baumaßnahme beliefen sich auf rund 1,74 Mio. € und wurden aus Krankenhausmitteln des Landes Hessen finanziert. (rvk/jda)

entwickelte Praxis war lange Zeit Gegenstand der Diskussion in der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Soteria, dessen Mitglied die Gießener Klinik ist. Denn eine psychiatrische Akutstation hat mit einem wohnlichen Haus wenig zu tun. Außerdem lassen sich Alltäglichkeiten wie Einkaufen, Kochen und Hausarbeit nur schwer in die Abläufe einer Akutstation integrieren. Dennoch hat das Gießener Behandlungskonzept gezeigt, dass es möglich ist, einen schützenden Raum im Sinne der Soteria einzurichten, in dem die Patienten ihre akute psychotische Krise durchleben können.

Abweichend vom eigentlichen Soteria-Konzept werden in Gießen nicht nur Menschen mit Psychosen, sondern auch gelegentlich Patienten mit schweren Persönlichkeitsstörungen, akuten Belastungsreaktionen sowie Anpassungsstörungen behandelt. Die Patienten sind zwischen 18 und 60 Jahre alt und werden durchschnittlich vier bis fünf Wochen behandelt. Nicht alle sind freiwillig auf der Station, denn es werden auch psychisch Kranke im Rahmen einer Zwangsunterbringung therapiert. Im Gegensatz zu anderen Soteria-Einrichtungen außerhalb Gießens werden alle Patienten angenommen und nicht nach besonderen Kriterien ausge-



Tragende Säulen der Soteria-Arbeit in Gießen (v. l.): Arno Jung, pflegerische Stationsleitung; Dr. Verena Bonnet, Oberärztin, und Gerd Mehles, Psychologe der Soteria-Station

Foto: ZSP Mittlere Lahn



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem neu gestalteten Raum bei der Einweihungsfeier

Foto: ZSP Mittlere Lahn

wählt. In Zeiten knapper Kassen sind Kosten natürlich ein wichtiger Punkt. Schon manch eine Soteria-Einrichtung musste aus finanziellen Gründen geschlossen werden. In Gießen ist die Kostenstruktur für eine Soteria-Behandlung vorteilhaft: Medikamente werden weniger verbraucht, auch ist die Verweildauer nicht länger als auf einer normalen Akutstation.

Umsetzung in Gießen und Friedberg

Wie sieht nun eine Soteria-Behandlung in Gießen praktisch aus? Die Behandlung ist räumlich und zeitlich in zwei Phasen gegliedert. In der ersten Phase der Behandlung arbeitet das Soteria-Team unter anderem auch mit dem weichen Zimmer, einem reizarmen Raum. „Hier steht die haltende Begleitung durch die akute Krise, das Aufnehmen, Verstehen und Integrieren psychotischer Symptome und der Aufbau einer therapeutischen Beziehung im Vordergrund“, sagt Dr. Verena Bonnet. Wenn die Patienten stabilisiert sind, ziehen sie in das obere Stockwerk um, wo ein aktivierendes Milieu angeboten und das eigenverantwortliche Miteinander zwischen den Patienten gefördert wird. Die Patienten tauschen sich wieder verbal und emotional untereinander aus. Anschließend versuchen die Patienten mit Hilfe der Therapeuten, sich sozial und beruflich zu reintegrieren. Oft ist dies eine große Herausforderung.

Seit einem Jahr gibt es auch am Bürgerhospital Friedberg, wo der LWV als Mitgesellschafter des Klinikums die psychiatrische Abteilung betreibt, eine Station, die mit Soteria-Elementen arbeitet.

Wie in Gießen bietet man den Patienten im „weichen Zimmer“ einen Rückzugsraum ohne belastende Außenreize. Besonders gute Erfahrungen hat man mit der offenen Tür gemacht. „Trotz Zwangsunterbringung verlässt kaum ein Patient die Station. Sollte ein Patient dies dennoch wünschen, sagen wir einfach, gut, Sie können gehen, aber dann rufen wir die Polizei. Danach bleiben fast alle zwangsuntergebrachten Patienten auf der Station“, erklärt Dr. Michael Putzke, Oberarzt an der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Bürgerhospital Friedberg. Da man hier davon ausgeht, dass bei der Schizophrenie zunächst Gefühle und Empfindungen des Betroffenen sich von der Realität entfernen und anschließend ein schizophrener Zustand entsteht, werden vor allem Medikamente verabreicht, die die Gefühle beeinflussen und weniger Neuroleptika, die auf die Gedanken wirken. Auch die neue Generation der Psychopharmaka, die atypischen Neuroleptika, sind für Dr. Michael Putzke kein Allheilmittel, denn auch sie sind nicht ohne Nebenwirkungen, zumal sie bei 20 bis 30 % der Patienten nicht wirken. Gerade für Patienten, die unter den Nebenwirkungen leiden oder bei denen Medikamente

keine Wirkung zeigen, ist eine Soteria-Behandlung eine echte Alternative. „Unser Prinzip könnte heißen: Wir ersetzen den Schlüssel durch Beziehung“, sagt Putzke und verweist dabei auf die „Bezugspflege“, wo jeder Patient zu Beginn der Behandlung eine feste Bezugsperson erhält. Durch die Beziehungsarbeit falle es den Patienten leichter, sich auf die Behandlung einzulassen. Dies ermögliche auch die offene Stations-tür. Erfolge könne die Soteria vor allem erzielen, indem sie auf die gesunden Anteile des Patienten setze, die hier besonders gefördert würden.

So wurden in Gießen und am Bürgerhospital Friedberg in den letzten Jahren mit den Soteria-Stationen beachtliche Fortschritte im Sinne der Patienten gemacht. Doch Schwerpunkt der Behandlung bleibt natürlich immer die langjährige ambulante psychiatrisch-psychotherapeutische Therapie. Denn ein stationärer Aufenthalt sollte immer nur von kurzer Dauer sein.

Dr. Constantin Gora/(jda)

Begründer des Soteriakonzeptes verstorben

Weniger als andere Therapiekonzepte vertraut das Soteria-Konzept auf die Wirksamkeit von Psychopharmaka und setzt mehr auf individuelle Ressourcen der Patienten. Im Laufe seiner beruflichen Laufbahn wurden die Vorbehalte, die der Begründer der Soteria, Loren Mosher, gegenüber einem extensiven Medikamenteneinsatz hatte, größer, auch weil der US-amerikanische Psychiater eine „unheilige Allianz“ zwischen der Psychiatrie und den großen Pharma-Unternehmen sah. Damit begründete er 1998 seinen Austritt aus der einflussreichen Amerikanischen Psychiatrischen Vereinigung. Im Juni ist Loren Mosher im Alter von 70 Jahren verstorben. Seinem Lebenswerk war im November in Hamburg eine Tagung gewidmet, auf der auch Dr. Verena Bonnet referierte. (jda)

KLINIKUM WEILMÜNSTER: Neue neurologische Intensivstation in Betrieb



Neuer Geschäftsführer in Weilmünster und Herborn: Reinhard Belling (im Vordergrund) mit leitenden Mitarbeitern des Klinikums Weilmünster (v. l.): Christel Shafie, Chefarztin der Klinik für Stimm- und Spracherkrankungen; Hans-Jürgen Walter, Pädagogischer Leiter der Heilpädagogischen Einrichtung; Dr. Helga Metzler-Lehr, Chefarztin der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, und Prof. Dr. Claus Hornig, Chefarzt der neurologischen Klinik. Rechts Peter Lutze, Leiter des Fachbereichs Einrichtungen der LWV-Hauptverwaltung.

Fotos: Dieter Nobbe

Nur 17 Monate nach der Grundsteinlegung ist im September die neu errichtete neurologische Intensivstation im Klinikum Weilmünster gGmbH ihrer Bestimmung übergeben worden. In dem halbkreisförmigen Neubau stehen seitdem acht intensivmedizinische Betten zur Versorgung von Patienten in lebensbedrohlichen Situationen zur Verfügung. In die neue Station wurden rund 3,78 Mio. € investiert, die fast ausschließlich mit Mitteln des Landes Hessen gefördert wurden. Die seit dem Aufbau der neurologischen Intensivstation 1996 bestehende unzureichende Raumsituation gehöre nun der Vergangenheit an, mit dem architektonisch gelungenen Neubau seien für den Intensivbe-

reich optimale räumliche Voraussetzungen geschaffen worden, sagte Uwe Brückmann, Erster Beigeordneter des Gesellschafters Landeswohlfahrtsverband (LWV) Hessen und zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrats des Klinikums. Gemeinsam mit dem neuen Geschäftsführer des Klinikums, Reinhard Belling, und Ärztlichem Direktor Prof. Dr. Claus Hornig gab Brückmann den neuen Gebäudetrakt zur Nutzung frei.

Nach größeren Investitionen beim Aufbau der neurologischen Klinik einschließlich einer „Stroke-Unit“ zur Akutbehandlung von Schlaganfällen, so Brückmann, sei nun mit der neurologischen Intensivstation ein wei-

Vier klinische Fachgebiete

Die Klinikum Weilmünster gGmbH ist ein Fachkrankenhaus mit den Behandlungsgebieten Neurologie, Psychiatrie, Neurotraumatologie und Phoniatrie (Stimm- und Spracherkrankungen) mit gegenwärtig 185 Planbetten. Zur Klinik für Neurologie gehören allein 125 Betten. Der halbkreisförmige Neubau der neurologischen Intensivstation mit acht Betten ermöglicht eine optimale Versorgung und Überwachung vom zentral gelegenen Pflegestützpunkt aus. Behandelt werden hier vor allem Hirninfarkte, Hirnblutungen, Durchblutungsstörungen, Epilepsie und Gehirntumore. (jda)

terer wichtiger Schritt hin zu einer modernen patientenorientierten Versorgung vollendet worden. Die seit Einrichtung der Station kontinuierlich gestiegene Belegung zeige, wie hoch der Behandlungsbedarf im intensivmedizinischen Bereich sei. Seinen Dank richtete Brückmann an alle am Bau Beteiligten. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Klinik sei es Dank ihres Improvisationsvermögens gelungen, die Bauphase zu überbrücken, ohne dass es zu Einschränkungen im Klinikbetrieb gekommen sei. Die Eröffnungsfeier wurde mit einem Fachvortrag zum Thema „Schlaganfall-Akutversorgung und Stroke Units in der Bundesrepublik Deutschland“ fortgesetzt. (jda)

Belling neuer Geschäftsführer

Mit Reinhard Belling wurde zur Einweihung der Intensivstation der neue Geschäftsführer des Klinikums Weilmünster von Erstem Beigeordneten Uwe Brückmann willkommen geheißen. Nur wenige Tage zuvor hatte der 41-jährige Volkswirt, der zuvor als Verbunddirektor der Marienhaus-Stiftung in Neuwied tätig war, seine Arbeit beim LWV aufgenommen. Wie sein Vorgänger Paul Erdhütter, der vor Kurzem in den Ruhestand wechselte, wird Belling zwei als gemeinnützige GmbH geführten Kliniken des LWV vorstehen: Neben Weilmünster wurde Belling auch zum Geschäftsführer der ZSP Rehbergpark Herborn gGmbH bestellt. (jda)

Hilfe bei lebensbedrohenden Erkrankungen: Neue Intensivstation im Klinikum Weilmünster.





Aufforderung zum Tanz: Workshop-Teilnehmer.

Fotos: HPE Haina (Kloster)

Rund 230 Mitarbeiter und Bewohner von Heilpädagogischen Einrichtungen (HPE) aus Hessen und dem Rheinland haben an vier Tagen im Oktober ihre traditionellen gemeinsamen Fortbildungstage in Bad Wildungen durchgeführt. Eine ungewöhnliche, auch ungewöhnlich erfolgreiche Veranstaltung führte erneut behinderte und nichtbehinderte Menschen zum Lernen und Erleben zusammen. Viele „Freundschaften“ – so das Leitthema der Veranstaltung – konnten dort begründet und gefestigt werden.

Ein dickes Programmheft lag den Teilnehmern schon im Vorfeld der

Fortbildungstage vor. Die Vorbereitung zur Veranstaltung begann also mit der Wahl: „Welche der 19 Arbeitsgruppen ist die richtige für mich?“ fragten sich die Teilnehmer vor der gemeinsamen Eröffnungsveranstaltung, und manch einer wäre am liebsten in mehreren Arbeitsgruppen dabei gewesen, so groß war die Vielfalt. Doch diese Entscheidungen waren gefällt, als alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer vom Pädagogischen Leiter der HPE Haina, Werner Thielemann und von Dr. Peter Barkey, Beigeordneter im Verwaltungsausschuss des LWV, begrüßt wurden. Ein herzliches Willkommen in Bad Wildungen

Heilpädagogische Einrichtungen

Menschen mit geistiger Behinderung sind keine „Krankenhausbehandlungsfälle“ und demzufolge, wenn sie langfristig in einer psychiatrischen Klinik verweilen, fehlplatziert. Dieser Erkenntnis folgend wurde Ende der achtziger Jahre beim LWV eine neue Einrichtungsform, die Heilpädagogische Einrichtung (HPE) als selbstständiger, nicht-klinischer Betriebszweig eingeführt. Der LWV betreibt an den Standorten Haina, Merxhausen, Riedstadt, Herborn und Weilmünster insgesamt fünf HPE's, in denen psychologisch, sozial- und heilpädagogisch sowie pflegerisch

ausgebildetes Personal tätig ist. Die HPE's setzen die Enthospitalisierung, eines der Ziele der Psychiatrie-Enquete, in die Praxis um. Die Bewohner leben heute in Wohngruppen und Wohngemeinschaften, die ganz überwiegend in Ortschaften außerhalb eines Klinikgeländes angesiedelt wurden. Dazu wurden nutzungsgerechte Wohneinheiten für die zum Teil stark körperbehinderten Bewohner geschaffen. In den Wohneinrichtungen, aber auch in einer Tagesförderstätte oder in Werkstätten werden die Menschen je nach individuellem Bedarf betreut und gefördert. (jda)

„Besondere 230 Teilnehm



Gemeinsamkeit erleben: Mitglieder einer Arbeitsgruppe schaffen Verbindungen.

entbot auch Hans-Werner Derx, der Erste Stadtrat der Kurstadt.

Anschließend ging es dann in den Arbeitsgruppen los: Einige erlebten einen regelrechten Run, wenige blieben verwaist, darunter vermeintliche Renner wie ein Theater- und ein Musikworkshop. Das Interesse für „Freundschaften“ blieb groß in den Arbeitsgruppen, wenngleich es auch nicht immer dem Interesse an Freundschaften unter Menschen galt. Auch Tiere können dem Menschen Freund sein. Viele Teilnehmer wünschten sich daher Begegnungen mit Tieren – in dieser Arbeitsgruppe wurde es denn auch besonders eng.

Intensives Erleben

Wunderschöne und erstaunlich perfekte Exponate entstanden in den Kreativgruppen, in denen mit unterschiedlichen Materialien mutig experimentiert wurde. Mit Farbe und Pinsel, zerkleinerten Keramik- und Porzellanscherben, sogar mit dem Müll

Form praktizierter Integration“ – er bei den Hainaer Fortbildungstagen



einer Überflusgesellschaft entstanden künstlerisch reizvolle Werke, die nun die Erinnerung an das intensive Erleben der Fortbildungstage noch lange lebendig halten werden. Mit anderen Methoden näherten sich die Teilnehmer emotionalen und sehr persönlichen Themen: Zu Partnerschaft und Glaube, Liebe und Sexualität, aber auch Gewalt und Trauer tauschten sich die Teilnehmer aus, taten dies auch mit Mitteln des Tanzes und des Schwarzlichttheaters.

Beim großen Abschlussplenum stellten alle Arbeitsgruppen die Ergebnisse ihrer mehrtägigen Workshops vor. Auch wurde die Gelegenheit zu einer Reflexion über den Veranstaltungsverlauf genutzt. Viele Teilnehmer äußerten schon dort ihre Vorfreude auf die nächsten Fortbildungstage, die dann wieder im Rheinland stattfinden.

Für Werner Thielemann, den Pädagogischen Leiter der HPE Haina, waren die Fortbildungstage einmal mehr „eine besondere Form praktizierter Integration.“ Immer wieder brächten die Begegnungen kaum für möglich gehaltene Ergebnisse kreativer Energie hervor. Alle Teilnehmer, gleich ob Bewohner einer HPE oder

Rheinisch-hessische Fortbildungstage

Bereits 1988 wurde die Idee geboren, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen HPE's und den Heilpädagogischen Heimen (HPH) des Landschaftsverbandes Rheinland eine gemeinsame Fortbildungsveranstaltung durchzuführen. Der Gedanke, eine Fortbildungsveranstaltung inhaltlich so aufzubauen, dass durch gemeinsames, gleichberechtigtes Tun sowohl Mitarbeiter als auch Bewohner dabei etwas lernen, sich also fortbilden, war hier eine geradezu revolutionäre Idee, die bei allen Beteiligten einschlug. Gemeinsame Fortbildungstage finden seit dieser Zeit regelmäßig einmal jährlich statt und werden wechselweise im Rheinland oder in Hessen veranstaltet. Die rheinischen Tage werden vom HPH Viersen ausgerichtet, während die in Hessen

stattfindenden Tage wechselweise von den HPE's Riedstadt, Merxhausen, Weilmünster und Haina durchgeführt werden.

In Haina wollten die Organisatoren 1992 den Fortbildungstagen ein ganz neues Gesicht geben – auch um den „Normalisierungsgedanken“ für diese Veranstaltung mit Leben zu erfüllen. Tagungsort wurde so das neue Kurhaus der nahe gelegenen Stadt Bad Wildungen sowie einige der umliegenden Häuser. Dort trug das herzliche und professionelle Engagement der dort Verantwortlichen zum großen und anhaltenden Erfolg der Veranstaltung bei, die nach 1992 und 1998 in diesem Jahr zum dritten Mal dort stattfand. Alle Beteiligten fühlten sich auch diesmal in Bad Wildungen willkommen. (jda)

dort Mitarbeiter, genossen es, sich einmal im Jahr vom Alltag lösen und in andere Rollen schlüpfen zu können. Dankbar war Thielemann dem Einsatz der 32 Arbeitsgruppenleiter,

die ihre Aufgabe wunderbar ausgefüllt hätten, zumal die meisten von ihnen im Alltag anderen Beschäftigungen nachgingen. (jda)



Mehr Menschlichkeit wagen – Forderung der Arbeitsgruppe „Keine Gewalt“.



Freuen sich auf neue Kolleginnen und Kollegen: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Reha-Werkstatt Lauterbach.
Foto: Behindertenhilfe Vogelsbergkreis e. V.

Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen gibt es nach wie vor zu wenig. Um in diesem Sektor Beschäftigung zu sichern und zu schaffen, setzt das Integrationsamt des LWV gezielt Mittel der Ausgleichsabgabe ein. Der erste Arbeitsmarkt genießt dabei Priorität Nummer Eins, doch sorgen nach wie vor neben den zahlreichen, in Hessen gegründeten Integrationsunternehmen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen für Qualifizierung und Beschäftigung. Durch jüngst übergebene Förderbescheide können nun in drei Werkstätten betriebswirtschaftlich wichtige Investitionen starten.

18 zusätzliche Arbeitsplätze in Lauterbach

Schon länger ging es in der Reha-Werkstatt Lauterbach ziemlich beengt zu, durch den Zuschuss von 97.000 € aus Mitteln der Ausgleichsabgabe wurde es möglich, diese Enge zu beseitigen und darüber hinaus sogar 18 zusätzliche Arbeitsplätze für Menschen mit einer seelischen Behinderung einzurichten. Die Mittel,

die für die Ausstattung der Arbeitsplätze eingesetzt werden, erhält der Träger der Reha-Werkstatt, die Behindertenhilfe Vogelsbergkreis e. V. „Wir freuen uns, dass die Zahl der Werkstattplätze von 30 auf 48 Plätze aufgestockt wurde, konnte doch so die wohnortnahe Betreuung in der Region verbessert werden, die den Menschen mit Behinderung den Alltag erleichtert“, verkündeten beim Termin LWV-Landesdirektor Lutz Bauer und der Vorsitzende der Behindertenhilfe Vogelsbergkreis e. V., Hans-Ulrich Lipphardt.

Um die Werkstatt in Lauterbach zu erweitern, habe die Behindertenhilfe in unmittelbarer Nachbarschaft zur bestehenden Werkstatt ein weiteres Gebäude angemietet. Dort sei der Eingangsbereich mit einem behindertengerechten Zugang neu gestaltet worden, zudem werde in einem der Nebenräume ein Kundenlager eingerichtet, erläuterte Lipphardt das Vorhaben. Neben den Fördermitteln des Integrationsamtes werden Eigenmittel eingesetzt.

Der Werkstättenbetrieb mit 288 Arbeitsplätzen ist nur ein Schwerpunkt der Behindertenhilfe Vogelsbergkreis, die auch verschiedene Angebote im Wohnen für Menschen mit Behinderungen macht: Gegenwärtig leben 113 Menschen in einem Wohnheim, 47 haben sich für das Betreute Wohnen entschieden.

Neue Produktionsstätte in Marburg

Vor ähnlichen Problemen standen auch die Lahnwerkstätten des Lebenshilfewerkes Marburg-Biedenkopf e. V. in Marburg: In der Produktion fehlte Platz, die expandierenden Betriebszweige „Lettershop“ – das sind Dienstleistungen rund um den Postversand – und Montage und Konfektionierung von Elektroartikeln konnten nicht mehr wirtschaftlich arbeiten. Nun werden sie in eine ehemalige Wäscherei verlagert. Zum Umbau dieser Liegenschaft, die ins-



Arbeit schaffen – für Menschen mit Behinderungen

gesamt rund eine halbe Million € kostet, steuert das LWV-Integrationsamt 203.000 € bei. Wolfgang Zöller, kaufmännischer Vorstand des Lebenshilfswerkes, lief daher bei der Aushändigung des Bescheides durch LWV-Landesdirektor Lutz Bauer ein Lächeln übers Gesicht, zumal der LWV-Chef auch lobende Worte fand: Das Lebenshilfswerk habe sich als kompetenter Partner des LWV bewährt. So sei bereits seit 1995 eine Fachkraft für berufliche Integration tätig, die in den vergangenen Jahren viele Menschen mit geistiger Behinderung aus der Werkstatt in Außenarbeitsplätze wie auch auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt habe. Auch habe das Lebenshilfswerk kürzlich mit dem LWV eine Ergänzungsleistungsvereinbarung zum „Arbeiten im Verbund“ abgeschlossen, mit der unterstützte Daueraußenarbeitsplätze eingerichtet werden sollen. Behinderten Menschen werde so der Übergang in den ersten Arbeitsmarkt erleichtert, frei werdende Werkstattplätze könnten neu besetzt werden. Die Fördermittel würden es erlauben, neben den Produktionsbereichen auch die Bereiche Haustechnik, Küche, Verwaltung und Berufsschule besser auszustatten, freute sich Zöller.

Werkstätten im Landkreis Kassel und Schwalm-Eder-Kreis gestärkt

Wichtige Maschinen und Ausstattungsgegenstände für die Werkstätten in Hofgeismar, Baunatal, Fulda-brück, Calden und Wabern benötigen die Baunataler Werkstätten e. V., um auch künftig wettbewerbsfähig produzieren und kundengerechte Dienstleistungen erbringen zu können. Diese können nun beschafft werden: LWV-Landesdirektor Lutz Bauer überreichte im September einen Bewilligungsbescheid über 207.000 € an Helmut W. Schaumburg, Vorsitzender des Vorstandes. Damit trägt der LWV zur Sicherung von insgesamt rund 1.000 Arbeitsplätzen für geistig und seelisch behinderte Menschen in den Landkreisen Kassel und Schwalm-Eder bei. Dem LWV-Zuschuss liegt ein umfangreicher Beschaffungsplan der Baunataler Werkstätten e. V. zu Grunde. Danach investieren die Baunataler Werkstätten gleich an fünf Standorten, um dort wirtschaftliches Produzieren zu ermöglichen. So soll in der WfbM in Hofgeismar ein CNC-Bearbeitungszentrum eingerichtet werden. Dort wird eine 25 Jahre alte Drehmaschine ersetzt, die heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht. Mit dem Einsatz der CNC-Drehmaschine könne ein Behindertenarbeitsplatz zu einem Regelarbeitsplatz umgewandelt werden, erläuterte Schaumburg. In der Werkstatt in Baunatal stünde eine Reihe kleinerer Beschaffungsmaßnahmen an, die für Aufträge des Volkswagenwerkes gebraucht würden. Durch die Anschaffung eines Schwerlastregals, einer Hebeanlage und eines Hubwagens werde die Logistik verbessert, für Bürotätigkeiten sei die behinder-

tengerechte Ausstattung von PC-Arbeitsplätzen vorgesehen. Die Baunataler Werkstätten seien für neue und innovative Ideen stets aufgeschlossen, lobte Lutz Bauer. So komme es nicht von ungefähr, dass die Werkstätten mit zurzeit 138 im Rah-



Schwerlastregal für die Baunataler Werkstätten
Foto: Baunataler Werkstätten e.V.



Arbeitsplatzangebot für Marburg-Biedenkopf sichern: Wolfgang Zöller, kaufmännischer Vorstand des Lebenshilfswerkes Marburg-Biedenkopf e. V. (r.) und LWV-Landesdirektor Lutz Bauer bei der Bescheidübergabe.

Foto: Lebenshilfswerk Marburg-Biedenkopf e. V.

men regulärer Arbeitsverhältnisse arbeitenden Beschäftigten zum größten hessischen Integrationsunternehmen gewachsen seien. Integrationsunternehmen böten Menschen mit Behinderungen unentbehrliche Brücken in den ersten Arbeitsmarkt. Er freue sich darüber, so der LWV-Chef, dass dieser Bereich ausgebaut werden solle. (jda)

„Ehemalige Heimkinder“: Treffen im Kalmenhof



Instrument der Selbstverwaltung im Kalmenhof: Die Sprecher/innen der Wohngruppen bilden den Heimrat.
Foto: SPZ Kalmenhof

Offenheit und Unterstützung für frühere Bewohner der LWV-Jugendheime auf ihrem schweren Weg, sich an dieses Kapitel der eigenen Biografie heranzuwagen – das hatten Vertreter des LWV signalisiert, als im Mai 2004 erstmals ehemalige Heimkinder in Kassel zu einem bundesweiten Treffen zusammenkamen (siehe LWV-Info Nr. 3/2004). Den LWV-Verantwortlichen war klar: Nicht Abgrenzung und Abschottung sind hier gefragt, sondern Zuhören und aufeinander zugehen. Im Oktober hat eine Gruppe ehemaliger Bewohner auf Einladung von LWV und Sozialpädagogischem Zentrum (SPZ) den Kalmenhof besucht.

Annäherung an eigene Geschichte

Erinnerungen an eine weit zurückliegende, doch noch immer sehr präsente Lebensphase kommen hoch, als die kleine Gruppe der früheren Bewohner des Jugendheimes in Idstein eintrifft. Sie werden dort vom Pädagogischen Leiter des SPZ, Hans Lang-Hagel, und vom Referatsleiter

für die SPZ, Klaus Lehning, willkommen geheißen. Mit dem Sprecher der „Ehemaligen“, Heinz Peter Junge, haben Lang-Hagel und Lehning vereinbart, dass am Vormittag eine geschützte Gesprächsrunde stattfindet, bei der jeder Teilnehmer über seine Zeit im Kalmenhof und sein individuelles Erleben von Repression und Gewalt reden kann. Am Nachmittag findet auf besonderen Wunsch von Elfriede Schreyer, einst Bewohnerin im Kalmenhof, eine Kranzniederlegung am Mahnmal statt.

Begleitet wird die Veranstaltung von anhaltendem Medieninteresse. Nach der internen Gesprächsrunde führen die ehemaligen Heimkinder Gespräche mit Vertretern von Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen. Nicht überall, resümiert später ein Medienvertreter, sei den ehemaligen Bewohnern vom Heimträger ein derartiges Interesse entgegengebracht worden. Selbst Journalisten seien bei ihren Recherchen zu den Lebensbedingungen in den Kinder- und Jugendheimen der fünfziger und sechziger

Jahre häufig auf verschlossene Türen, mitunter auch auf Klagedrohungen gestoßen. Umso wichtiger werde eine Haltung wie die des LWV, der bereits in den achtziger Jahren eine Aufarbeitung des Kalmenhofes in der NS-Zeit, aber auch in der Nachkriegsphase, veranlasst habe. Es sei verständlich, dass die Betroffenen so lange geschwiegen hätten, wollten sie doch oft an diese mit belastenden Erlebnissen verbundene Phase ihres Lebens nicht erinnert werden. Erst mit dem zeitlichen Abstand seien sie in der Lage, über Gewalterfahrungen in Heimen, erlitten durch das erzieherische Personal, aber auch durch Mitbewohner, zu reden.

Zur Wahrheit gelangen

Anerkennung wird dem LWV für das heutige SPZ aus den Mündern der „Ehemaligen“ zuteil: Es sei beeindruckend, wie der LWV heute mit der Sache umgehe, sagt Heinz-Peter Junge später einer Tageszeitung. SPZ-Chef Lang-Hagel resümiert, dass sich eine Einrichtung auch Themen stellen müsse, die ihr unangenehm erscheinen, selbst wenn es schwer sei, nach so langer Zeit zur Wahrheit zu gelangen. Dass man heute als anerkannte Einrichtung der Jugend- und Behindertenhilfe in der Region fest verankert und mit rund 370 Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen schon seit Jahren voll belegt sei, liege auch an den Veränderungen der stürmischen Reformphase der siebziger und achtziger Jahre, wo von den alten „Anstalten“ fast nichts mehr übrig blieb.

Dabei sei die Geschichte auch im Arbeitsalltag durchaus präsent, ergänzt Klaus Lehning: Eine Dauerausstellung im Verwaltungsgebäude des SPZ Kalmenhof zeige Etappen in der Entwicklung der Einrichtung. Bei Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter werden die NS-„Euthanasie“-Verbrechen thematisiert. Zu „Kalmenhof – gestern und heute“ gibt es eine permanente Arbeitsgruppe. Kinder- und Jugendrechte würden im Kalmenhof in vorbildlicher Weise beachtet. Die Partizipation im Betreuungsalltag sichere auch ein System von Gruppensprechern und ein Heimrat. Erziehungsbedingungen wie in den 60-er Jahren seien heute nicht mehr vorstellbar, ist sich Lehning sicher. (jda)

„Rauchfrei 2004“ – Arbeitskreis Sucht hilft

Tipps – Ohne Rauch geht's auch

- Meiden Sie Getränke, zu denen Sie bisher immer geraucht haben.
- Kontrollieren Sie Ihren Zigarettenverbrauch, eventuell mit einem Rauchertagebuch.
- Wählen Sie einen stressfreien Termin zum Aufhören.
- Weihen Sie Freunde/Kollegen in Ihren Plan, Nichtraucher zu werden, ein.
- Verbannen Sie sämtliche Rauchutensilien aus Ihrer Umgebung.

- Erhöhen Sie Ihren täglichen Wasserkonsum, um das Nikotin aus Ihrem Körper zu schwemmen.
- Nutzen Sie das Beratungsangebot der Betriebsärztin zur Raucherentwöhnung.



Petra Michel, Servicebereich Finanzen:
„Fast 23 Jahre war ich starke Raucherin. Ich rauchte ca. zwei bis drei Schachteln am Tag. Doch nach einem in 1999 erlittenen Herzinfarkt kam der Wendepunkt. Ich machte mir zum Motto: ‚Jetzt oder nie‘. Mit der Angst im Rücken, dass mir so etwas noch einmal widerfährt und der Freude am Leben habe ich es auch bis heute konsequent durchgehalten, Nichtraucherin zu sein.“



Michael Schmidt, Zielgruppenmanagement
„Menschen mit seelischer Behinderung und Abhängigkeitserkrankungen“:

„Viele Jahre, um genau zu sagen 21, war ich Raucher. Doch im Oktober 2003 habe ich kurzer Hand den Entschluss gefasst, mit dem Rauchen aufzuhören. Nach dieser Umstellung hatte ich eine Zeit lang mit einer Gewichtszunahme zu kämpfen. Um mit dem Rauchen erfolgreich aufzuhören, ist meiner Meinung nach nicht das ‚Wie‘, sondern der Zeitpunkt und der Wille ganz entscheidend.“

Gesellschaftlicher Wohlstand ist ein guter Nährboden für Süchte. Weil sie, auch wenn es teuer wird, befriedigt werden können. Mit den unerwünschten und unangenehmen Folgen haben in der Regel die Betroffenen zu kämpfen, häufig leidet aber auch die Umwelt unter der Sucht eines Mitmenschen: Partner, Familienangehörige, Kolleginnen und Kollegen. Zum Beispiel beim Rauchen. Intensives Passiv-Rauchen ist fast so gefährlich wie aktives Rauchen. Experten errechneten für Deutschland jährlich 5.000 Todesfälle durch Passiv-Rauchen. Kein Wunder, wenn viele Ex-Raucher resignieren und rückfällig werden – wenn der Kollege gegenüber unverdrossen weiter dampft.

Angeregt durch die Aktion „Rauchfrei 2004“ wirbt der LWV-interne „Arbeitskreis Sucht“, eingerichtet aufgrund einer Dienstvereinbarung zur Gesundheitsvor- und -fürsorge, dafür, mit dem Rauchen aufzuhören. Mit

einem Infoblatt und mit Beratungsangeboten möchte man zu einem verständnisvollen Miteinander von Rauchern und Nichtrauchern beitragen. Rauchfrei am Arbeitsplatz, heißt es dort, ist zugleich praktizierter Gesundheitsschutz für Nichtraucher wie Gesundheitsförderung für Raucher. Der Arbeitskreis weiter: „Rauchen ist ein weltweites Phänomen. Obwohl es der Gesundheit spürbar schadet, fangen täglich Tausende Menschen freiwillig damit an. Und diejenigen, die schon rauchen, geben das Rauchen nicht auf.“ Dass es auch anders geht,



Doris Lange, Zielgruppenmanagement
Kriegsopferfürsorge:

„Im Frühjahr 2004 packte mich der Ehrgeiz, etwas für meine Gesundheit zu tun. Mit Hilfe des Buches ‚Endlich Nichtraucher‘ und dem dazugehörigen Willen habe ich es geschafft, nach 25 Jahren mit dem Rauchen aufzuhören. Als Ausgleich dafür war mir ein Alternativprogramm sehr wichtig. Ich gehe seitdem regelmäßig Joggen, zur Rückenschule und mache Stepp-Aerobic.“

beweist eine kleine Umfrage, die LWV-Info gestartet hat. Wenn Sie noch immer am Glimmstängel hängen, finden Sie hier einige Tipps und Tricks, wie Sie das ändern können.
Diana Becker/(jda)

Sozialgesetzbuch IX novelliert – gewachsene Verantwortung für Integrationsämter

Im Mai dieses Jahres trat das „Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen“ in Kraft, mit dem u. a. auch das Sozialgesetzbuch (SGB) IX novelliert wurde. LWV-Info informiert im Folgenden knapp über die wichtigsten aus der Fülle der gesetzlichen Änderungen und befragt den Zielgruppenmanager des ZGM „Behinderte Menschen im Beruf/Integrationsamt“, Walter Pohl. Die Fragen drehen sich um die Auswirkungen des Gesetzes auf die Arbeit des LWV-Integrationsamtes sowie die Erfahrungen des ersten halben Jahres. Außerdem geht es um eine Einschätzung, ob die gesetzlichen Änderungen tatsächlich geeignet sind, die



betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche mit Behinderungen zu verbessern und die Zahl der schwerbehinderten Beschäftigten auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Geschützter Personenkreis

Eine wesentliche Änderung ist, dass der so genannte geschützte Personenkreis um behinderte Jugendliche und junge Erwachsene, deren Behinderung noch nicht anerkannt ist oder deren Behinderungsgrad unter 30 liegt, für den Zeitraum ihrer Ausbildung erweitert wurde. Der Arbeitgeber kann bei der Erhebung der Ausgleichsabgabe für behinderte Jugendliche und junge Erwachsene eine Mehrfachanrechnung, d. h. die

Anrechnung dieses Auszubildenden auf mehrere Pflichtarbeitsplätze, geltend machen. Diese Regelung gilt auch für Arbeitnehmer, die aus einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) übernommen werden.

Beschäftigungsquote und Ausgleichsabgabe

Bezüglich der Beschäftigungsquote hat sich auch einiges geändert: So wurde die Beschäftigungsquote auch über den 31.12.2003 hinaus auf 5 % festgeschrieben. Dies bedeutet, dass private und öffentliche Arbeitgeber, die im Jahresdurchschnitt pro Monat wenigstens 20 Arbeitsplätze bieten, 5 % davon mit schwerbehinderten Arbeitnehmern besetzen sollen. Für einen Umfang zwischen 20 und 60 Arbeitsplätzen gibt es abweichend davon eine so genannte Kleinbetriebsregelung. Danach müssen Betriebe mit 20 bis 40 Arbeitsplätzen „nur“ einen schwerbehinderten Menschen beschäftigen, Betriebe bis 60 Arbeitsplätze zwei. Bei z. B. 40 Mitarbeitern wären es ansonsten „schon“ zwei.

Die gestaffelte Ausgleichsabgabe bleibt bestehen. Sie beträgt pro unbesetzten Pflichtplatz

- 105 € bei einer Beschäftigungsquote ab 3 % bis unter 5 %,
- 180 € bei einer Beschäftigungsquote ab 2 % bis unter 3 % und
- 260 € bei einer Beschäftigungsquote unter 2 %.

Besonderer Kündigungsschutz

Im Rahmen des besonderen Kündigungsschutzes entfällt – nach der Neuregelung – bei der Kündigung eines schwerbehinderten Arbeitnehmers die Stellungnahme des zuständigen Arbeitsamtes. Über Kündigungsanträge von Betrieben in Insolvenz oder bei Dienststellen, die aufgelöst werden, muss das Integrationsamt innerhalb eines Monats nach Eingang entscheiden. Geschieht dies nicht während dieser Frist, gilt die Zustimmung automatisch als erteilt.

Integrationsämter

Eine ganze Reihe neuer Aufgaben beschert die Gesetzesnovelle den Integrationsämtern. So wurde ihnen die so genannte Strukturverantwortung für die Integrationsfachdienste (IFD) übertragen. Waren die Integrationsämter bislang für die einzelne Beauftragung der IFD verantwortlich, sind sie es jetzt übergreifend. Das bedeutet u. a., dass sie für eine flächendeckende einheitliche Einrichtung von IFD Verantwortung tragen und so etwa die Zusammenarbeit und Vernetzung steuern, Regeln der Qualitätssicherung oder Ergebnisdokumentation sicherstellen müssen. Zudem wurde die Bundesarbeitsge-



meinschaft der Integrationsämter mit dem neuen Gesetz verpflichtet, mit der Bundesagentur für Arbeit (BAA) und den anderen Rehabilitationsträgern eine gemeinsame Empfehlung zur Heranziehung und Kostenträgerschaft zu erarbeiten.

Weitere Aufgaben, die den Integrationsämtern zufallen, sind die Unterstützung der BAA bei der Berufsorientierung und der Berufsberatung an Schulen, die Zusammenarbeit mit Handwerkskammern und anderen berufsständischen Organisationen, als Ansprechpartner für die Arbeitgeber zur Verfügung zu stehen.

In Verbindung mit dem neuen SGB IX steht auch die neue Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe-Verordnung, die bereits zum Januar dieses

Jahres in Kraft getreten ist. Danach müssen die Integrationsämter nicht mehr wie bisher 45 % der Ausgleichsabgabesumme an den Bund abgeben, sondern nur noch 30 %.

LWV-Info: Herr Pohl, wie ist nach mehr als einem halben Jahr Ihre Einschätzung: Ist das Gesetz geeignet, die berufliche Situation von Jugendlichen und Erwachsenen mit Behinderungen nachhaltig zu verbessern? Wo liegen Ihres Erachtens die besonderen Stärken, wo die Schwächen?

Walter Pohl: Das Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen ist am 1. Mai 2004 in Kraft getreten. Eine Bewertung, ob damit die berufliche Situation von jugendlichen und erwachsenen Menschen mit Behinderungen nachhaltig verbessert werden kann, kann zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen werden. Mit Sicherheit ist der Ausbau der Prävention und das betriebliche Eingliederungsmanagement sowie die verbesserten finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten im Rahmen der Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen eine wichtige Voraussetzung, die Beschäftigung zu sichern. Ob und inwieweit die gesetzlichen Änderungen tatsächlich zu erhöhter Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen führen, bleibt abzuwarten. Hier gilt insgesamt, dass die konjunkturelle gesamtwirtschaftliche Lage auch auf die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen durchschlägt. Dies bedeutet, dass zur Zeit mehr Arbeitsplätze ab- als aufgebaut werden.

LWV-Info: Herr Pohl, wenn man das neue Gesetz betrachtet, berühren wesentliche Änderungen die Pflichten und Rechte der Arbeitgeber. Können Sie uns sagen, wie hessische Arbeitgeber das neue Gesetz beurteilen?

Walter Pohl: Zu dieser Frage könnten natürlich am besten Vertreter der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände oder sonstige Arbeitgebervereinigungen Stellung nehmen. Aus mehrfachen Gesprächen mit Vertretern der Arbeitgeber ist mir jedoch bekannt, dass grundsätzlich gesetzliche Regelungen, die den Arbeitgebern auch Pflichten auferlegen, weniger positiv beurteilt werden. So

dürfte es wahrscheinlich auch mit der Novellierung des SGB IX sein. Insbesondere verunsichern die neuen Regelungen zur Prävention und dem betrieblichen Eingliederungsmanagement. Mit dem Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen hat der Gesetzgeber jedoch Anreize zur Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungssituation geschaffen. Insgesamt wird mit dem Gesetz der Wunsch verbunden, mehr Arbeitsplätze schwerbehinderter Menschen und behinderter Jugendlicher im Arbeitsleben zur Verfügung zu stellen.

LWV-Info: Den Integrationsämtern fallen insbesondere mit Blick auf die Integrationsfachdienste neue Verantwortung und Aufgaben zu. Erachten Sie diesen Zuwachs bei den Integrationsämtern als sinnvoll?

Walter Pohl: Es ist sinnvoll, die Aufgabenbereiche Sicherung und Vermittlung bei den Integrationsfachdiensten zu bündeln und die Strukturverantwortung hierfür den Integrationsämtern zu übertragen. Dies bedeutet, dass auf die Integrationsämter neue Aufgaben zukommen. Es gilt die Vernetzung zu steuern, die Ergebnisdokumentation sicherzustellen, die Qualitätssicherung durch ein einheitliches Qualitätssicherungskonzept festzulegen. Hier arbeiten wir in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter mit, um einheitliche und verbindliche Kriterien zur Beauftragung, Steuerung sowie zur Finanzierung und Ausstattung der Integrationsfachdienste festzulegen. Die neuen Rahmenbedingungen werden zurzeit erarbeitet.

LWV-Info: Bedeutet das für Sie und Ihr Team Mehrarbeit und -belastung?

Walter Pohl: Aufgrund der gesetzlichen Änderungen kommt hier Mehrarbeit auf uns zu, die genaue Höhe der Mehrbelastungen lässt sich zur Zeit noch nicht abschätzen. Wir sind jedoch sehr bemüht, den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten und mit den Trägern der IFD aufwandsarme Kooperationen zu vereinbaren.

LWV-Info: Bei einigen der Aufgaben, die das Gesetz den Integrationsämtern zuschreibt, gewinnt man hinge-

gen den Eindruck, dass Sie und Ihre Mitarbeiter diese bereits seit Langem wahrnehmen, wie beispielsweise die Zusammenarbeit mit verschiedenen berufsständischen Organisationen oder verschiedene Beratungstätigkeiten. Ist dieser Eindruck richtig?

Walter Pohl: Sie haben Recht. Wir arbeiten mit den Arbeitgebern, den schwerbehinderten Menschen, den Schwerbehindertenvertretungen und den Betriebsräten sowie den Arbeitgeberverbänden usw. partnerschaftlich zusammen. Hierbei ist es wichtig, über die Chancen und Möglichkeiten des Gesetzes aufzuklären, um damit langfristig die Bereitschaft zur Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen zu fördern.

LWV-Info: Nach der neuen Ausgleichsabgabe-Verordnung müssen



Fotos: Integrationsamt

Sie einen geringeren Teil als bislang an den Bund abgeben. Wie ist das Ausgleichsabgabe-Aufkommen, haben Sie nun mehr Geld „im Topf“? Finanziert der Bund im Gegenzug an anderer Stelle weniger?

Walter Pohl: Es ist richtig, dass sich die Mittel der Ausgleichsabgabe dadurch erhöhen, das wir nicht wie bisher 45 %, sondern nur noch 30 % an den Bund in den Ausgleichsfonds abführen müssen. Der Bund hat sich andererseits jedoch aus der Finanzierung zurückgezogen, so dass die erhöhte Ausgleichsabgabe insbesondere für Integrationsprojekte und institutionelle Förderung benötigt wird.

LWV-Info: Herr Pohl, wir danken Ihnen für das Gespräch. (rvk)

Wohnangebote den B



Das Alfred-Delp-Haus in Oberursel.

Foto: Martin Ringer

Vier Träger von Wohnangeboten für Menschen mit Behinderungen in Hessen erhielten im August offiziell ihre Bescheide über die finanzielle Förderung durch den LWV Hessen. Insgesamt rd. 1,25 Mio. € wurden so für 113 stationäre Wohnplätze und 30 Plätze im Betreuten Wohnen bewilligt. „Der Ausbau der Plätze, insbesondere im Betreuten Wohnen, ist uns ein wichtiges Anliegen. Darüber dürfen wir aber nicht vergessen, dass die verschiedenen Angebote den Bedürfnissen der Betroffenen angepasst werden. So müssen gerade die Einrichtungen der ersten Stunde rollstuhlgerecht auch den Bewohnern mit erhöhtem Pflegebedarf gerecht werden“, so LWV-Landesdirektor Lutz Bauer.

Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e. V.

Mit 400.000 € fördert das LWV-Integrationsamt den Bau eines Appartementhauses für das Betreute Wohnen mit 16 Plätzen in Braunfels. Den entsprechenden Bewilligungsbescheid überreichte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer persönlich – in Anwesenheit des Ersten Kreisbeigeordneten des Lahn-Dill-Kreises, Wolfgang Hofmann – an den Vorstand des Trägers der Einrichtung, die Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e. V., Gerhard Geis (Vorsitzender), Barbara Leitz und Herbert Althen.

16 Plätze für Menschen mit geistiger Behinderung werden, so der Plan, in dem Appartementhaus im Rahmen des Betreuten Wohnens bis Ende 2005 entstehen. Die Bewohner, alle Beschäftigte einer Werkstatt der Lebenshilfe, können dort allein oder maximal zu dritt eine Wohnung beziehen, die alle für Rollstuhlfahrer geeignet sind. Beim gleichen Termin über-

reichte Landesdirektor Bauer noch einen Bescheid über rund 150.000 € für Modernisierungs- und Sanierungsarbeiten am Sozialgebäude der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) „Florentine“ in Braunfels, eine der ältesten WfbM in Hessen.

Umbau des Alfred-Delp-Hauses in Oberursel

Mit 250.000 € – ebenfalls aus Mitteln der Ausgleichsabgabe – fördert das LWV-Integrationsamt den Um- und Ausbau des Wohn- und Tageszentrums für Menschen mit geistiger Behinderung „Alfred-Delp-Haus“ in Oberursel. Die Mittel erhält der Träger der Einrichtung, der Caritasverband für die Diözese Limburg e. V. Den Bewilligungsbescheid überreichte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer – in Anwesenheit des Ersten Kreisbeigeordneten des Hochtaunuskreises, Dr. Wolfgang Müsse – an Dr. Hejo Manderscheid, den Direktor des Caritasverbandes für die Diözese Limburg e. V.

Bedürfnissen anpassen

Mit dem Umbau des Alfred-Delp-Hauses werden die Doppelzimmer in Einzelzimmer umgewandelt und auch zwei Einzelzimmer für das Paarwohnen zur Verfügung gestellt. Zudem werden neue Räume für eine zusätzliche Tagesstätte für 20 Menschen mit geistiger Behinderung geschaffen.

Neue Wohnplätze der Praunheimer Werkstätten

Eine Wohnanlage mit 24 Plätzen für geistig behinderte Menschen in der Herbsthaler Straße auf dem Gelände der ehemaligen US-Kaserne „McNair“ fördert das Integrationsamt des LWV mit 210.000 € aus Mitteln der Ausgleichsabgabe. Den Bescheid erhielt Wolfgang Rhein, Geschäftsführer der Praunheimer Werkstätten gGmbH, als Träger der Einrichtung von Landesdirektor Bauer.

Die Praunheimer Werkstätten gGmbH hat aus dem Bestand der ehemaligen McNair-Kaserne der US-Streitkräfte in Frankfurt/Höchst eine Immobilie erworben und dort 24 Wohnplätze (davon zwei Kurzzeitplätze) in acht völlig selbstständigen Wohnungen für jeweils bis zu vier Personen geschaffen. Den Bewohnerinnen und Bewohnern soll eine weitgehend eigenständige Lebens- und Haushaltsführung ermöglicht werden. Durch diese konzeptionelle Ausgestaltung soll der typische Wohnheimcharakter vermieden werden. Das Wohnheim ist Teil des Wohnverbundes West der Praunheimer Werkstätten, zu dem auch 20 Plätze im Betreuten Wohnen gehören. Durch den Wohnverbund kann somit das Konzept realisiert werden, das durch vielfältige und individuell differenzierte Wohnformen einerseits Menschen mit höherem Hilfebedarf zu einem Leben in der eigenen Wohnung verhilft, aber auch Menschen die bisher stationär betreut wurden, durch gezielte Förderung den Übergang in das Betreute Wohnen zu erleichtern.

Sechs neue Plätze für schwer abhängige kranke Menschen

Sechs weitere Plätze für chronisch mehrfach beeinträchtigte abhängige kranke Frauen und Männer im Dillenburg Wohnheim „Haus Caruso“ fördert der LWV Hessen mit einem Zuschuss von 394.000 €. Den Bewilligungsbescheid übergab der Erste Beigeordnete des LWV, Uwe Brückmann, an Hans-Jürgen Moser, den Ersten Vorsitzenden des Vereins „Aktives Leben im Alter e. V.“ in Grünberg, der Träger des Wohnheimes ist. Der Verein will insgesamt rund 900.000 € investieren, um die bisher angemietete Immobilie in der Schelde-Lahn-Str. 38 in Dillenburg anzukaufen zu können und sie dann auf insgesamt 28 Wohnheimplätze auszubauen. Seit 1996 betrieb der Trägerverein „Haus Caruso e. V.“ das Wohnheim. 2001 übernahm der Verein „Aktives Leben im Alter e. V.“ die Trägerschaft der durch den LWV anerkannten Wohneinrichtung für chro-

nisch mehrfach beeinträchtigte abhängige kranke Frauen und Männer und hält dort bisher 22 Plätze bereit.

Chronisch mehrfach beeinträchtigte abhängige kranke Frauen und Männer seien, so Uwe Brückmann, in besonderer Weise auf Hilfe, die ihnen in Wohnheimen wie dem Haus Caruso angeboten werde, angewiesen, da sie durch intensiven und häufig lang andauernden Suchtmittelkonsum ihre Fähigkeiten zu einer selbstständigen und eigenverantwortlichen Lebensführung eingebüßt hätten.

Durch die Investition plant der Verein, die derzeit genutzten Räumlichkeiten neu auszustatten, um die Bedingungen für tagesstrukturierende und ergotherapeutische Angebote zu verbessern. Durch die Fertigstellung eines seit Jahren im Rohbau befindlichen Gebäudeteiles wird sich die Nutzfläche des Wohnheimes erweitern. So können voraussichtlich ab Jahresbeginn 2005 die sechs zusätzlichen Plätze belegt werden. (jda/rvk)



Gebäude des Wohnverbundes West der Praunheimer Werkstätten. Foto: Praunheimer Werkstätten

ERST VEREINBAREN – DANN VERWIRKLICHEN



Aus der betrieblichen Praxis berichten hier (v. l.): Klaus Seitz, Vorsitzender der Gesamtschwerbehindertenvertretung beim LWV Hessen; Petra Feldner-Nuhn, Personalratsvorsitzende LWV-Hauptverwaltung Kassel; Christina Wehnardt, Servicebereich Personal der LWV-Hauptverwaltung; Herbert Schneider, VdK-Landesvorstand, und Walter Pohl, Zielgruppenmanager im LWV-Integrationsamt

Foto: LWV-Integrationsamt

Von Bürstadt bis Baunatal – sechs Landestagungen für betriebliche Schwerbehindertenvertreter haben das LWV-Integrationsamt und der VdK-Landesverband Hessen-Thüringen in diesem Jahr gemeinsam durchgeführt. Informationen zur beruflichen und betrieblichen Integration behinderter Menschen wurden zum ersten Mal in einer offenen Form als Informationsbörse angeboten. Die Veranstaltungen, die über 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammenführten, standen unter dem Motto: „Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben – erst vereinbart, dann verwirklicht!“ und konzentrierten sich auf betriebliche Integrationsvereinbarungen.

Zielvereinbarungen zwischen Arbeitgeber, Schwerbehindertenvertretung und Betriebs- bzw. Personalrat sollen sie sein, die in § 83 des Sozialgesetzbuches Teil IX fixierten Integrationsvereinbarungen. Noch immer wird zu wenig von ihnen Gebrauch gemacht, werden sie mitunter als hinderliches und unflexibles Regelwerk empfunden. Das dem nicht so sein muss, dass in den Vereinbarungen auf betriebliche Belange durchaus

Rücksicht genommen wird, bewiesen Praxisberichte aus hessischen Unternehmen, darunter für das Bundesland wichtige Arbeitgeber wie die Fa. Merck aus Darmstadt oder der Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport AG. Und da langatmige Tagungen mit einer ermüdenden Kette von Vorträgen auch beim Integrationsamt des LWV passé sind, taten sie das an Ständen, die in den Veranstaltungssälen aufgebaut waren. Dort präsentierten die Schwerbehindertenvertreter gemeinsam mit ihren Kollegen des Personal- oder Betriebsrates und dem Arbeitgeberbeauftragten interessierten Teilnehmern ihre Integrationsvereinbarung, sprachen dabei auch offen bisherige Erfolge und Ergebnisse sowie die überwundenen Schwierigkeiten an. Bei jeder Veranstaltung wurden drei oder vier Integrationsvereinbarungen vorgestellt. Vervollständigt wurden die „Open Space“-Konferenzen durch weitere Informationsstände des regional zuständigen Integrationsfachdienstes, der Agentur für Arbeit, des Hessischen Amtes für Versorgung und Soziales, des Sozialverbandes VdK und des Integrationsamtes des LWV Hessen. Eine richtige Entscheidung sei es gewesen, ein manchmal trocken an-

mutendes Thema mit einem neuen methodischen Ansatz aufzugreifen, resümierten die Organisatoren Herbert Schneider vom Landesvorstand des VdK und LWV-Zielgruppenmanager Walter Pohl. So habe jeder Teilnehmer konkrete Antworten auf seine Fragen erhalten. Im großen Plenum sei dies häufig nicht möglich. (jda)

INTEGRATIONS- VEREINBARUNGEN

Das Instrument der Integrationsvereinbarung soll die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben dadurch stärker unterstützen, dass die betriebliche Integrationsarbeit über Zielvereinbarungen gesteuert wird. Es sollen betriebsnahe Vereinbarungen abgeschlossen werden, die geeignet sind, die Beschäftigungssituation spürbar zu verbessern.

Die Schwerbehindertenvertretung hat ein Initiativrecht zum Abschluss einer Integrationsvereinbarung. Von allen Beteiligten kann das Integrationsamt zur Unterstützung beim Abschluss einer Integrationsvereinbarung einbezogen werden. Die zu Stande gekommene Vereinbarung wird dem zuständigen Arbeitsamt und dem zuständigen Integrationsamt übermittelt (§ 83 Abs. 1 SGB IX).

Die Integrationsvereinbarung beinhaltet Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben, insbesondere zur Personalplanung, Arbeitsplatzgestaltung, Gestaltung des Arbeitsumfeldes, Arbeitsorganisation, Arbeitszeit sowie Regelungen über die Umsetzung der getroffenen Zielvereinbarungen.

Es reicht nicht aus, sich Ziele vorzugeben. Ebenso wichtig ist es festzuhalten, wer für die Erreichung der Ziele verantwortlich ist. Das Steuern über Zielvereinbarungen funktioniert nur, wenn der Prozess der Zielerreichung regelmäßig beobachtet und nachgeprüft wird. Die Instrumente, die hierbei helfen, sind Controlling und Berichtspflicht.

Von ihrer Rechtsnatur her handelt es sich um eine verbindliche Vereinbarung (wie z. B. eine Betriebsvereinbarung oder eine Dienstvereinbarung).

Weitere Informationen unter:
www.integrationsaemter.de.

Wurzeln der „Euthanasie“ – Gedenkveranstaltung im Philippshospital

Seit nunmehr 15 Jahren erinnert ein Gedenkstein auf dem Gelände des ZSP Philippshospital in Riedstadt an die Verbrechen, die an kranken und behinderten Menschen während der NS-Zeit begangen wurden. Auf dem Gedenkstein heißt es: „In der Zeit des Nationalsozialismus sind 596 seelisch kranke und behinderte Menschen aus dem Philippshospital Goddelau 1941 abtransportiert und ermordet worden. Die meisten in Hadamar. Ihr Schicksal ist uns Mahnung und Verpflichtung.“ Mahnen und Erinnern an die Opfer der NS-Euthanasie-Verbrechen wollte auch eine Gedenkveranstaltung am 1. September im Philippshospital, die neben der Erinnerung an die Aufstellung des Gedenksteins ein weiteres geschichtliches Datum im Blickfeld hatte: Vor exakt 65 Jahren setzten die Nazis den „Euthanasie-Erlass“ in Kraft. Dieser „Führerbefehl“ wurde zur verbrecherischen Grundlage für Tötung und Misshandlung vieler Tausend behinderter und kranker Menschen in den damaligen Heilanstalten.

Den geistigen Grundlagen des „Euthanasie“-Gedankens spürte bei der Riedstädter Gedenkveranstaltung der Theologe und Historiker Dr. Walter Fleischmann-Bisten, Geschäftsführer des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes, nach. So skizzierte Fleischmann-Bisten den langen Weg des Begriffs der „Euthanasie“ – griechisch für „schöner Tod“ – von der griechischen Antike bis zur grausamen Praxis durch das NS-Regime. Dabei sei das menschliche

Selbstbestimmungsrecht angesichts unheilbarer Krankheit und Behinderung auch unter den griechischen Philosophen strittig geblieben. Im Eid des Hippokrates hingegen, noch heute ethische Grundlage der ärztlichen Kunst, komme klar der Respekt vor dem Willen des Betroffenen zum Ausdruck. Über Thomas Morus und Francis Bacon reife dann eine Denkweise, die sich im 19. Jahrhundert zur „Eugenik“, also zur Wissenschaft von der erblich guten Nachkommenschaft, verdichte und in der Selektionstheorie von Charles Darwin ein naturwissenschaftlich begründetes Fundament erhalte, welches rasch in die Geistes- und Sozialwissenschaft übergreife. 1920 veröffentlichten in Deutschland der Jurist Karl Binding und der Psychiater Alfred Hoche ihr Traktat über „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form“ und lieferten so den Nazis ein begriffliches Instrumentarium zur späteren Praxis des Schreckens. In der steten Krisen ausgesetzten Weimarer Republik wachse die „Bereitschaft zum eugenischen Handeln“, den Boden für eine NS-Erbgesundheitspolitik bereite das 1927 gegründete „Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung“, die „enge Symbiose von Hirnforschung und Krankenmord“ werde dort offenkundig. Die christlichen Kirchen seien auf die ethischen Herausforderungen wie auf den gesamten Kirchenkampf zwischen 1933 und 1945 kaum vorbereitet gewesen, anfangs klare Haltungen wichen einer unschlüssigen Kirchendiplomatie.



Reflexion über „Euthanasie“: Dr. Walter Fleischmann-Bisten, Geschäftsführer des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes.
Foto: Michael Spallek

Deutlichere Widerstandssignale habe es erst gegeben, als die „Aktion T 4“ (Mord an behinderten und kranken Menschen) 1940 bereits angelaufen war. Die Predigten des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, denen sich andere Bischöfe anschlossen, veranlassten das NS-Regime, die systematischen T 4-Mordaktionen einzustellen. Allerdings wurde die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ durch Ausbeutung durch Arbeit, gezielte Mangelernährung und falsch dosierte Medikamentierung fortgesetzt.

Heutige Debatten über Sterbehilfe könnten nicht ohne diesen geschichtlichen Hintergrund geführt und bewertet werden. Sterbehilfe heute könne nur eine ganz lebenspraktische Sterbebegleitung im Sinne einer umfassenden Betreuung sein. Sie sei vor allem „Basisversorgung und Schmerzlinderung“. Eine aktive Sterbehilfe stelle das Strafgesetzbuch unter Strafe. Die Erfahrungen mit den Verbrechen der NS-Zeit verböten es, über die zur Zeit geltenden Bestimmungen im Sinne einer aktiven Sterbehilfe hinauszugehen. (jda)

Innehalten am Gedenkstein: Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung im Philippshospital.
Foto: Michael Spallek



230 junge Menschen starten Ausbildung beim LWV

Schlüsselressource Wissen: Für einen postindustriellen Standort mit hohen Produktionskosten wie Deutschland sind Ausbildung und Qualifizierung seiner Menschen das Tor zur Zukunft. Umso schlimmer, wenn junge Menschen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz vor verschlossenen Türen stehen. In Unternehmen und Betrieben gilt es, die eigene Zukunft durch Personal- und Ausbildungsplanung zu sichern. Hier ist in Privatwirtschaft wie öffentlichem Dienst Zurückhaltung zu spüren: Die Aussichten auf eine wirtschaftliche Besserung werden skeptisch beurteilt, infolge dessen halten sich die Personalchefs auch bei der Einstellung von Auszubildenden zurück. „Beim LWV gehört die Ausbildung zur Unternehmenskultur. Als großer öffentlicher Arbeitgeber sehen wir uns auch in einer sozialen Verantwortung“, LWV-Landesdirektor Lutz Bauer ist froh darüber, nach wie vor in allen Landesteilen qualifizierte Ausbildungsplätze anbieten zu können.

Traditionell liegt das Schwergewicht auf der Krankenpflegeausbildung (siehe auch Artikel „Abschied von der Krankenschwester“ in diesem Heft): An den Krankenpflegesschulen des LWV nahmen 2004 insgesamt 154 Krankenpflegeschüler ihre Ausbildung auf. 446 junge Frauen und Männer werden dort gegenwärtig ausgebildet, um später einmal in der psychiatrischen Krankenpflege oder im somatischen Bereich zu arbeiten. Kleiner, aber konstant sind die Zahlen für die Verwaltungsdienststellen: Im Herbst startete der neue Jahrgang, ausgebildet wird sowohl in Haupt- und Regionalverwaltungen wie auch in den LWV-Einrichtungen. Insgesamt 230 neu eingestellte Azubis erhalten in den kommenden Jahren eine qualifizierte Ausbildung in pflegerischen, technischen, handwerklichen, kaufmännischen und in Verwaltungsberufen. Gegenwärtig befinden sich 680 junge Menschen beim LWV in einer Berufsausbildung.

Eine Ausbildung in der öffentlichen Verwaltung kann trotz sinkender Stellenzahlen eine Zukunft haben. Auch ist sie schon längst kein verstaubtes, trockenes Metier mehr: In der Ausbildung zum Verwaltungsinspektor oder zur Fachangestellten für Bürokommunikation geht es um betriebswirtschaftliche Methoden und moderne Informationstechnologie, beides wird beim LWV eingesetzt. Der Anteil

schwerbehinderter Mitarbeiter/innen liegt beim LWV weit über der gesetzlichen Quote. Auch bietet der LWV Menschen mit einer Behinderung eine Ausbildung an. In diesem Jahr befindet sich unter den 16 neuen Verwaltungsinspektoranwärtern auch eine junge blinde Frau, deren Ausbildungsplatz blindengerecht ausgestattet wurde. (jda)

Nach zwei Semestern Psychologie in Marburg hat sich Melanie Pelka dafür entschieden, einen Verwaltungsberuf zu ergreifen. Aus persönlichen Gründen wollte sie ihr Studium nicht fortsetzen, so bewarb sie sich beim LWV und hatte beim Vorstellungsgespräch gleich einen positiven Eindruck. Als dann die Zusage auf dem Tisch lag, brauchte Melanie nicht lange zu überlegen und hat gleich zugesagt. Schon in den ersten Gesprächen merkte die 22-Jährige, dass man beim LWV besonders sensibel mit den Bedürfnissen behinderter Menschen umgeht. Und dies sicher auch deshalb, weil sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Dienstleister für Menschen mit Behinderungen verstehen.

1982 in Braunschweig geboren und aufgewachsen, besucht Melanie bis zur 6. Klasse das Landesbildungszentrum für Blinde in Hannover. Dann kommt sie nach Hessen und absolviert das Gymnasium der Blindenstudienanstalt in Marburg, eines von nur zwei Gymnasien für blinde und sehbehinderte Menschen in Deutschland. Dort macht sie 2002 erfolgreich ihr Abitur und beginnt danach ein Psychologie-Studium an der Philippsuniversität. Im Moment noch Pendlerin zwischen Marburg und Kassel, ist der Umzug schon ins Auge gefasst: Im kommenden März will Melanie, zusammen mit ihrem ebenfalls blinden Mann, am Ausbildungsort ihre Zelte aufschlagen.

Einen positiven Eindruck hat Melanie von den ersten Wochen ihrer Ausbildung, wobei sie am Anfang mitunter eine verständliche Verunsicherung bei



Melanie Pelka

Foto: Diana Becker

ihren Mitmenschen verspürt. Für das Studium, aber auch am Arbeitsplatz beim LWV, stehen ihr vom Integrationsamt gestellte Computer zur Verfügung, die mit Braillezeile ausgestattet sind. Während der Trimester an der Verwaltungsfachhochschule erhält sie auch Unterstützung von einer Assistentkraft, die bei einem Teil der Lehrveranstaltungen dabei ist. Dies alles helfe ihr, so selbstständig wie möglich zu sein, sagt Melanie Pelka, die erlebt hat, dass sich Menschen mit einer Behinderung häufig selbst einschränken: „Ich lasse mich nicht behindern“, lächelt sie.

Diana Becker/(jda)

Erfolge

Wir gratulieren den Kolleginnen und Kollegen zur bestandenen Prüfung

Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst in der allgemeinen Verwaltung

Hauptverwaltung Kassel

MONIKA FREUDENBERG
ANNIKA JAKOB
CHRISTIAN KRACKLAUER
KAI LAMBRECHT
JENNIFER PRZECHACKI
THORSTEN RIETZE
CAROLINE PEGGY ROSENBAUER
GILBERT SANDTE

Regionalverwaltung Darmstadt

SASCHA JACOB

Regionalverwaltung Wiesbaden

ANDREAS HANSETZ
RENÉ ZERBE

Prüfung zum Nachweis berufsspezifischer Kenntnisse

Hauptverwaltung Kassel

ANNIKA JAKOB
CHRISTIAN KRACKLAUER
KAI LAMBRECHT
JENNIFER PRZECHACKI
THORSTEN RIETZE
CAROLINE PEGGY ROSENBAUER
GILBERT SANDTE

Regionalverwaltung Darmstadt

SASCHA JACOB

Regionalverwaltung Wiesbaden

ANDREAS HANSETZ
RENÉ ZERBE

Staatsexamen in der Krankenpflege

ZSP Mittlere Lahn, Gießen

CHRISTOPH ALBOHN
DERYA ERASLAN
MANUELA FINKENSTEIN
AHMET GASHI
MELANIE GONTRUM

MARLENE HEß
DIANA JANKE
PATRICK LANGE
OLEZIA MOISEENKO
MELANIE MÜLLER
PATRICK TEN ELSSEN

ZSP Bergstraße, Heppenheim

OLGA ALEXANDRIDOU
RICHARD BLUME
CAROLIN FASSOTH
NICOLE HÖBEL
MARYLOUISE JACOB
KRISTINA KIRSCH
ANDRE KNAPP
RAFAEL KUROWSKI
IRINA KUSNAREV
MARTINA LEMCKE
NADINE MÜLLER
SABRINA SCHMÖLZ
SABRINA SPLITTGERBER
KRISTIN WAGNER

ZSP Am Mönchberg, Hadamar

SONJA ANTONY
NICOLE BENTEN
KATHARINA CHRIST
RENATA JEDRZEJEWSKI
OLIVER KARL
IRIS KÜNZER
ANNE METZINGER
SONJA PROSCH
KATRIN RECH
ANDREAS SCHÄFER
NICOLE SCHMITZ
ISABEL SCHNAPPINGER
NINA STÖCKEL
ADRIAN VIEIRA DE OLIVEIRA
CHRISTIAN ZIMMER

25-jähriges Dienstjubiläum

EDITH KRAUS
Krankenpflegehelferin
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 9. 7.2004

CAROLA EBERT
Stenotypistin
HV Kassel 6. 8.2004

BRIGITTE FISCHER
Erzieherin
Schule am Sommerhoffpark,
Frankfurt am Main 15. 8.2004

HERBERT MOHR
Oberinspektor
Hauptverwaltung Kassel 16. 8.2004

MICHAEL SCHAAD
Amtsinspektor
Regionalverwaltung Wiesbaden 25. 8.2004

GABRIELE VON EYERN-NUHN
Stenotypistin
Hauptverwaltung Kassel 1. 9.2004

BEATE LEVIE
Registraturangestellte
Hauptverwaltung Kassel 1. 9.2004

FRANK SCHELLENBERGER
Amtmann
Hauptverwaltung Kassel 1. 9.2004

WINFRIED STEINMACHER
Leiter der Personalabteilung
ZSP Rheinblick, Eltville 1. 9.2004

BERND JAKOB
Oberinspektor
Regionalverwaltung Darmstadt 1. 9.2004

ELKE KUNZ
Verwaltungsangestellte
Regionalverwaltung Darmstadt 1. 9.2004

URSULA ROßBACH
Erzieherin
Freiherr-von-Schütz-Schule,
Bad Camberg 1. 9.2004

DANIELA MITSCHKE
Oberinspektorin
Hauptverwaltung Kassel 3. 9.2004

BARBARA JOSKOWICZ
Assistenzärztin
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 14. 9.2004

MARITA SCHWARZ
Fachkrankenschwester
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 15. 9.2004

MARTINA PFLÜGER
Assistenzkraft des Zielgruppenmanagers
für Menschen mit einer körperlichen
oder einer Sinnesbehinderung
Hauptverwaltung Kassel 18. 9.2004

ERHARD BACHMANN
Oberamtsrat
Hauptverwaltung Kassel 1.10.2004

CHRISTIANE ENGELMOHR
Verwaltungsangestellte
Hauptverwaltung Kassel 1.10.2004

HANS-WERNER GEORGE
Hauptsekretär
Hauptverwaltung Kassel 1.10.2004

THOMAS MARQUARDT
Amtmann
Hauptverwaltung Kassel 1.10.2004

RONALD SCHOLZ
Oberinspektor
Hauptverwaltung Kassel 1.10.2004

BRIGITTE LEMMER
Krankenpflegehelferin
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1.10.2004

GUDRUN KAILER
Unterrichtsschwester
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1.10.2004

CARMEN LEE
Stellv. Stationsschwester
ZSP Rheinblick, Eltville 1.10.2004

IRIS FELDHAÜSER
Stellv. Stationsschwester
ZSP Rheinblick, Eltville 1.10.2004

KLEMENS KROPP
Ltd. Abteilungspfleger
ZSP Rheinblick, Eltville 1.10.2004

SYLVIE HOMBACH
Krankenschwester
ZSP Rheinblick, Eltville 1.10.2004

ELKE KAHL
Krankenschwester
ZSP Rheinblick, Eltville 1.10.2004

PETER KÖRNER
Stellv. Stationsleiter
ZSP Rheinblick, Eltville 1.10.2004

ANITA KAISER
Krankenschwester
ZSP Rheinblick, Eltville 1.10.2004

PETRA SCHMIED
Stellv. Stationsschwester
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 1.10.2004

SUSANNE GILBERT
Stellv. Stationsleiterin
ZSP Haina, ASt. Gießen 1.10.2004

MARGRIT STERNSDORFF
Sozialarbeiterin/Frauenbeauftragte
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1.10.2004

UWE HOLTSCHOFFEN
Dipl.-Psychologe
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1.10.2004

GERHARD DREBES
Stellv. therapeutischer Leiter WPH
ZSP Philippshospital, Riedstadt 1.10.2004

CORINNA HENNINGER
Fachkrankenschwester
ZSP Philippshospital, Riedstadt 1.10.2004

IRMGARD LUST
Fachkrankenschwester
ZSP Philippshospital, Riedstadt 1.10.2004

KERSTIN HAHN
Stationsleitung
ZSP Philippshospital, Riedstadt 1.10.2004

KARIN PERNER
Krankenschwester
ZSP Philippshospital, Riedstadt 1.10.2004

PETRA MASSAR
Stationsleitung
ZSP Philippshospital, Riedstadt 1.10.2004

40-jähriges Dienstjubiläum

REGINA DÖRFLER
Verwaltungsangestellte
HV Kassel 15. 8.2004

Nach mehr als 10 Dienstjahren gingen in Rente

ROBERT FEY
Amtsbote
Regionalverwaltung Wiesbaden 31. 5.2004

HANS-HILMAR MENZ
Pförtner/Telefonist
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 30. 6.2004

HELGA DEMUTH
Diplom-Psychologin
Freiherr-von-Schütz-Schule,
Bad Camberg 31. 8.2004

HEDWIG HENSGENS
Erzieherin
Johann-Peter-Schäfer-Schule,
Friedberg 31. 8.2004

HELENE SCHULZ
Verwaltungsangestellte
Regionalverwaltung Darmstadt 31. 8.2004

MARIA SCHWAB
Verwaltungsangestellte
Regionalverwaltung Wiesbaden
31. 8.2004

CONCETTA VINCI
Hausgehilfin
ZSP Philippshospital, Riedstadt
30. 9.2004

MONIKA ZENTNER
Telefonistin
ZSP Rheinblick, Eltville 30.10.2004

In den Ruhestand traten

MANFRED FREUDE
Oberinspektor
Hauptverwaltung Kassel 1.11.2004

Neue Namen – Neue Positionen

JÖRG BÜHRING
Kommissarischer Betriebsleiter
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 1. 8.2004

REINHARD BELLING
Gemeinsamer Geschäftsführer
der Klinikum Weilmünster gGmbH
und der ZSP Rehbergpark Herborn
gGmbH 1. 9.2004

IRIS LINDEMANN-DRÄBING
Leiterin des Funktionsbereichs
„Budgets, Entgelte“ beim
Fachbereich Einrichtungen
Hauptverwaltung Kassel 1.10.2004

Wir trauern um unsere verstorbene Kollegin

URSULA SAAGER
Küchenhilfe
ZSP Mittlere Lahn, Marburg

Die Personalien werden uns von der Personalabteilung der LWV-Hauptverwaltung und den LWV-Einrichtungen direkt geliefert. Die Redaktion trägt für diese Rubrik keine inhaltliche Verantwortung.

Wohnheim „Schwarzer Weg“ wird umgebaut



Vor Ort im Schwarzen Weg: Obere Reihe (v. l.): LWV-Landesdirektor Lutz Bauer; Peter Lutze, Leiter des LWV-Fachbereiches Einrichtungen; Karl-Heinz Löber, stellvertretender Betriebsleiter. Untere Reihe (v. l.): Herbert Dreisbach, Betriebsleiter; Ilona Staack-Hahne, Therapeutische Leiterin; Katja Zauner, stellv. Pädagogische Leiterin; Astrid Bodenhausen, Architektin; Walter Cöster, Bauabteilungsleiter, und Dieter Sommer, Pflegedirektor.

Foto: Michael Grün

Den Um- und Ausbau des Wohnheims für Menschen mit geistiger Behinderung „Schwarzer Weg 4 a/b“ der Heilpädagogischen Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung (HPE) Merxhausen fördert das LWV-Integrationsamt mit 150.000 € aus Mitteln der Ausgleichsabgabe. Die HPE Merxhausen ist ein Betriebszweig des LWV-Zentrums für Soziale Psychiatrie (ZSP) Kurhessen in Bad Emstal. LWV-Landesdirektor Lutz Bauer überreichte Ende Oktober das Bewilligungsschreiben des Integrationsamtes an den Betriebsleiter des ZSP, Herbert Dreisbach. Gemeinsam mit der kommissarischen Pädagogischen Leiterin Katja Zauner und der Architektin Astrid Bodenhausen stellten sie die Baupläne vor.

Barrierefreiheit Rechnung tragen

Das HPE-Wohnhaus im Schwarzen Weg ist ein Doppelhaus, von dem die eine Hälfte durch eine Wohngruppe mit 12 Plätzen genutzt wird und die andere Hälfte bisher noch leer steht.

Die beiden Haushälften 4 a/b sollen nun so umgebaut werden, dass dort insgesamt 24 Wohnplätze und ein Kurzzeitplatz entstehen. Der Umbau trägt neben den Anforderungen an eine adäquate Betreuung geistig behinderter Menschen insbesondere der Betreuung pflegebedürftiger Bewohner auch mit dem Ziel der Barrierefreiheit Rechnung. Dabei wird beispielsweise auf eine Rollstuhltauglichkeit der Gebäude geachtet. Sechs Plätze sollen in einer Appartementstruktur mit der Möglichkeit der Selbstversorgung als Trainingsbereich für den Weg ins Betreute Wohnen führen. Die Wohngruppe wird während der Bauphase in einer ehemaligen Station des Hauses 3 im ZSP untergebracht. Nach Fertigstellung ziehen die 12 Bewohner sowie fünf Bewohner aus der Wohngruppe Landgraf-Philipp-Straße 8 und sieben Bewohner aus der Wohngruppe Niederelungen in den Schwarzen Weg 4 a/b ein. Ein Teil von ihnen ist in einer Werkstatt für behinderte Menschen beschäftigt, wodurch eine finanzielle

Förderung aus Mitteln der Ausgleichsabgabe möglich wird.

Die drei Wohngruppen werden im Schwarzen Weg zusammengefasst, da sich über Synergieeffekte Kosteneinsparungen erzielen lassen. Außerdem genügen die beiden Gebäude der Außenwohngruppen Niederelungen und Landgraf-Philipp-Straße den Anforderungen einer angemessenen Betreuung geistig behinderter Menschen nicht mehr. (rvk)

Neu erschienen

Tätigkeitsbericht 2003/2004 des Integrationsamtes

Mit seinem neu erschienenen Tätigkeitsbericht informiert das Integrationsamt über seine Aktivitäten und Leistungen im Jahr 2003. Berichtet wird über die Umsetzung der neuen Instrumente des SGB IX, z. B. betriebliche Prävention, Integrationsvereinbarungen oder Arbeitsassistenz. Weiterhin werden u. a. die Leistungen des Integrationsamtes für Arbeitgeber und schwerbehinderte Menschen sowie die Verwendung der Ausgleichsabgabe statistisch dargestellt. Der Bericht informiert auch über den Kündigungsschutz schwerbehinderter Menschen und die Aufklärungs- und Schulungsmaßnahmen des Integrationsamtes.



Der Tätigkeitsbericht ist erhältlich bei:

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit
Ständeplatz 6 – 10
34117 Kassel
Tel.: 05 61 / 10 04 – 20 60
Fax: 05 61 / 10 04 – 26 40
EMail: luK@lww-hessen.de

Gedenkstätte Breitenau wurde 20 Jahre



Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Fulda begleitet die Veranstaltung in der Gedenkstätte Breitenau mit Musik, Texten und künstlerischen Objekten. Links: Dr. Gunnar Richter, Leiter der Gedenkstätte. Foto: Berit Betsche

Das ehemalige Benediktinerkloster Breitenau im nordhessischen Guxhagen ist heute eine Außenstelle des Zentrums für Soziale Psychiatrie Kurhessen und beherbergt eine Wohnanlage des Wohn- und Pflegeheimes für Menschen mit seelischer Behinderung sowie eine Rehabilitationsein-

richtung für psychisch kranke Menschen. Dort befindet sich aber auch eine Gedenkstätte, die an die Funktion der Gebäude während der NS-Herrschaft erinnern soll. 1933 – 1934 war Breitenau ein „Konzentrationslager für politische Häftlinge“, 1940 – 1945 diente es als „Arbeitserzie-

hungs- und Konzentrationssammel-lager“. Vor Kurzem hat die Gedenkstätte, die vom LWV unterstützt wird, ihr 20-jähriges Bestehen gefeiert. 1984 war dort erstmals eine Ausstellung zu sehen, die 1992 völlig neu gestaltet wurde und einige aus der NS-Zeit erhaltene Räume einschließt. Bei einer Festveranstaltung hat Joachim Jacobi, Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium, die Aufklärungsarbeit der Gedenkstätte gewürdigt. Die kritische Beschäftigung mit der eigenen Geschichte sei ein andauernder Auftrag, um gegenwärtige und nachfolgende Generationen vor Verharmlosungen und Abmilderungen zu bewahren. Seinen Dank richtete Jacobi an den LWV, der, als Ende der siebziger Jahre ein Hochschulprojekt zur NS-Zeit anließ, Archivbestände zur Aufarbeitung freigab und später Räumlichkeiten für die Ausstellung zur Verfügung stellte. Noch heute sind die Akten zu wissenschaftlichen und dokumentarischen Zwecken an die Gedenkstätte ausgeliehen. Die in der Ausstellung angebotenen Informationen werden durch eine Vielzahl von Veranstaltungen der Gedenkstätte begleitet und werden nach wie vor rege nachgefragt. (jda)

Vereinbarung mit Stadt Eltville geschlossen

Die Vereinbarung zu Kapazität und Betrieb der Klinik für forensische Psychiatrie zwischen der Stadt Eltville am Rhein und dem Landeswohlfahrtsverband (LWV) Hessen ist im September unterzeichnet worden. Darin sichert der LWV als Träger der Klinik der Kommune zu, die Kapazität der Klinik, die in den kommenden Jahren ausgebaut werden soll, auf 57 Plätze zu begrenzen. Außerdem verpflichtet sich der LWV, in der Klinik den Personenkreis straffällig gewordener chronisch psychisch kranker und geistig behinderter Patienten aufzunehmen, die bereits nach § 63 Strafgesetzbuch in der forensischen Klinik Haina erfolgreich behandelt wurden. Die Vereinbarung wurde für den LWV durch Landesdirektor Lutz Bauer und

Ersten Beigeordneten Uwe Brückmann und für die Stadt Eltville durch Bürgermeister Bernhard Hoffmann und Stadtrat Horst Weber unterzeichnet. „Mit der Vereinbarung geben wir der Stadt Eltville unsere verbindliche Zusage, nach der die forensische Klinik auf eine maximale Kapazität von 57 Plätzen ausgebaut wird“, sagte Bauer. Die Vereinbarung, die bereits im Juni mit der Nachbargemeinde Kiedrich abgeschlossen wurde, solle unterstreichen, dass die Klinik in Eltville nach den in der Fachwelt anerkannten „Hainaer Qualitätsmaßstäben“ geführt werde: „In Haina gab es im vergangenen Jahr lediglich eine Entweichung im Zusammenhang mit Vollzugslockerungen, im ersten Halbjahr dieses Jahres waren es

zwei. Straftaten wurden dabei nicht registriert“, so der LWV-Chef.

Die Klinik für forensische Psychiatrie, die vor rund zwei Jahren ihren Betrieb aufnahm und gegenwärtig mit 18 Patienten belegt ist, befindet sich innerhalb des Geländes des Zentrums für Soziale Psychiatrie Rheinblick. Mit der Vereinbarung zwischen LWV und der Stadt, die auch vom Hessischen Sozialministerium befürwortet wird, stellt der LWV darüber hinaus klar, dass nur solche Patienten in die Eltviller Klinik verlegt werden, bei denen anhand fachlich anerkannter Prognosekriterien festgestellt wurde, dass von ihnen kein erhöhtes Gefährdungspotential für die Öffentlichkeit ausgeht. (jda)

Begegnung und Dialog beim Jubiläum

„Fest in Fulda verankert“ ist das Antoniusheim. Davon konnten sich Erster Beigeordneter Uwe Brückmann und Landesdirektor Lutz Bauer bei ihren Besuchen in der Domstadt überzeugen. Beide waren dort anlässlich der Feierlichkeiten zum 100-jährigen Bestehen des Antoniusheimes, einem bewährten und über die Jahre stark expandierenden Einrichtungsträger mit Angeboten für Menschen mit geistigen Behinderungen und Partner des LWV, zu Gast. Die Jubiläumsveranstaltungen, die unter dem Motto „Jeder ist anders“ standen, sollten Begegnung und Dialog ermöglichen, auch jene einbeziehen, die nicht täglich Kontakt mit Bewohnern, Werkstattmitarbeitern und Beschäftigten des Antoniusheimes haben.

Dialog auch beim Festakt in der Fuldaer Orangerie, wo die Veranstalter bewusst auf lange Redebeiträge verzichteten: Uwe Brückmann durfte – neben anderen „Talkgästen“ wie Landrat Fritz Kramer und Oberbürgermeister Gerhard Möller – auf der Bühne, dort auf einer roten Bank, Platz nehmen und stellte sich den Fragen von Tanja Czarnomski, Mitar-



Als Kontakter unterwegs: Landesdirektor Lutz Bauer im Gespräch mit Fuldaer Bürgerinnen.

Foto: Antoniusheim Fulda

beiterin in der Antonius-Bäckerei. Diese äußerte eine angesichts knapper Kassen nahe liegende Sorge: „Wie sieht, bei all den Einsparungen, unsere Zukunft aus? Können wir

auch künftig noch Ausflüge machen?“ Der Erste Beigeordnete war sich sicher, dass auch in der Zukunft Ausflüge und Ferienfreizeiten für Bewohner und Mitarbeiter des Antoniusheimes stattfinden werden, jedoch müssten LWV wie auch Antoniusheim sparsam mit ihren Geldern umgehen. Musik und Spiele, Info- und Marktstände, Begegnungen und Aktionen ermöglichte Ende August ein Jubiläumsmarkt rund um die Stadtpfarrkirche, zu dem Kommunalpolitiker und andere Repräsentanten als „Kontakter“ eingeladen waren, unter ihnen auch Landesdirektor Lutz Bauer. Die Kontakter, kenntlich gemacht mit einer roten Schärpe, hatten die Aufgabe, das Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern zu suchen, sie auf das Antoniusheim berührende Themen anzusprechen. Hemmschwellen, einen Marktstand oder einen Infotisch des Antoniusheimes aufzusuchen, sollten so abgebaut werden, reservierte Sichtweisen auf Behinderung galt es aufzubrechen. In vielen Gesprächen gelang das Vorhaben. (jda)



Talk auf der roten Couch: Tanja Czarnomski (r.) richtet ihre Fragen an Ersten Beigeordneten Uwe Brückmann, links Moderator Richard Hartwig.

Foto: Antoniusheim Fulda

Spiel, Satz und Sieg für die Forensik in Hadamar



Die Teams des TTC Mönchberg mit ihren Betreuern (v. l.): Sozialarbeiter Klaus Hohnel, Krankenschwester Beate Schmidt, Sporttherapeut Eugeniusz Slisinski und Krankenpfleger Tobias Weser (knieend).
Foto: Alexander Jung

Es ging gleich gut los für die Spieler der beiden Mannschaften des TTC Mönchberg, dem Tischtennisclub der Klinik für forensische Psychiatrie in Hadamar: Am ersten Spieltag in der 3. Tischtennis-Kreisklasse erzielte die 1. Mannschaft Anfang September mit 8 : 0 einen klaren Sieg über den TUS Elkershausen, und die „Zweite“ erkämpfte gegen die SG Blessenbach ein Unentschieden. Beide Teams bewiesen so, dass sie den sportlichen Anforderungen der Liga gewachsen sind. Bis Redaktionsschluss hatten die beiden Mannschaften acht Punktspiele bestritten, und auch wenn sie einige davon verloren, so steht doch fest: Die Teilnahme am Wettkampfspielbetrieb ist insgesamt ein Gewinn für die Patienten.

Spiel an der grünen Platte

Tischtennis und anderer Sport sind Teil der Sozio- und Milieuthherapie, die in der forensisch-psychiatrischen Behandlung einen zentralen Platz einnimmt. „Die Patienten sollen lernen“, so der Ärztliche Direktor der forensischen Klinik Hadamar, Dr. Gerhard

Fischer, „in ihrer Freizeit sinnvolle Dinge zu tun. Sport spielt hierbei eine wichtige Rolle.“ So organisierte das Trainerteam, in dem neben Sporttherapeut Eugeniusz Slisinski mehrere Pflegekräfte mit viel Engagement mitwirken, schon zuvor Freundschaftsspiele mit Vereinen aus Hadamar und Dietkirchen, die gerne in die Sporthalle der Einrichtung kamen. Dann entstand die Idee, am Wettkampfbetrieb des Hessischen Tischtennisverbandes (HTTV) teilzunehmen. Sozialarbeiter Klaus Hohnel engagierte sich mit Unterstützung der SpVgg Hadamar und gewann die Zustimmung der Betriebsleitung der Klinik, des Kreistages Limburg-Weilburg und des HTTV. Der TTC Mönchberg wurde im August aus der Taufe gehoben, und Klaus Hohnel leitet als Vorsitzender dessen Geschicke. Nun traten Sporttherapeut Slisinski und der Vereinsvorsitzende in Aktion und machten sich auf die Suche nach Sponsoren. Dank der Firmen Sport-Weiss aus Offheim und Noll/Burggraf aus Dethmold konnten die Spieler ausgestattet mit einheitlicher Mannschaftskleidung zum Saisonauftakt antreten.

Spiel, Spaß, Sicherheit

Seit September öffnen sich jetzt an den Spieltagen die Türen der Klinik für die gegnerischen Mannschaften, da der TTC Mönchberg – natürlich – nur Heimspiele austrägt. Die anderen Liga-Mannschaften durchlaufen, bevor das Spiel beginnt, zunächst strenge Sicherheitskontrollen. Das tun die Sportler offensichtlich gern und klaglos. „Wir stellen fest, dass die meisten Teams ganz unproblematisch zu uns kommen und erst mal vorbehaltlos ein für sie doch unbekanntes Umfeld kennen lernen“, so Klaus Hohnel. „Unsere Spieler profitieren vom Kontakt ‚mit der Außenwelt‘, und jeder Sieg bedeutet auch ein neues Stück Selbstwertgefühl. Aber auch die Gastteams gewinnen mit dem Besuch bei uns oft neue wertvolle Erfahrungen“, berichtet Hohnel.

Dass sie als Multiplikatoren „draußen“ positive Öffentlichkeitsarbeit für die Einrichtung machen, davon mag zurzeit niemand so recht sprechen, aber hoffen tun es auf dem Mönchberg viele. (rvk)

Publik gemacht

In dieser Rubrik weisen wir auf kürzlich erschienene Publikationen hin, die von Mitarbeiter/innen des LWV stammen. (Vollständige Veröffentlichungshinweise nimmt die Redaktion gern entgegen: pressestelle@lwv-hessen.de)

- Aktion Psychisch Kranke; Regina Schmidt-Zadel; Heinrich Kunze; Reinhard Peukert (Hg.), Prävention bei psychischen Erkrankungen – Neue Wege in Praxis und Gesetzgebung (Tagungsband Nr. 31), Bonn 2004
- Dondalski, Claudia, Ein Zimmer mit Familienanschluss – Die psychiatrische Familienpflege an der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Merxhausen, in: Psychiatrische Pflege Heute, Nr. 3/2004, S. 120 – 123

- George, Uta; Bettina Winter, Wir erobern uns unsere Geschichte. Menschen mit Behinderungen arbeiten in der Gedenkstätte Hadamar zum Thema NS-„Euthanasie“-Verbrechen, in: Behinderung & Pastoral Nr. 4 (2004), S. 31 – 36. Gleichlaufende Beiträge erschienen in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 119 (2004), S. 27 – 34 und Spielbein. Standbein. Museumspädagogik aktuell, Nr. 69 (August 2004), S. 50 – 56.
- Hilzinger, Ursula; Hans Hufnagel; Heinrich Kunze, Psychiatrische Familienpflege – Wohnen in Gastfamilien. Psychiatrische Familienpflege in Hessen mit Patienten der Diagnosegruppe amnestisches Syndrom durch Alkoholkrankheit, Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis, Nr. 3/2004, S. 583 – 589
- Kunze, Heinrich; Thomas Becker; Stefan Priebe, Reform of Psychiatric Services in Germany: Hospital Staffing Directive and Commissioning of Community Care, Psychiatric Bulletin, Nr. 6/2004, S. 218 – 221
- Kunze, Heinrich, DRGs oder Psych-PV? Perspektiven der Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie, Der Nervenarzt Nr. 12/2003, S. 1163 – 1166
- Kunze, Heinrich, Von der Institutions- zur Personenzentrierung – Eine kritische Bilanz der bundesweiten Umsetzung des § 93 BSHG, Kerbe – Forum für Sozialpsychiatrie Nr. 3/2003, S. 10 – 13
- Kunze, Heinrich und Kaltenbach, Ludwig (Hg.), Psychiatrie-Personalverordnung – Textausgabe mit Materialien und Erläuterungen für die Praxis, Stuttgart 2003 (4. Auflage)
- Sommer, Kornelia; Claudia Dondalski; Thomas Schmidt, Begleitetes Wohnen in Gastfamilien als lebenswerte Alternative für Menschen mit einer Alkoholdemenz, Sozialpsychiatrische Informationen, Nr. 4/2004, S. 22 – 26
- Schmidt-Zadel, Regina; Heinrich Kunze; Aktion Psychisch Kranke (Hg.): Die Zukunft hat begonnen: Personenzentrierte Hilfen – Erfahrungen und Perspektiven (Tagungsband Nr. 30), Bonn 2004

ZSP Bergstraße erhält Umweltmanagement-Zertifikat

„Mit Ihrer dritten Zertifizierung haben Sie einen weiteren Erfolg im Rahmen Ihrer Qualitätsmanagement-Bemühungen erreicht. Dass dies auf dem für eine Klinik nicht offensichtlichen Feld des Umweltmanagements erfolgte, ist besonders hervorzuheben. Wir gratulieren Ihnen und danken allen, die mit großem Engagement daran gearbeitet haben, ganz herzlich“, sagte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer Ende Oktober im Rahmen der Feierstunde zur Zertifizierung des ZSP Bergstraße nach der „DIN EN ISO 14001 Umweltmanagement“. Dr. Uwe Götz vom Zertifizierungsunternehmen Arqum überreichte das entsprechende Zertifikat an die Betriebsleiterin des ZSP, Anke Berger-Schmitt. Das ZSP Bergstraße ist sehr engagiert im Bereich des Qualitätsmanagements. Im Juli 2001 erhielt die Krankenpflegeschule des ZSP das QM-Zertifikat „ISO 9001:2000“, 2003 bekam dieses Zertifikat die Tagesklinik Erbach des ZSP.

Erster Schritt: „Ökoprofit“

Der erste Schritt auf dem Weg zum Umweltmanagement-Zertifikat war für das ZSP Bergstraße die Teilnahme am Projekt „Ökoprofit“ des Landkreises Bergstraße. Dort hatte sich das ZSP mit dem Schwerpunkt „Mülltrennung“ beteiligt. Auf diesem Grundstein aufbauend hat das ZSP unter Federführung von Projektbeauftragtem Frank Lochbühler weiter gearbeitet und die Zertifizierung „Umweltmanagement“ bestanden.

DIN EN ISO 14001 ist ein 1996 definiertes Umweltmanagement-System, mit dem der Umweltschutz systematisch im Management verankert wird. Durch die ISO 14001 kann eine Einrichtung nachweisen, dass sie sich umweltgerecht verhält. Mit der ISO 14001 werden Umweltbelastungen erfasst, die Umweltsituation laufend verbessert und Umweltrisiken wie Störfälle minimiert. Dazu gehören neben der Einsparung von Energie auch der Arbeitsschutz wie beispielsweise der Umgang mit Gefahrenstoffen. (rvk)



Präsentation des Zertifikats (v. l.): LWV-Landesdirektor Lutz Bauer, Kreisbeigeordneter Gunter Bistrischan, Betriebsleiterin Anke Berger-Schmitt und Dr. Uwe Götz vom Zertifizierungsunternehmen Arqum.

Foto: Lutz Igiel



Foto: ZSP Am Mönchberg

Das Titelbild dieser Ausgabe entstand während einer Projektwoche der forensischen Frauenstation des Zentrums für Soziale Psychiatrie in Hadamar. Unter Anleitung von Kunsttherapeutin Hildegard Schröder erstellten die Patientinnen Arbeiten zum Thema „Weibsbilder“, die dann bei der ersten Hadamarer Frauenfachtagung „Frau – Sucht – Delinquenz“ im Juli dieses Jahres zu besichtigen waren (Siehe auch LWV-Info Nr.3/2004).

Die Projektwoche hatte zum Ziel, dass sich die Patientinnen mit ihrem Frauen- und Selbstbild beschäftigen. „Aufgrund von Gewalterfahrung und Traumatisierung ist es für viele ein weiter Weg, zu einer selbstbewussten Definition von sich selbst als Frau zu finden“, erklärt die ärztliche Leiterin der Station, Dr. Margarethe Philipp. Der besondere Wert der Kunsttherapie liege darin, dass die Frauen sich ausprobieren können und damit Anknüpfungspunkte entstehen, an denen sie in den Sitzungen mit ihren Therapeuten weiterarbeiten können.

„Die Patientin, die das Bild gemalt hat, kam am ersten Tag der Projektwoche und hatte sich schon sehr viele Gedanken über das, was sie tun wollte, gemacht“, berichtet Kunsttherapeutin Schröder. Frau K. ist eine freundliche Frau, 28 Jahre alt, eher introvertiert und mit hohem Anspruch an sich selbst. So arbeitete sie vier Tage mit viel Akribie, bis ihre Collage „gut genug“ war. Am letzten Tag nahm sie sich Farben und Pinsel und malte „einfach drauf los“. Das hatte sie sich noch nie erlaubt, es war wie eine Befreiung. „Das hat mir jetzt gut getan“, stellte sie erleichtert fest.

Alexander Jung